

Wöchentlich 85 Pf., monatlich 2,60 Pf.
(haben 90 Pf. monatlich für Zustellung ins Haus) im voraus zahlbar.
Beitrag 4,20 Pf., einschließlich 60 Pf. Postgebühren und 72 Pf. Postgebühren.
Zustellungsgebühren 6.— Pf. pro Monat; für Länder mit ermäßigtem Posttarif 5.— Pf.

Der „Vorwärts“ erscheint wochentags zweimal, Sonntags und Montags einmal, die Abendausgabe für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“, Zentrale des Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Groß-Berlin 10 Pf.
Auswärts 15 Pf.

Die einzeln. Kopienpreise 50 Pf. Reichsweite 1.— Pf. „Kleine Anzeigen“ das letzte Blatt 20 Pf. (einschließlich Postgebühren) jedes weitere Blatt 12 Pf. Abends. 12 Pf. Reichsweite das erste Blatt 15 Pf. jedes weitere Blatt 10 Pf. Abends über 15 Buchstaben zahlen für jedes Wort, Arbeitsmarkt Seite 60 Pf. Familienanzeigen Seite 40 Pf. Anzeigenannahme im Hauptgeschäftsbüro (Friedrichstraße 2) wochentags von 8 bis 17 Uhr. Der Verlag behält sich das Recht der Ablehnung nicht geeigneter Anzeigen vor.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Fernr.: Dönhell (A 7) 292-297. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Fachkonto: Berlin 37536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Lindenstr. 3. Z. u. A. D. G. e. V., Depositenk., Fiskusstr. 10, 65/66.

Großpleite Ladendorff.

Die führende Hausbesitzerbank zahlungsunfähig.

Die Berliner Bank für Handel und Grundbesitz A.-G., Berlin (Kapital 2 Millionen Mark) hat gestern ihre Schalter geschlossen. Die Reichsregierung hat die erforderlichen Maßnahmen ergriffen, um eine ruhige Abwicklung der Bank zu gewährleisten. Es ist beabsichtigt, die Abwicklung durch die Dresdner Bank vornehmen zu lassen. Die Reichsregierung wird zu diesem Zweck der Dresdner Bank eine Summe zur Verfügung stellen, um mit ihrer Hilfe eine Vereinbarung mit den Kreditoren der Bank über die Art der Abwicklung herbeizuführen. Der Bankkommissar Dr. Ernst hat sein Material der Staatsanwaltschaft übergeben.

Die Serie der Bankzusammenbrüche ist um einen neuen schweren Fall bereichert. Er erhält dadurch einen politischen Charakter, daß Vorsitzender des Aufsichtsrats der früheren Reichsbankrat und jetzige Wirtschaftsparteiliche Abgeordnete Ladendorff ist, der zugleich den Fraktionsvorsitz der Wirtschaftspartei im Preussischen Landtag führt. Außerdem sitzt im Aufsichtsrat der Berliner deutsch-nationale Stadtverordnete Bege.

Zu den Vorgängen bei dieser Bank erklärte der von der Reichsregierung eingesetzte Bankkommissar Ministerialdirektor Ernst, daß die Entwicklung des Instituts in den letzten Jahren durchaus ungesund war. Ursprünglich eine Genossenschaft, wurde die Bank 1924 in eine Aktiengesellschaft mit 2 Millionen Mark Kapital umgewandelt. Die Reserve betrug jetzt eine Million Mark. Ohne daß eine Erhöhung des Kapitals erfolgt wäre, steigerte sich in den letzten sechs Jahren die Bilanzsumme der Bank von 49 auf 91,4 Millionen, fast das Doppelte des Kapitals, darunter über 60 Millionen Mark Einlagen. Die Kundenzahl wuchs im letzten Jahr bis auf 36 000 gegen nur 954 im Jahre 1924.

Die Ursachen des Zusammenbruchs.

Liegen in der Kredit- und Aufbaupolitik, die das Institut mit den Einlegern betrieb. So wurden im Laufe der letzten Jahre die Mitteldeutsche Boden-Kredit-Anstalt in Greiz sowie die Deutsche Realcredit A.-G. in Dessau und die Mehrheit der Hoag-Berliner Versicherungsgesellschaften erworben. Die Bank hat bei ihrem kleinen Eigenkapital für diese Aufkäufe 16 Millionen Mark angewendet. Mit welcher grenzenlosen Leichtfertigkeit, erhellt daraus, daß die 5 Millionen Mark Aktien der Mitteldeutschen Boden-Kredit-Anstalt über eine G. m. b. H. erworben wurden, die im Alleinbesitz des Vorstandsmitgliedes Seiffert war. Das Kapital dieser G. m. b. H. betrug 500 000 Mark, wovon nur 125 000 Mark auf die Anteile eingezahlt waren. Diese kleine Seiffert G. m. b. H. aber erhielt von der Berliner Bank für Handel und Grundbesitz Kredite bis zu 12 Millionen Mark.

Die Hauptverlustquelle der Bank lag in der

Überbeziehung von Grundstücken.

die in der Zwangsversteigerung aufgelöst werden mußten und so gut wie keine Verzinsung einbrachten. Herr Ladendorff ist Vorsitzender der Haus- und Grundbesitzer-Partei. Es muß nachgefragt werden, wann diese Grundstücke gehört haben, aus denen die großen Verluste der Bank stammen.

Am tollsten sind aber die kriminellen Verrechnungen, die in einer beispiellosen Bilanzfälschung bestehen. So sind in der Bilanz für 1930 die laufend gewährten Kredite der Bank mit 62 Millionen Mark ausgewiesen. Es ist einfach verschwiegen, daß darunter auch Grundstücke (!) mit einem Buchwert von 25 Millionen Mark und sämtliche Beteiligungen eingerechnet sind, wobei die Aktien der Mitteldeutschen Boden-A.-G. mit nicht weniger als 200 Proz. zu Buche stehen. Außerdem sind in die Luhenstände 10 Millionen Mark Forderungen eingeseht, die als uneinbringlich gelten müssen. Hier liegt eine

Bilanzfälschung allerhöchster Art vor.

Zinsen sind als Einzüge verbucht worden, obwohl sie noch nicht eingegangen waren. Die Gesamterpflichtungen belaufen sich auf 75 Millionen Mark. Darunter befinden sich 62 Millionen Mark Einlagen und 12 bis 14 Millionen Mark Lombarddarlehen. Die Verluste stehen noch nicht fest, doch werden sie sehr groß sein.

Schon vor drei Wochen konnte die Bank nicht mehr weiter. Das Reich hat vorläufig eingegriffen und 3 Millionen Mark gegen Sicherheiten zur Verfügung gestellt. Daraus wurden die vorübergehenden Verpflichtungen abgedeckt, besonders gegen vierzig Grund- und Hausbesitzergesellschaften, die infolgedessen jetzt nicht mehr

viel zu fordern haben. Als man daraufhin sofort die Lage der Bank prüfte, wurde ihre Kreditwürdigkeit erkannt. So nahm das Verhängnis seinen Lauf.

Wieder hat das Reich es übernehmen müssen, von den bedrohten Sparern wenigstens die ersten Bedrücknisse abzumenden. Der Zusammenbruch ist ein

politischer Skandal der Wirtschaftspartei.

ist eine kriminelle Angelegenheit des Direktors Seiffert und auch des Aufsichtsratsvorsitzenden Ladendorff. Freilich ist es beklagenswert, daß das Publikum gegenüber so marktfeindlichen Methoden — Aktienbörserelation und Prospekt in allen Hausbriefkästen — so wenig Mißtrauen bewiesen hat.

Der Fall der Hausbesitzerbank ist eine neue Lehre, daß spekulationen Banken keine Spargelder anvertraut werden sollen und daß

Sicherheit für Einlagen nur bei gemeinwirtschaftlichen und öffentlichen Banken zu finden

ist, wo die Einleger und ihre Organisationen selbst die Kontrolle ausüben oder der Staat die Haftung hat.

Der Fall ist aber auch eine Lehre dafür, wie sehr die Bankkontrolle ein Lebensbedürfnis für Deutschland geworden ist. Hätten wir von der Sozialdemokratischen Partei und den Gewerkschaften schon seit Jahren geforderte Bankkontrolle gehabt, dann wäre keine Ladendorff-Bank möglich gewesen, wo das Aktienkapital fast nur ein Fräulein der Einlagen und sonstigen Verpflichtungen ausmacht; dann wären solche Buchführungs- und Bilanzschwindereien wie hier einfach nicht möglich gewesen. Der so viel gelästerte „Morgens“ wollte den Schutz der Sparer durch die Bankkontrolle. Aber alle, an der Spitze der Wirtschaftspartei mit Herrn Ladendorff, zogen gegen die „Morgens“ los, weil sie die „Freiheit der Wirtschaft“ zerstören, die in Wahrheit nur der Deckmantel für das gefährlichste Spekulantentum und Ausbeutertum in Deutschland ist.

Wird das Bürgertum nun endlich umlernen?

Eine Frage an die Staatsanwaltschaft: Wird die Staatsanwaltschaft gegen Seiffert und Ladendorff die notwendigen Schritte tun, nachdem der Bankkommissar selbst ihnen das Material unterbreiten mußte?

Berichterstattung bei Schultheiß.

Ein Finanz- und Zahlungsplan bis 1933.

Gestern fand eine Aufsichtsratsitzung der Schultheiß-Bodenbesitzer A.-G. statt, in der Dr. Schifferer berichtete. Der unter dem Staatssekretär Dr. Popitz arbeitende Prüfungsausschuss soll Ende nächster Woche seinen Prüfungsbericht erstatten. Ein Ueberblick über die verwickelte Finanzverhältnisse soll jetzt gewonnen sein, so daß zum 31. August 1931 die Bilanz aufgestellt werden kann. Für die Zeit von Ende 1931 bis 31. August 1933 ist ein Finanz- und Zahlungsplan entworfen, der aus den Brauereieinnahmen finanziert werden soll. Der Bierablag sei normal geblieben. Die Abhebung von Einlagen sei wesentlich zurückgegangen.

Die in die Voruntersuchung einbezogenen Direktoren Söberheim, Funke und Ruhlman haben dem Aufsichtsrat ihre Ämter zur Verfügung gestellt, der sie aber zur Aufrechterhaltung des Geschäftsbetriebes um die Beibehaltung der Ämter ersuchte, weil nach Auflösung des Aufsichtsrats sich dieser bis zur Klarstellung durch die zuständigen Stellen einer Stellungnahme zur Personalfrage enthalten sollte.

Der Wirtschaftsbeirat.

Beratungen vor dem Abschluß — und das Ergebnis?

Ämtlich wird mitgeteilt:

Wie in Aussicht genommen, traten die beiden Ausschüsse des Wirtschaftsbeirats der Reichsregierung am Donnerstagsvormittag und nachmittags wieder zu den Sitzungen der Reichskanzlei zusammen. Auf Grund der in den letzten Tagen stattgefundenen Einzelberatungen zwischen der Reichsregierung und den Ausschussmitgliedern konnten die Beratungen der beiden Ausschüsse bereits abends zu Ende geführt werden. Eine abschließende Sitzung der beiden Ausschüsse, in der Vorschläge zum Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung endgültig festgelegt werden sollen, ist für Sonnabend oder Sonntag in Aussicht genommen, der alsdann eine Schlußsitzung des Wirtschaftsbeirats unter Vorsitz des hiesigen Reichspräsidenten voraussichtlich am kommenden Montag folgen wird.

Die Totenliste.

Hitlers ungewollte Selbstanlage.

Reichsinnenminister Groener hat in der Konferenz der Länderminister mitgeteilt, daß „Herr Hitler“ ihm umfangreiches Material über angeblich gegen seine „rauhem Krieger“ verübten Gewalttaten übermittelt habe, und er hat hinzugefügt, er entspräche einem besonderen Auftrage des Herrn Reichspräsidenten, wenn er gegen diese Gewalttaten und die Mordseuche mit allen Mitteln vorgehe.

Man geht wohl nicht fehl in der Annahme, daß das von Hitler überreichte „Material“ im wesentlichen identisch ist mit dem soeben von der Pressestelle der Reichsleitung der Hitler-Partei veröffentlichten, das eine nationalsozialistische „Totenliste“ von 290 aufweist und behauptet, daß allein im letzten Berichtsmonat bei der Hilfsklasse 14 Tote und 226 Schwerverletzte gemeldet seien.

Alle diese Opfer — die Richtigkeit der Liste vorausgesetzt — sind nicht minder zu beklagen wie die Liste der erschlagenen, erschossenen und sonstwie gemordeten Sozialdemokraten, Reichsbannerleute oder Kommunisten, die als Opfer der nationalsozialistischen Verheerung fielen. Die Liste aus dem Hitler-Stab ist nichts anderes als eine furchtbare Anlage gegen den Hitler-Kurs selbst, der die brutale Gewalt zum politischen System erhob.

Wir brauchen nur einen Blick zu werfen auf die mutverzerrten pathologischen Gesichter der Naziagitatoren, auf ihre mündlichen und schriftlichen Hohnausbrüche, um zu wissen, daß die Spekulation auf Mäßigung und Menschlichkeit einer sieghaften Nazifeldmarscha das denkbar Trübsinnigste wäre. Hat nicht Hitler in Berlin seinen Leuten versprochen, daß am Tage des Sieges in Masse „Köpfe rollen“ würden? Hat nicht ein leidenschaftiger Vizepräsident des Reichstags, der Nazi Stöhr, davon geschwärmt, daß bei der Begründung des Dritten Reiches durch Massenerhängungen „die Seilerei einen ungeheuren Aufschwung nehmen“ würde? In Thüringen betet ein Naziagitator, evangelischer Pastor seines Zeichens, daß Gott „uns eine gute Hanferte beschenken möge“, und anderwärts verheißt die Agitatoren der Nazis ihren SA-Leuten: „Die Nacht nach dem Siege gehört euch, sie wird die Nacht der langen Messer sein.“ Am allerdeutlichsten aber hat der Idee des Massenmordens der Heimkrieger Fried, vor noch gar nicht langer Zeit als thüringischer Innenminister berufsmäßiger Hüter der Ruhe und Ordnung, Ausdruck gegeben: „Der volksfeindliche Marxismus müsse mit Stumpf und Stiel ausgerottet werden. Es sei besser, daß bei diesem Prozeß einige zehntausend marxistische Funktionäre zu Schaden kämen, als daß das Deutsche Volk an der marxistischen Pest zugrunde gehe.“

Die Anhänger aber, aufgestachelt durch diese Hejereien, haben schon längst mit dem Morden begonnen. Erst jüngst haben wir eine lange Liste ihrer Mordtaten veröffentlicht. So sei aus der großen Zahl nur daran erinnert, wie in der Neujahrsnacht zu Berlin durch hinterlistigen Ueberfall die Parteigenossen Graf und Schneider, wie in Hamburg jüngst das kommunistische Bürgerchaftsmitglied Henning durch meuchlerischen Ueberfall ermordet wurden. In beiden Fällen ist die nationalsozialistische Leitung offiziell von den Tätern abgerückt und hat sie faktisch durch Vermittlung der Flucht ins Ausland bzw. durch Stellung nationalsozialistischer Parteivertreider unterstützt. Der „Ausschluß“ der Täter ist nur ein rein äußerliches Scheinmanöver, damit Hitler weiter die „Legalität der Partei“ beschwören kann, ohne mit dem Gesetz in Konflikt zu kommen. Hat die NSDAP. doch auch die Rathenau-Mörder Techow und von Salomon, die Fememörder Schulz und Heines und andere durch Mordtaten Verurteilte nicht nur in ihre Reihen aufgenommen, sondern zu besonderen Ehrenstellen befördert!

Wenn es bei der Abwehr dieses Banditentums auch einmal hin und wieder einem Nationalsozialisten an den Kragen geht, dann erhebt sich ein großes Geschrei, und die eben noch vom „Körperrollen schwärmenden Terroristen verwandelt sich in unschuldige Opfertänzer. Aber der übliche Streik, wer „angefangen habe, läßt sich hier durch eine grundsätzliche Ermäßigung sehr leicht entscheiden. Wenn die Nationalsozialisten das Reichsbanner des Mordens beschuldigen, so ist zu erwidern, daß die Republikaner Gegner des Terrors sind, daß die Demokratie auch dem Gegner Geistesfreiheit und Meinungsfreiheit zubilligt. Die Demokratie ist in ihrer Gesamthaltung antiterroristisch.

Dagegen haben die Faschisten den Terror zum Prinzip erhoben. Ihr oberster Grundsatz ist es, jeden Gegner

durch Anwendung der äußersten Gewaltmethoden zum Schweigen zu bringen. Das gilt nicht etwa nur für den italienischen Faschismus. Genau nach dem italienischen Vorbild hat Hitler am 9. November 1923 in München gehaust. In jenen wenigen Stunden, in denen die Hitler-Futschisten über einen Teil der Gewalt verfügten, haben sie die „Münchener Post“ zerstört, die sozialdemokratischen Münchener Stadträte verhaftet und diese sowie eine Anzahl bayerischer Minister unter Erschießungsdrohungen verschleppt. Sicher würden sie diese Drohungen ausgeführt und noch das Zehnfache an Greueln angerichtet haben, wenn ihre Herrschaft auch nur drei Tage gedauert hätte. Die bereits erwähnten Drohungen der Hitler, Stöck, Frick usw. sind der sichere Beweis, daß sich der Nationalsozialismus seitdem auch nicht um ein Jota gewandelt hat. Wer hat überhaupt mit den politischen Morden angefangen in Deutschland? Wer hat Gareis, Erzberger, Rathenau ermordet, wer die Untertate auf Scheidemann und Harden verübt?

Die Situation ist absolut klar: Die Nationalsozialisten sind die Angreifer, weil sie den Terror grundsätzlich bejahen, ihn zur Hauptwaffe ihres Systems erheben, weil sie durch die Mittel des Mordes, der Zerstörung, der körperlichen Mißhandlung jede Gegnerschaft gegen ihre Diktatur ausrotten wollen. Die Republikaner sind in der Verteidigung, weil sie den Terror als politische Waffe verwerfen, weil sie die Entscheidung durch freie Willensakte des Volkes herbeiführen wollen, die durch keine Zwangsmassnahmen beeinträchtigt sind. Wer einmal rückblickend die heutige Zeit betrachtet wird, dem wird nur das eine unerklärlich bleiben, warum die Bedrohten nicht fester zusammenstehen. Er wird verständnislos den Kopf schütteln, wenn er registriert muß, daß in diesen Tagen die „Rote Fahne“ wiederholt schreibt: „Der Hauptfeind für die Kommunisten ist die Sozialdemokratie, gegen sie gilt es, den entscheidenden Schlag zu führen.“ So kann nur ein Verblöddener oder ein Betrüger handeln angesichts der faschistischen Gefahr. Die Kommunisten sind Betrüger. Ihre Beweisführung beruht auf dem alten Gaußlertrick, ungleiche Dinge gleich zu setzen: die Regierung Brüning-Groener ist gleich einer Regierung Hitler-Hugenberg, die Sozialdemokratie ist gleich Brüning-Groener, also ist Sozialdemokratie gleich Faschismus!

Die Ironie des Zufalls will es, daß am gleichen Tag, an dem dies die kommunistische Presse verkündet, ein faschistisches Heftorgan mit der dicken Balkenzeile erscheint: „SPD. gleich KPD!“ Nun also, jetzt ist der Ring geschlossen: die kommunistische Partei ist gleich Faschismus! Leider wird die irrsinnige Gleichung durch dies neue Glied nicht etwa noch falscher, sondern wieder richtiger: durch ihr Verhalten fördert die kommunistische Partei tatsächlich den Vormarsch des Faschismus — siehe preussischer Volksentscheid.

Geht der Wahnsinn weiter, so werden die bisherigen Toten nur die Vorhut einer noch viel längeren Totenliste sein. Könnten die Toten des Terrors sprechen, sie riesen uns heute zu: „Laßt unser Sterben nicht sinnlos gewesen sein, es gibt nur einen Sinn für unsern Tod: es lebe die Republik!“

Verordnung gegen den Terror.

Neue preussische Notverordnungen. — Waffensperre.
Bekämpfung von Drehrednern.

Der preussische Minister des Innern hat am Donnerstag eine Verordnung erlassen, nach der die Veräußerung von Schieß- und Stichwaffen an Personen unter 20 Jahren verboten ist. Zuwiderhandlungen werden schwer bestraft.

Eine weitere Verordnung, die ebenfalls der Bekämpfung der Drehredner dienen soll, wird von dem preussischen Innenminister in den nächsten Tagen erlassen werden. Danach ist für Redner, die sich bisher besonders als Drehredner hervorgetan haben, ein generelles Redeverbot für ganz Preußen zu erwarten.

„Groener gegen die SPD.“

Ein Klages-Bericht über die Innenministerkonferenz.

Die am Dienstag in Berlin abgehaltene Konferenz der Innenminister der Länder endete mit dem Ersuchen des Reichsinnenministers, den Gang der Verhandlungen vertraulich zu behandeln. Diesem Ersuchen hat niemand der Konferenzteilnehmer widersprochen. Trotzdem hat sich der braunschweigische Reichsminister Klages nicht an dieses Ersuchen gehalten. Er hat einem Reporter des Berliner Naziorgans eine Unterredung gewährt, die unter der tendenziösen Balkenüberschrift „Groener gegen die SPD.“ wiedergegeben wird und in der es der Ueberschrift entsprechend heißt, daß „das Ergebnis der Konferenz als eine glatte Niederlage der SPD. und damit auch Severings anzusehen“ ist.

Dieser Schlussfolgerung fügt das Naziblatt wörtlich folgendes hinzu:

„In der sehr nichtsfagenden amtlichen Verlautbarung über das Ergebnis der Konferenz heißt es, daß der Terror bekämpft werden müsse, „von welcher Seite er auch komme“. Dieser letzte Satz ist, wie wir aus bester Quelle hören, erst in der Reichskanzlei eingefügt worden, in der offiziellen Mitteilung von Groener hat er dem Vernehmen nach nicht gestanden, da Groener, wie gesagt, ganz eindeutig gegen links gezielt hat — so peinlich es auch der Journaille sein mag, dies feststellen zu müssen.“

Es entsteht die Frage, ob der Reichsminister des Innern den Bericht des Naziblattes über die Länderkonferenz, der zum Teil auf Aeußerungen des braunschweigischen Reichsministers bzw. auf eine „beste Quelle“, die wahrscheinlich mit Herrn Klages identisch ist, zurückzuführen ist, unwillkürlich widersprechen lassen will.

Der Vorstand der Zentrumsfraktion des Reichstags hielt am Donnerstag eine Sitzung ab, in der die politische Lage und vor allem die Arbeit in den Reichstagsausschüssen besprochen wurde. Da jedoch Reichskanzler Dr. Brüning und der Parteiführer Dr. Laas an der Sitzung nicht teilnehmen konnten, richtete man auf eine Besprechung der großen politischen Fragen.

Zwanzig Unschuldslämmer!

Der Terror der Nationalsozialisten ist gerichtsnotorisch.

In Pirmasens fand vom 30. Oktober bis 3. November ein Landfriedensbruchprozeß gegen 20 Nationalsozialisten statt. Sie hatten einen organisierten Bandenüberfall auf das Volkshaus in Lemberg in der Pfalz und auf eine sozialdemokratische Wirtschaft in einem Nachbarort unternommen. Sie hatten dort alles demoliert und mehrere Personen schwer verletzt, sogar Frauen wurden niedergeschlagen, eine Frau wurde niedergestochen.

Alle 20 Angeklagte wurden schuldig gesprochen, sie erhielten wegen Landfriedensbruch 3 bis 10 Monate Gefängnis.

Auf den Spuren von Klages.

Stuttgart, 19. November. (Eigenbericht.)

Das Stuttgarter Polizeipräsidium merkt, wie leider schon häufig festgestellt werden mußte, bei der Bekämpfung politischer Ausschreitungen sehr eigenartige Methoden an.

In ganz Deutschland ist die Verbreitung einer Sondernummer der Bundeszeitung des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold mit Berichten von Augenzeugen über die nationalsozialistische Terrorakte in Braunschweig unbeanstandet vor sich gegangen. Ebenso unbeanstandet blieb überall ein vierseitiges Flugblatt der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, in dem die Darstellung der Reichsbannerzeitung übernommen worden war. Dieses Flugblatt wollte jetzt auch die Stuttgarter Organisation der Sozialdemokratie zur Verbreitung bringen. Sie reichte vorschriftsmäßig ein Exemplar beim Polizeipräsidium ein, um die vorgeschriebene Genehmigung für die Verteilung zu erlangen. Das Ergebnis war, daß das Stuttgarter Polizeipräsidium das Flugblatt verbot und zwei Kriminalbeamte im Parteisekretariat des Ortsvereins Stuttgart der SPD. erschienen, um die „Aufsage“ auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten vom 28. März 1931 zu beschlagnahmen. Da eine solche „Aufsage“ dort noch gar nicht vorhanden war, blieb dieser Versuch, die Wahrheit zu unterdrücken, ergebnislos. Unter anderem hat das Polizeipräsidium das Flugblatt auch deshalb beanstandet, weil es die Photographien der beiden von den Halbtagskämpfern bestialisch zugerichteten Arbeiter enthielt.

Wenn das Stuttgarter Polizeipräsidium nicht an der weiteren Anwendung solcher Methoden gehindert wird, so läuft seine Tätigkeit praktisch darauf hinaus, den politischen Gegnern der Nationalsozialistischen Partei die wahrheitsgemäße Kennzeichnung des Wesens dieser Bewegung unmöglich zu machen.

Kampf den Provokateuren!

Sozialdemokratische Anträge im Sächsischen Landtag.

Dresden, 19. November. (Eigenbericht.)

Die sozialdemokratische Fraktion hat im Landtag folgenden Antrag eingebracht:

„Im ganzen Lande verstärken sich die Anzeichen für die Bürgerkriegsvorbereitungen der Nationalsozialisten. Höhnlich künden sie für den Fall der Machtübernahme die Durch-

führung eines Massenmordens an. Ihren angeblich legalen Kampf in der Gegenwart charakterisieren sie durch blutige Ueberfälle auf Reichsbannerleute und linksstehende Arbeiter. In Dresden und vielen anderen Orten Sachsen treiben von auswärts zugezogene Naziformationen ihre Unwesen. Passanten werden provoziert und, wenn sie protestieren, brutal mißhandelt. Schwere Erzeße sind die Folge der nationalsozialistischen Ausschreitungen. In Riesa ist der Reichsbannermann Wolf bestialisch ermordet worden.

Der Landtag wolle daher beschließen, die Regierung zu beauftragen: 1. die uniformierten Naziformationen sofort zu verbieten; 2. mit allen Mitteln die Terrorakte der Nationalsozialisten zu unterbinden; 3. die Polizei- und Verwaltungsbehörden in gleichem Sinne anzuweisen.“

Hehe gegen das Reichsbanner.

Ein neuer Schwindel der Reichspress.

Wir erhalten folgende Zuschrift von H. Prinz zu Ebnenstern:

„In der Abendausgabe der „Deutschen Zeitung“ vom 14. November finden sich unter der Ueberschrift „Reismord und Reichsbanner Arm in Arm“ Behauptungen, die zum Teil völlig erfunden, zum Teil höchstens verdreht sind. So wird z. B. gesagt, daß anlässlich einer Reichsbannerkundgebung in Reseritz, in der ich sprach, der Reifrückenschützenbund am Saalschutz des Reichsbanners beteiligt war. Diese Behauptung ist un- wahr. Zutreffend ist lediglich, daß viele Kommunisten erschienen waren, was sich schließlich nicht verhindern läßt. In meinem ausführlichen Schlusswort betonte ich auf das nachdrücklichste, daß das Reichsbanner gegen die Staatsfeinde von links mit der gleichen Schärfe kämpfe, wie gegen die Bedrohung der Republik durch die Nationalsozialisten und ihr Gefolge.“

Die Sonntagsausgabe des „Tag“ vom 16. November bringt unter der Ueberschrift „Zentrum und Reichsbanner“ ähnliche Behauptungen wie die „Deutsche Zeitung“, doch wird hier sogar gesagt, die Kommunisten hätten „auf Aufforderung des Reichsbanners“ den Saalschutz übernommen. Die Gründe sind offensichtlich: es handelt sich um einen der bekannten Versuche, die Reichsbannerparteien gegeneinander auszuspielen.

Wenn die Reichspress aus der Tatsache, daß die Versammlung ruhig verlief, den Schluß zieht, Reichsbanner und Kommunisten arbeiteten zusammen, so zeigt dies nur, daß sie Versammlungen, in denen nicht geprügelt wird, für unnatürliche und bössartige Ereignisse hält.“

Der Mord von Neumünster aufgeklärt.

Der Kommunist Weisig gesteht. — Die KPD. schließt ihn aus.

Neumünster, 19. November. (Eigenbericht.)

Der in Neumünster unter dem Verdacht der Ermordung eines SA-Mannes verhaftete Kommunistenführer Weisig hat gestanden, die tödlichen Schüsse abgefeuert zu haben. Weisig ist inzwischen aus der KPD. ausgeschlossen worden.

Sperre für den Lehrerberuf.

Fünf pädagogische Akademien geschlossen.

Da die allgemeine Finanzlage ebenso wie die Notlage der Junglehrer zu Einschränkungsmaßnahmen auch auf dem Gebiet der Lehrerbildung zwingt, hat die preussische Staatsregierung, wie der Amtliche Preussische Pressebericht mitteilt, beschloffen, im Etatsjahr 1932 die Zahl der pädagogischen Akademien von 15 auf 10 herabzusetzen.

Demgemäß stellen die Pädagogischen Akademien Stettin, Cottbus, Erfurt, Kassel und Altona ihre Tätigkeit ein. Auch bei den aufrechterhaltenen Akademien in Eibing, Frankfurt (Oder), Breslau, Beuthen, Halle, Kiel, Hannover, Dortmund, Bonn und Frankfurt (Main) finden im Jahre 1932 Neuaufnahmen nicht statt. Diese Spornmaßnahmen lassen Idee und Form der neuen preussischen Lehrerbildung grundsätzlich unberührt.

Dieser schwerwiegende Entschluß der preussischen Regierung ist nicht zuletzt auf die Forderungen des Reichs zurückzuführen, das die Länder zu weitest gehenden Einsparungen zwingt. Daß dabei auch der planmäßige Ausbau der Lehrerbildungsanstalten leiden muß, ist nach mehr als einer Richtung zu bedauern, vor allem auch, weil er praktisch den Zugang zum Lehrerberuf auch den berufensten unter den Anwärtern für längere Zeit sperrt. Immerhin bleibt mit Benutzung festzustellen, daß das System der Lehrerbildung, wenn auch beschränkt, so doch in seinem Aufbau erhalten wird. Die reaktionären Pläne, an Stelle der Akademien wieder die früheren Seminare zu setzen, sind glücklicherweise abgewehrt. Im Interesse des Schulfortschritts hoffen wir, daß das endgültig sein wird.

Die Abwehr der Arbeiter.

Eine Solidaritätserklärung gegen die Heher.

Köln, 19. November. (Eigenbericht.)

In einer wirtschaftspolitischen Rundgebung der Kölner christlichen Gewerkschaften erklärte der Geschäftsführer des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften für Westdeutschland, Jakob Kaiser, bei einer Besprechung der politischen Situation:

„Alle Gutgeheinten wählen mit allen Kräften der Hehe gegen die deutsche Arbeiterschaft Einhalt tun. Die christlichen Gewerkschaften setzen wie immer in ihrer Geschichte nicht für eine einseitige Interessensvertretung, sondern zu positiver Arbeit im Dienst des Volksganzen bereit. Wenn es aber hart auf hart kommen sollte, dann müsse man sich darüber klar sein, daß sie an der Seite ihrer Kollegen von links stehen würden.“

Die Rundgebung schloß mit der Annahme einer Entschlieung, in der es heißt, daß die Regierung Brüning nicht rechtzeitig alle

Maßnahmen zur Erholung der Kaufkraft der breiten Massen ergriffen habe. Es wird gefordert, daß mit Lohnkürzungen und neuen Massenentlassungen endlich Schluß gemacht werde.

Hugenberg-Duvertüre.

Ein Stoß gegen Brüning zum Beginn der Verhandlungen.

Herr Hugenberg sprach gestern abend im Sportpalast. Seine Rede richtete sich gegen das Zentrum. Gegen Brüning sagte er:

„Wenn er die Kritik der Rechten dadurch entkräften will, daß er sie zu Unschuldigen aufruft, so ist das ein lächerlicher Trick. Er zwingt uns dazu, auf eine der Unrichtigkeiten öffentlich hinzuweisen, von denen die Zentrumspolitik der letzten zwei Jahre getragen war: die Herren Graf Westarp, Treviranus, Rumm, Hartwig, Lambach, Schlang, Schiele usw., die sich damals vom Zentrum ebenso haben einwickeln lassen, wie das Zentrum heute liebend gern einige Führer der heutigen nationalen Opposition einwickeln möchte, die sitzen jetzt bei ihm.“

Zu den außenpolitischen Verhandlungen führte er aus: „Das Zentrum war es, das trotz allem vorherigen Reingerede beim Young-Plan den Ausschlag für das Ja gab, wobei es gleichgültig ist, ob das Ja ein ehrliches war. . . . Der Zentrumsanzler ist es jetzt auch, der sich zur Beantragung des Young-Ausschusses drängen ließ, also zu einer erneuten Anerkennung des Young-Plans und damit zu einem neuen falschen Ausgangspunkt der Verhandlungen. Der Zentrumsanzler ist es, der vielleicht sogar mit dem Gedanken liebäugelt, bei der Entscheidung über einen dritten Tributplan die nationale Opposition auseinanderzusprennen.“

Das ist eine vielversprechende Duvertüre zu den wichtigen außenpolitischen Verhandlungen, die jetzt eröffnet werden!

Reichsgericht!

Hugenberg-Redakteur freigesprochen — trotz der Unterstellung der Reinschreibung gegen Severing.

Leipzig, 19. November.

Unter dem Vorsitz des Senatspräsidenten Dr. Wit verhandelte am Donnerstag der zweite Strafsenat des Reichsgerichts die Revision des Schriftleiters Rudolf Flemming vom „Tag“ gegen das Urteil des Landgerichts I Berlin vom 19. Februar 1931. Der Senat hat das Urteil aufgehoben und hat den Angeklagten Flemming in vollem Umfange freigesprochen unter Uebernahme der Kosten — einschließlich der notwendigen Auslagen des Angeklagten — auf die preussische Staatskasse. Es handelt sich um den im Anschluß an den Volksentscheid am 31. Oktober 1929 im „Tag“ veröffentlichten Artikel Hugenberg „Die erste Schlacht“, in dem der Hoffnung Ausdruck gegeben wurde, daß an dem Ergebnis „nicht allzuviel reusifiziert“ und aus dem Ergebnis nicht allzuviel herausgerechnet werde. Die Begründung des Freispruchs behauptet, der Personentritt, der als beleidigt angesehen werden könnte, sei zu unbestimmt. Auch die möglicherweise gemeinten sozialdemokratischen Beamten könnten nicht als festumrissene Personengruppe angesehen werden.

Böß: Schuldlos und doch schuldig

Berlins Oberhaupt sah zu wenig — Heute Scholtz im Sklarek-Prozeß

Nach der stürmischen Overtüre, mit der Rechtsanwalt Dr. Pindar, Sklareks Verteidiger, die gestrige Sitzung einleitete: „Oberbürgermeister, Bürgermeister, Stadträte hätten sich um Sklareks Sektübel gedrängt, vertief die weltliche Vernehmung des ehemaligen Oberbürgermeisters Böß verhältnismäßig ruhig und nüchtern. Der Vorsitzende, Amtsgerichtsrat Kehnert, hatte nicht ganz unecht, als er das Ergebnis des Tages mit den Worten zusammenfaßte: „Ich hatte groß gedacht, was sich hier ereignen würde, der Oberbürgermeister hat doch nicht viel gesagt, während Sie (zu den Angeklagten Gebrüder Sklarek gewendet) doch immer behauptet haben, er habe alles gewußt.“ Worauf Leo Sklarek nur mit einer breiten Handbewegung sagen konnte: „Das kommt, weil Mag Sklarek hier fehlt“, während Willi Sklarek, wie immer, mit Haltung erwiderte: „Ich habe nur gesagt, daß der Oberbürgermeister gewußt habe, daß wir geschädigt worden seien. Mehr habe ich ja nicht behauptet.“

Böß hat tatsächlich gestern nicht allzuviel sagen können. Doch das, was man von ihm zu hören bekam, genügte, um sich ein ungefähres Bild zu machen von seiner Persönlichkeit und von seiner Unkenntnis über gewisse Dinge, die um ihn voringingen. Der Spruch des Oberverwaltungsgerichts, der ihn von den Vorwürfen, die gegen ihn persönlich erhoben wurden, frei sprach, mag schon richtig sein. Das war auch der Eindruck des gestrigen Tages. Daß aber unter seiner Leitung in Berlin sich die Sklarek-Affäre zu dem entwickeln konnte, wozu sie schließlich geworden, davon wird man ihn nach seiner gestrigen Aussage nicht ganz freisprechen können.

Man begriff schon, wenn Böß mit kaum verhaltener Empörung die Fragen beantwortete, die sich auf die angeblichen „Geschenke“ bezogen, die er erhalten haben sollte. So sollte er zum Beispiel von Herren Novara 50 bis 60 Meter Hemdenstoff zum Preise von 1 M. pro Meter bekommen haben, während der wirkliche 5 oder 6 M. pro Meter betrug. Die Sache liegt hier 20 Jahren juristisch, und Novara hatte den Hemdenstoff auch selbst für 1 M. je Meter geliefert erhalten. Als Unfug bezeichnet Oberbürgermeister Böß die Behauptung, er hätte von der B.W.G. die Ausstattung für seine Tochter im Werte von 80.000 M. gekauft und sie von seiner Frau mit einem Scheck über 2000 M. bezahlen lassen; ein von ihm angestrebter Verleibungsprozeß habe das Unrichtige dieser Behauptung ergeben.

Aber das Spendensystem . . .

Das im Sklarek-Prozeß viel besprochene „Spendensystem“ des Oberbürgermeisters Böß verurteilte gestern im Gerichtssaal heftige Auseinandersetzungen. Böß bestritt ein solches System. Er habe sich wegen Spenden für Wohltätigkeitszwecke nur an einen geringen Kreis von Personen gewandt, hauptsächlich an die Leiter derjenigen Großbetriebe, die mit den Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerken in Verbindung standen. Reineswegs aber traffe das zu, was man über die Tätigkeit seiner Frau in dieser Beziehung gesagt habe. Trotz ihrer physischen Zartheit sei sie treppauf, treppab in die Quartiere der Armen gelaufen und habe die Kinder bei der B.W.G. eingefleddelt. „Wenn man das hört“, rief Böß aus, „was hier behauptet wurde, da erhält man erst einen richtigen Begriff von der Niedertracht unserer Zeit.“

Es bestand ein Magistratsbeschluss, laut dem sämtliche Mitglieder des Magistrats Spenden nur über die Hauptkasse der Stadt geben lassen dürften. Wer anders handelte, wie zum Beispiel Gabel, handelte inkorrekt. Ueber sämtliche Spenden wurde Buch geführt, das Verfügungsrecht stand dem Oberbürgermeister zu. Wenn aber Firmen Spenden gemacht hätten, nur um Aufträge zu bekommen, so hätte er (Böß) ihnen die Tür geöffnet hier

kommt es zu einem Zwischenfall. Böß fühlt sich durch die Frage des Vorsitzenden getränkt: „Wissen Sie nicht auch Gefahr, daß man Ihnen die Tür wieder wegen der Spenden? Einige Firmen sollen sich doch sogar über die Schnörzerei beklagt haben.“ Nach einer kleinen Auseinandersetzung mit Böß erklärt der Vorsitzende, er habe nicht die Absicht gehabt, ihn zu beleidigen.

Auch während der weiteren Vernehmung des Oberbürgermeisters kommt es wiederholt zu Zwischenfällen wegen der beleidigenden und verleihenden Art, in der die Verteidiger an Böß Fragen richten. Der Vorsitzende ist gezwungen, ihn in Schutz zu nehmen. Das ist zum Beispiel der Fall bei der Erörterung des Beschlusses des Oberbürgermeisters Böß bei dem Geheimrat Elshner vom Hotel Excelsior auf dessen Gut in Barchtesgaden. Die Verteidigung will wissen, ob das nach Untertunelung der Stiefemannstraße gewesen ist. Böß bejaht das. Er bestritt aber, daß dieser Besuch mit der Untertunelung im Zusammenhang stehe; er und seine Familie hätten schon jahrelang vorher mit der Familie Elshner freundschaftlich verkehrt. Er würde auch heute nicht anders handeln, trotzdem der Besuch in Barchtesgaden mit der Untertunelung der Stiefemannstraße in Verbindung gebracht wird. „Gegen Lüge und Verleumdung der Menschen ist man ja wehrlos.“

Böß und der Monopolvertrag.

Der Vorsitzende wendet sich nun dem Komplex Kieburg und B.W.G. zu. Böß bestritt, irgend etwas unternommen zu haben, um Kieburg zu schützen. Wenn Kieburg mit ihm renommieren habe, so bloß, um sich wichtig zu tun. Auch er habe den Eindruck, daß Kie-

burg, nachdem er von seinem Posten abgesetzt worden war, andere Personen verleumdet habe. Daß durch Kieburgs Geschäftsverführung Böher entstanden seien, die durch Sklareks Gebot werden sollten, habe er nicht gewußt. Böß bestritt auch, von Beschwerden gegen Beamte der B.W.G. Kenntnis erhalten zu haben. Daß die Sklareks die Betroffenen sein wollen, habe er erst aus den Zeitungen erfahren. Wenn die Sklareks ein Darlehen in Höhe von 500.000 Mark von der Stadt erhalten haben, nachdem sie erst vor kurzem ein Darlehen bekommen hatten, so sei das nicht zu rechtfertigen.

Obenloewenig sei das Zustandekommen des Monopolvertrags gutzuheißen. Man sei in der Stadt grundsätzlich gegen Monopolverträge gewesen, insbesondere gegen Bindungen auf Jahre hinaus. Wenn Gabel behauptet, daß der Abschluß im Interesse der Stadt gelegen habe, so sei das falsch. Er, Böß, sei von der ganzen Sachlage erst viel später durch Schallbach unterrichtet worden. Böß: Die Sklareks haben sich übrigens gerührt, daß bei ihren Geschäften alles glatt gegangen sei, während es über andere Angelegenheiten im Magistrat immer große Debatten gab. Sie wollten auch immer gewußt haben, wie gestimmt werden würde. — Böß kann sich nicht denken, daß ein Magistratsvertreter seine Meinung vorher festgelegt haben könnte. — Böß: Es ist hier auch behauptet worden, daß sich prominente Mitglieder des Magistrats zu Sklareks Sektübeln gedrängt haben? Böß kann sich auch das nicht denken. Der Vorsitzende meint dazu, daß der Zeuge sich auch die Beziehungen Schneiders zu Sklarek nicht habe vorstellen können. Es sei aber zum Beispiel Tatsache, daß Magistratsmitglieder wie Benneke, Schilling und Jangemeister von Sklareks Geld erhalten haben. „Aber nicht für persönliche Zwecke“, sagt Böß. — Böß: Und Sie können sich auch nicht erklären, wie es kam, daß die Sklareks die begünstigten Kinder des Magistrats wurden? — Böß äußert sich auch sehr lobend — wie er das schon vorher über die Arbeit von Schneider getan hatte — über die Tätigkeit des Angeklagten Kobi als Bürgermeister, er nennt ihn den tüchtigsten städtischen Beamten.

Leo macht wieder mal Krach.

Rechtsanwalt Dr. Julius Meyer richtet an den Oberbürgermeister die Frage, wie es eigentlich gekommen sei, daß die Sache Sklarek erst während seiner Amstaraufe zum Krachen gekommen sei. Als Leo Sklarek dazwischen ruft: „Bürgermeister Scholtz wollte doch Oberbürgermeister werden“, fährt ihn sein Verteidiger Meyer hart an: „Verhalten Sie sich doch ruhig!“ Böß kann keine Erklärung dafür geben, meint aber, er könne sich nicht denken, daß man schon vorher etwas von der Sache gewußt habe. Jedenfalls hätte er gleichfalls gegen Sklareks Anzeige erstattet, wenn ihm das bekannt geworden wäre, was bekannt geworden ist. Jetzt muß sich Leo Sklarek Luft machen: Er nennt Bürgermeister Scholtz einen Intriganten, Scholtz sei es, der für alles verantwortlich ist, er habe zehn Millionen in Grund und Boden getreten, Arbeiter brotlos gemacht, indem er es zum Konkurs kommen ließ. Man habe den Bürgermeister im Verleibungsprozeß, den Scholtz angestrengt hat, gedrückt, weil die Magistratsbeamten fürchteten, er könnte Oberbürgermeister werden; er habe aber nur drei Stimmen in der Stadtverordnetenversammlung bekommen, denn er eigne sich vielleicht zum Volksschullehrer, aber nicht zum Oberhaupt von Berlin. . . .

Bei der heutigen Vernehmung des Bürgermeisters Scholtz, der als erster Zeuge an der Reihe ist, sind von Leo Sklarek noch heftigere Ausfälle zu erwarten.

Jagdschloß Glienide unter dem Hammer.

Am Jagdschloß Glienide findet heute und morgen eine Zwangsauktion zahlreicher Kunstgegenstände statt. Bei der Vorbesichtigung, die gestern stattfand, bemerkte man, daß an zahlreichen Gegenständen gleich mehrere Antiquare liebten. Es kommen Gegenstände aus dem persönlichen Besitz des verstorbenen Prinzen Friedrich Leopold zur Versteigerung als auch historische Sachen aus der Zeit des Prinzen Friedrich Carl.



Massenturnier im Schach

Am Samstag fand im Gewerkschaftshaus am Engelplatz ein Massen-Retord-Kampf von 200 Schachbreitern zugleich statt. Unser Bild zeigt Spielergruppen von der Massenschachveranstaltung.



„Auch der Krieg wird einmal zu Ende gehen“, sagte sie ruhig, „irgendwann einmal. Und dann? — Dann wird man langsam und mühevoll anfangen, wieder aufzubauen, was da draußen zertrampelt und zerlegt wurde. Alles das, was wir heute in den Schmutz treten, die Kultur, die Kunst, die Wissenschaft — das wird man dann nötiger brauchen, als jemals!“ „Wissenschaft! Wenn ich bloß das Wort höre, wird mir übel!“ Der Feldgrau schlug erregt auf den Tisch. „Nennen Sie denn das Wissenschaft, in uraltem Papierwust zu wühlen? Wollen Sie mir vielleicht einreden, daß Sie, ein junger, frischer Mensch, davon befriedigt werden?“

Germaine lächelte. „Ich habe schon in manchem Paplerwust gewühlt — und doch bin ich ein Kind unserer Zeit wie Sie! Ich liebe die Gegenwart, obwohl ich den Krieg verabscheue — jamohl! — Ihre Augen flammten plötzlich auf — „ich verabscheue den Krieg, da lasse ich mir gar nichts dreinreden! Ich halte ihn für einen Wahnsinn! Lassen Sie mich bitte ausreden, und ich, macht gefälligst nicht so empörte Gesicht! Sehen Sie“, sie wandte sich wieder dem jungen Soldaten zu, „ich gebe Ihnen gerne zu, daß ich mir was Schöneres denken kann, als ein Semester lang die Eulalialequenz durchzuklappen. Buona palcella fat Eulalia, oh, ihr Öbster, ich glaube, das vergesse ich nicht bis an mein seliges Ende.“

„Sie ist eine wissenschaftliche Leuchte!“ fiel jetzt die blaße Studentin, die ihr gegenüber saß, ein und warf einen Blick, der aus Reid und Bewunderung gemischt war, durch ihre Brillengläser auf Germaine. „Seit drei Semestern düffle ich Althochdeutsch — aber die a- und die ja- und die wa- und die o- und die i-Stämme und wer weiß, was es noch für welche gibt — keinen Dunst habe ich davon! Germaine hat bloß ein Semester gehört, und davon hat sie noch so und so oft geschwätzt, aber sie rezitiert das Hildebrandslied und das Wespil, als hätte sie bereits in der Wiege Althochdeutsch gesprochen!“

Germaine beugte sich lachend hinüber und hielt ihr den Mund zu. „Und doch gebe ich Ihnen in einem Punkt recht“, fuhr sie fort, „wir haben tatsächlich zu viel toten Kram hier. Aber das liegt nicht an der Philologie allein, sondern unsere Universitäten überhaupt, so wie sie jetzt sind, und die Methoden, die man hier anwendet, sind erstarrt und veraltet. Es gibt noch genug Professoren, die uns bloß als unliebame Zugabe und ihre Verbrühtigkeit als unerwünschte Unterbrechung ihrer Arbeiten ansehen! Was bei diesen Vorlesungen dann herauskommt, kann man sich ja an den Fingern abzählen! Aber diese Klagen und diese Forderungen sind nicht neu, sondern schon ein paar Jahrzehnte alt. Vielleicht gibt es nach dem Krieg eine Reform — ich würde sie jedenfalls begrüßen!“ Sie brach ab.

Draußen erschollen laute Rufe. „Extrablatt!“ „Extrablatt!“ „Großer Sieg!“ „Ungezählte Gefangene!“ „Hurra! Hurra!“ ertönte es von allen Seiten. Am Eingang gab es ein Gedränge, weil einige Studenten, die soeben hereinströmten, den Hinauseilenden den Weg versperrten!

„Kinder, jetzt haben wirs bald geschafft!“ „Nur so weiter, dann ist bald Schluss!“ „Hurra! Hurra!“ Eine Welle von Erregung und Begeisterung hatte die jungen Menschen erfasst. Und dann brauste es hundertstimmig durch den Saal: „O Deutschland, hoch in Ehren, Du heil'ges Land der Treu . . .“ Germaine sang nicht mit. Unbemerkt schlüpfte sie durch die kleine Tür, die von der Rückseite des Gebäudes nach dem Anlagen führte, ins Freie. Nur wenige Schritte noch, und sie stand am Fluß. In den letzten Tagen war Hochwasser gewesen, aber nun war der Wasserstand gesunken. Trotzdem war die Strömung immer noch reichend genug. Da und dort führte sie entwurzelte Bäume, Keste, Holzplanen mit sich. Germaine schritt über die alte Brücke und blickte lange

hinüber zu den Bergen, die von den Flußufern aufstiegen. Dann ging sie hin zu der kleinen Bootsverleihsstelle.

„Eine halbe Stunde“, sagte sie zu dem alten Fischer, der ihr wie immer, freundlich zustand. „Für mehr reicht mein Taschengeld leider nicht! Aber rüdern muß ich heute!“

19. Seit Tagen firt die Luft von Frost und Kälte. Nun aber streicht der Südwind durch die Straßen. Die Bäume tropfen von Nässe, die Wege sind aufgeweicht. Ein Hauch von Frühling weht über die Stadt und läßt vergessen, daß erst Weihnacht ist, daß der Winter noch vor der Tür steht.

Germaine liegt in unruhigem Schlaf. Sie träumt, daß irgendwo in der Ferne eine Pfeife schrillt, scharf und befehlend, und daß dieser Ton ihr gilt, daß er ein Signal ist, das sie herausreißen will aus allem, was sie umgibt, aus dem Zubause und dem Studium.

Ich fährt sie in die Höhe. Der grelle Ton der Klingel geht durch das Haus. Germaine knipst das Licht an und wirft einen Blick auf die kleine Uhr, die auf dem weichen Nachttisch steht. Räum 1/7 Uhr. Im gleichen Augenblick fällt ihr ein, daß heute der erste Weihnachtsfeiertag ist, und ein festliches, erwartungsvolles Gefühl nimmt von ihr Besitz. Wieder schrillt die Klingel. Das kann nur ein Telegramm oder ein Eilpaket sein. Ja, das ist bestimmt das Weihnachtspaketchen aus Wenz, das sie gestern abend vergeblich unter ihren Geschenken gesucht hat. Die gute Mademoiselle Chalmreau — was mochte sie wieder für sie ausgesucht oder gearbeitet haben!

Kasch wirft sie einige Kleidungsstücke über. Dann öffnet sie leise die Haustür und eilt zum Gartentor. Aber draußen sieht sie im fahlen Licht der Laternen die Umrisse zweier Gestalten in Zivil.

„Bitte, öffnen Sie uns, gnädiges Fräulein“, tönt eine ruhige Stimme. „Anschuldigen Sie die frühe Störung, aber wir müssen Ihren Herrn Bruder sprechen. Kriminalpolizei.“ Und im gleichen Augenblick bligt eine Taschentampe und beleuchtet die Erkennungsmerkmale. „Das muß irgendeine Verwechslung sein. Mein Bruder schläft in seinem Zimmer. . .“ Germaine setzt sich in das kleine Korbfloß der Diele und weist auf die beiden Stühle. „Bitte, führen Sie uns in sein Zimmer“, unterbricht sie der eine Beamte. „Und, gnädiges Fräulein, regen Sie sich nicht auf! Ihr Herr Bruder hat einen richtigen Dummhungenstreich verübt, weiter nichts.“ (Fortsetzung folgt.)

„Tod den Schupos.“

Schwere Strafen für kommunistische Wandmalerei.

Das Schöffengericht Berlin-Mitte verurteilte gestern die Kommunisten Risch und Genossen, die in der Nacht vom 8. zum 9. August dieses Jahres an die Wand des Hauses Hagenauer Str. 18 die Aufschrift angebracht hatten: „Für einen erschlagenen Arbeiter sollen zwei Schuposoffiziere! Rotfront RFB, lebt. Nimmst Rache!“ wegen Aufreizung zu Gewalttätigkeiten und wegen Verstoßes gegen das Schuposgesetz zu folgenden Strafen: Den 23jährigen Max Risch und den 23jährigen Hans Tomale zu je 1 Jahr 9 Monaten Gefängnis, den 31jährigen Fritz Wöckel zu 3 Jahren 6 Monaten, Seremias Süher, 28 Jahre alt, zu 4 Jahren, den 19jährigen Alfred Fankelow zu 2 Jahren, den 18jährigen Hans Kunzsch zu 3 Monaten Gefängnis. Der 24jährige Schneider Emil Becker wurde freigesprochen. Die Angeklagten Risch, Tomale und Wöckel hatten bereits eine Woche vorher, am 31. Juli d. J., den Fahrweg vor dem Haupte Weisenburger Straße Ecke Frankfurterstraße mit der Aufschrift versehen: Schupos, schießt ihr uns nieder, schießen wir wieder. RFB, lebt, Rotfront! Auch diese Tat stand zur Auflage.

Das Schöffengericht Berlin-Mitte hat ein äußerst scharfes Urteil gefällt. Die Angeklagten können sich dafür bei den Leuten bedanken, die erst vor wenigen Tagen unter dem Druck der politischen Verhältnisse, der Verbotsgefahr für ihre Partei, sich endlich entschlossen haben, ihren Parteigenossen den individuellen Terror aus strengster Verbote. Auf die Höhe der Strafen mag auch der Umstand nicht ohne Einfluß geblieben sein, daß schon am 9. August die von den Angeklagten hingeschmierten Drohungen auf dem Büttelploß verwirklicht, die Polizeihauptleute Anlauf und Lent durch Schüsse getötet und der Polizeioberwachtmann Willig schwer verletzt wurden. Einen Bärendienst erwies auch den Angeklagten einer der Verteidiger, der, anstatt bei den Richtern um Verständnis für die verheerenden Opfer, die auf der Anklagebank saßen, zu plädieren, ihr Tun in einer Weise entschuldigte, ja zu verherrlichen, für notwendig befand, daß ihm auf Antrag des Staatsanwalts das Wort entzogen wurde.

Arbeitsloser bricht zusammen.

Bsturz eines jungen Menschen auf der Straße.

Vor dem Hause Grünthaler Straße 7 im Norden Berlins brach gestern abend der 25 Jahre alte Wilhelm Schief leblos zusammen. Passanten schafften den Bewußtlosen zur nächsten Rettungsstelle in der Badstraße, wo er gleich nach seiner Entleerung starb. Ein Bruststurz und ein hinzugetretener Herzschlag hatten dem Leben des schwer an Tuberkulose leidenden jungen Arbeiters ein Ende bereitet. Wilhelm Schief ist ein Opfer der entsetzlichen Notzeit geworden. Seit langer Zeit arbeitslos, konnte er seinem schwerkranken Körper nicht die Pflege angedeihen lassen, die nötig gewesen wäre. Seine Angehörigen leben selbst unter schlechten Verhältnissen, es konnte fast nichts für den Jungen getan werden.

Schande der Menschheit.

Schändenszenen auf dem elektrischen Stuhl. — Minutenlange Todesqualen.

Chicago, 19. November.

Schändenszenen auf dem elektrischen Stuhl. — Minutenlange Todesqualen. Ständische Vorgänge spielten sich bei der Hinrichtung von vier Verbrechern auf dem elektrischen Stuhl in dem hiesigen Gefängnis ab. Dieser elektrische Stuhl war neu, aber mangelhaft aufgebaut worden. Nachdem der erste Todesandidat den Stuhl bestiegen hatte, wurde der Strom eingeschaltet. Der Tod trat jedoch nicht sofort ein. Zum Entsetzen der etwa 150 Anwesenden, die von außen die Szene beobachteten, krümmten sich die Füße des Delinquenten, da der Henkergehilfe vergessen hatte, sie anzublenden, unter entsetzlichen Qualen. Ein zweites Mal wurde der elektrische Strom eingeschaltet, und erst nach vier Minuten trat der Tod ein. Am den zweiten Verbrecher ins Jenseits zu befördern, waren acht Minuten notwendig. Für den Tod des dritten brauchte man sechs und für die Hinrichtung des vierten ebenfalls sechs Minuten. Bei richtiger Funktionieren des elektrischen Stuhls hätte der Tod nach Einschaltung des Stroms sofort eintreten müssen.

Wildgewordene Kuh rast alles nieder.

Eine Frau schwer, zwei Kinder leicht verletzt.

Bei einem Viehtransport in Lichtenberg kam es gestern nachmittag zu einem aufregenden Zwischenfall. Eine Kuh rief sich los und raste durch die Straßen. Eine Frau wurde von dem Tier zu Boden getreten und schwer verletzt. Zwei kleine Kinder wurden gleichfalls umgerannt, glücklicherweise erlitten sie aber nur leichte Verletzungen.

Kurz nach 13 Uhr hielt vor dem Hause Wilhelmstraße 70 in Lichtenberg ein Viehtransportwagen, um für eine dortige Molkerei mehrere Kühe abzuliefern. Eins der Tiere, das förmlich vom Wagen gezerrt werden mußte, wurde plötzlich wild und schlug um sich, so daß die Transporteure das rasende Tier nicht mehr halten konnten. Die Kuh lief durch mehrere Straßen. Eine 48 Jahre alte Frau W. aus der Walderstraße wurde von der rasenden Kuh zu Boden geschleudert und mit den Hüften getreten. Zwei Kinder, die dicht daneben standen, und gleichfalls umgerissen, erlitten leichte Abschürfungen. Die schwerverletzte Passantin mußte ins Lichtenberger Hubertuskrankenhaus gebracht werden. Einige Zeit später konnte die Kuh von mehreren Männern eingefangen werden.

Der Männergesangverein der BVG. (Mitglied des DMSB.) veranstaltete am 17. November im Saalbau Friedrichshagen sein diesjähriges 6. Stiftungsfest. Als Gast war der Männergesangverein der Halleischen Straßenbahner mit 45 Kollegen erschienen. BVG brachte, von großem Beifall aufgenommen, Uhmans wirkungsvolle Komposition „Empor zum Licht“ zum Vortrag. Dann folgten Volkslieder vortritte der Halleischen Sänger. Der Vorsitzende, Kluge, dankte allen Berlinern für die herzlich Aufnahme und das bewiesene Solidaritätsgefühl. Ein ausgezeichnetes Varietéprogramm bildete den Abschluß des volkstümlichen Abends.

Die Trauer um den Basill. Darüber spricht Freitag, 20. November, 20 Uhr, im Reichswirtschaftsrat, Bellevuestr. 15, Professor Dr. Reichwein. Eintrittskarten, soweit der Vorrat reicht, unentgeltlich durch Verband für den Jernsen Osten, Potsdamer Str. 28.

Das Wachenphänomen Dr. Hiedelstein wird am Freitag, 20. November, 17.30 Uhr, im Rundfunk im Programm der Akademie Abteilung, von Alfred Müller interpretiert.

Ökonomie und Astrologie. Zu diesem Thema beginnt jetzt im Planetarium eine Vortragsreihe, in deren Rahmen am Freitag, 20. November, 19 Uhr, Wilhelm Becker, Vorkämpfer der Astrologischen Gesellschaft, u. a. über „In welcher Weise beeinflussen uns die Sterne“ spricht. Ihre weitere Forträge sind benannt: Johannes Bachmann; Prof. Soziol. Hamburg; Prof. Dr. J. Klein; Prof. Dr. h. c. Oswald Gerhardt. Die Forträge sind in sich abgeschlossen. Der Einzelpreis kostet 1 M., Sammelkarte (gültig für 5 Forträge) 4 M.

Lachen im Stadtparlament

Wie echte Nazipoesie aussieht — Flatau verteidigt Nachrichtenamt

Die Stadtverordnetenversammlung lehnte gestern die Spezialdebatte über das Sparprogramm des Magistrats und die dazu vorliegenden Anträge der verschiedenen Fraktionen ab.

Der Vorsitzende der sozialdemokratischen Fraktion

Genosse Flatau

mandte sich gegen den Antrag der Nationalsozialisten, die einen Umbau des städtischen Nachrichtenamtes und die Befestigung dieser so dringend nötigen Nachrichtenstelle mit einem „älteren, langgedienten Fachjournalisten“ forderten. Der Antrag wird besonders verständlich, wenn man hervorhebt, daß der Leiter des Amtes der Sozialdemokrat Dr. Bohmann ist. Genosse Flatau fragte die abbauwütigen Nazis, was sie sich unter einem „älteren, langgedienten Fachjournalisten“ vorstellen. Es lag für Flatau sehr nahe, in den Kreisen der nationalsozialistischen Journalisten Umschau zu halten, er kam dabei allerdings nicht zu dem von den Nazis gewünschten Ergebnis. Im „Illustrierten Beobachter“, dem Nazi-Blatt, haben langgediente „Fachjournalisten“ geschrieben:

„Das ist direkt schon, schlicht gesagt, zum Spülen, wie sich die unfaßlichsten der Parteien sowohl beim Dawes- wie beim Young-Berrat in ihrer Presse selbst geohrfeigt hat. Man kann fortan es schon den Kindern predigen: „Deutschnational“ sein heißt: sich selbst erledigen!“

In diesem Poem heißt es dann weiter:

„Steht nicht verschrumpft und klein Herr Hugenberg heut vor uns da als schielig-mieser Zwerg?“

(Schallende Heiterkeit im ganzen Hause — die Deutschnationalen sind angesichts dieser Charakterisierung ihres Parteiführers durch die Harzburggenossen einigermassen verärgert.)

Mit solchen Gedichten reißt also der nationalsozialistische „Fachjournalist“ den Führer seiner Parteinachbarn heranter. Aber auch bei den Hugenbergleuten wird man keinen Erfolg bei den Leitern des Nachrichtenamtes finden, denn Herr Goebbels hat im „Angriff“ kürzlich den Hugenbergredakteur Kriegl als einen „milden Bürger bezeichnet, der im Gelände herumtobt und die Nationalsozialisten durch derbe Faustschläge zu treuen Bundesgenossen der nationalen Opposition erziehen wolle“. Wo soll nun also der „Fachjournalist“ herkommen? Soll es der treudeutsche, edelstammige Nazimann sein, der im Naziliederbuch dichtete:

„Auf den entehrten Leibern blondblauer deutscher Frauen soll das Geschmeiß der Räuber sich keine Börse bauen!“

Wiederholte stürmische Heiterkeit; Stadtv. Engel (Nfz.) be-

zeichnet die durch Flatau vorgebrachten Nazi-Zitate als furchtbaren Quatsch, was die Sozialdemokraten zu heftiger Zustimmung veranlaßt. Sie sehen also, fuhr Flatau fort, daß es

den Nationalsozialisten doch einige Schwierigkeiten bereiten würde, für Dr. Lohmann einen Ersatzmann zu stellen.

In der Harzburgfront dürfte sich jedenfalls keiner finden.

Gegen gewisse „Fachjournalisten“.

Genosse Flatau wandte sich in diesem Zusammenhang dann gegen den Herausgeber einer kommunalen Korrespondenz, der es sich offenbar zur Aufgabe gesetzt habe, die Stadtverwaltung bei jeder Gelegenheit in der niederträchtigsten Weise herunterzureißen. Flatau verlas einen Artikel dieses Fachjournalisten, der allerdings nicht für sozialdemokratische, pflichtbewusste Zeitungen bestimmt war. In diesem Artikel war Flatau als Denunziant bezeichnet, der sich in einer Rede in der Stadtverordnetenversammlung nicht nur in unzulässiger Weise gegen Stadtbaurat Wagner, sondern auch gegen den (Sozialdemokraten) Dr. Lohmann und den „roten“ Direktor des Magistrats gewandt habe mit der Behauptung, die Umgebung des Oberbürgermeisters „halte nicht dicht“. Genosse Flatau hatte sich damals mit der unzulässigen, unter bewußter Umgehung des Nachrichtenamtes vorgenommenen Information gewisser Boulevardblätter durch städtische Dienststellen und gewisse Beamte in ihnen gewandt. Es sei, fuhr Flatau fort, die höchste Zeit, daß solche Fachjournalisten aus dem Rathaus verschwinden. (Stürmisches Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Angesichts des Geschreibsels dieser „älteren langgedienten Fachjournalisten“ sei die Frage berechtigt: „Wolt — er“ verleumdete, oder „Wolt — er“ es nicht? Als ein Kommunist verlangt, Flatau solle Namen nennen, fragt ihn der Redner, ob er nun noch nicht verstanden habe? (Gemeint ist mit der Kennzeichnung die Korrespondenz Wölter, deren Herausgeber früher als Nachrichtenvermittler aus dem Rathaus eine große Rolle spielte.) Jedenfalls sage er, Flatau, und mit ihm die sozialdemokratische Fraktion: Bleibe bei Lohmann und schimpfe ruhig weiter! (Beifälliger Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Nach dem sozialdemokratischen Redner forderte ein Vertreter der kommunistischen Fraktion die Streichung aller Zuschüsse für Theater und Orchester. Stadtv. Engel (Nfz.) erklärte, die Nationalsozialisten könnten sich ein Parteihaus für 2 Millionen Mark leisten. (Beifälliges Hört, hört! im Hause.) Mit der Erörterung der Abbaumaßnahmen auf dem Gebiete des Schulwesens, die denen für die Sozialdemokraten Stadtv. Faust sprach, schloß die gestrige Stadtverordnetenversammlung. Zu einer Abstimmung kam es nicht.

Die Wirtschaftsordnung im Sozialismus

Der Hamburger Nationalökonom Professor Eduard Heimann sprach im Rahmen der Veranstaltungen der sozialistischen Studentenschaft an der Hochschule für Politik über „Die sozialistische Wirtschaftsordnung und ihre gesellschaftliche Bedeutung.“

Genosse Heimann umriß die kommende sozialistische Wirtschaftsordnung in vollem Bewußtsein, daß heute die Frage nach den konkreten sozialistischen Möglichkeiten im deutschen Wirtschaftsraum vielleicht dringlicher sei; und dennoch muß das Problem: wie sieht eine sozialistische Wirtschaftsordnung aus?, prinzipiell gestellt werden, mit allen Vorbehalten einer künftigen Korrektur.

Zwei Tatsachen sind es im wesentlichen, die den Kapitalismus und seine soziale Struktur bestimmen: Die isolierte Privatwirtschaft der Kapitalisten und ihre Verfügungs-gewalt über die Produktionsmittel. Hier liegt die sozialistische Wirtschaftsordnung ein. Die organisierte Gemeinschaft übernimmt die Gesamtheit der Produktionsmittel. Eine sozialistische Wirtschaftsordnung kann nur im engsten Anschluß an die heutige Wirklichkeit beschrieben werden. So muß grundsätzlich die Buchführung beibehalten werden; auch das Prinzip des Wettbewerbs und der Einkommensdifferenzierung kann nicht aufgehoben werden. Auch Rußland hat den „sozialistischen“ Wettbewerb anerkennen müssen. Die Einkommensdifferenzierung ist dennoch anders wie heute, wo die Spitzgehälter nicht marktmäßig, sondern durch die Zugehörigkeit zur Oberschicht bestimmt werden. Der Kapitalismus wird durch eine Zentralstelle geleitet. Kapital wird nur solchen Betrieben überlassen werden, die die Zinsen erübrigen können. Der Zins regelt die zeitliche Bindung der Produktionsmittel. Die Einkommensdifferenzierung kann nicht zu neuer Klassenbildung führen, weil kein Einzelner, sondern nur die organisierte Gemeinschaft im Besitz von Produktionsmitteln sein darf. Außerordentlich ausschlag-

reich waren Heimanns Darlegungen über das Problem der Rationalisierung. In der Art und Weise, wie heute rationalisiert wird, sieht Heimann mit Bedauern und Besorgnis die zentralen Ursachen der heutigen Krise. In einer sozialistischen Wirtschaftsordnung muß der technische Fortschritt mit der Schaffung neuer Arbeitsplätze Hand in Hand gehen. Eine zentrale Wirtschaftsplanstelle, die monopolistisch über die Kredite verfügt, entscheidet über die planwirtschaftliche Regelung des Wirtschaftsprozesses. Die Landwirtschaft betreffend, sprach Genosse Heimann von der zunehmenden Bedeutung der Veredelungswirtschaft. Die Bauernwirtschaft muß individuell geordnet werden. In der Vergenossenschaft der Bauern nähert sich das Leben des Landes dem kollektiv geordneten Leben der Stadt. Sozialisierung ist kein abstraktes Schema. Ihr Ziel ist die Befreiung des Menschen von der kapitalistischen Ausbeutung. Der Mensch muß in der Arbeit wieder den Einsatz seines Menschentums spüren; die Arbeit wird in der sozialistischen Wirtschaftsordnung wieder zur menschlichen Arbeit.

Die anschließende Diskussion beschäftigte und ergänzte Heimanns Darlegungen. Vielleicht darf bei dieser Gelegenheit die Anregung ausgesprochen werden, daß dieser Vortrag, der am Abend vorher vor der vereinigten Studentenschaft in der Universität gehalten wurde, und den die Nationalsozialisten vergeblich zu stören versuchten, durch den Zentralverlag oder die Verarbeitigung der Partei einer möglichst großen Masse von Menschen zugänglich gemacht wird. Nichts ist heute wichtiger, als die antikapitalistische Stimmung der Massen zu bewußtem sozialistischen Wollen zu formen. Der Vortrag von Eduard Heimann ist in seiner klaren eindringlichen und umsojeden Weise vorzüglich dazu geeignet, die heute verwirrte Problematik der Wirtschaftsordnung im Sozialismus zu klären und nachhaltig für die Idee des Sozialismus zu werden.

Er wollte in der Zeitung stehen.

Phantasien eines Fünfzehnjährigen.

Einen sonderbaren Ueberfall wollte am Bußtagnachmittag der 15 Jahre alte Schüler Gerhard Sch. aus der Grenzstraße erlebt haben. Die Eltern des Jungen haben in dem Hause ein Schreib- und Papierwarengeschäft. Die Leute gingen am frühen Nachmittag auf den Friedhof, Gerhard Sch. blieb allein in der hinter dem Gaden gelegenen Wohnung zurück. Als die Eltern gegen 17 Uhr heimkehrten, fanden sie ihr Kind mit einem Knebel im Munde und mit gefesselten Händen auf. Der Schüler erklärte, daß er von zwei Männern überfallen worden sei. Einige Unordnung im Geschäft hätten die Angaben des Jungen zu bestätigen. Gerhard Sch. erzählte den alarmierten Kriminalbeamten, daß er bei seinen Schularbeiten gefesselt habe, als er plötzlich vorn im Geschäft ein verdächtiges Geräusch gehört habe. Als er nachschah, standen ihm plötzlich zwei Männer gegenüber. Einer der beiden hielt eine Pistole in der Hand. Ohne sich um die Drohungen der beiden Eindringlinge zu kümmern, will er in die Küche geeilt sein und sich dort mit einer Eisenstange bewaffnet haben. Mit dem Eisenstück sei er dann in den Boden zurückgekehrt und habe damit auf einen der Männer eingeschlagen. Die Eindringler hätten ihn aber schnell überwältigt. Man steckte ihm einen Knebel in den Mund und fesselte ihn mit einem Lederrücken. Die Verbrecher hätten dann die Behältnisse durchwühlt und seien geflüchtet. Die Beamten stellten bald fest, daß der Vorfall sich umgänglich so zugezogen haben konnte, wie ihn der Junge schilderte. Schließlich waren die Nachforschungen der Polizei soweit gediehen,

daß man den Ueberfall als erdichtet erkannte. Gestern früh gab Gerhard Sch. endlich zu, daß an seiner Erzählung kein wahres Wort sei.

Er wollte einmal in der Zeitung genannt werden

und da sei er auf den Gedanken gekommen, durch den Ueberfall die Aufmerksamkeit auf sich zu lenken. Zweifelhafte Literatur, vor allem kriminalistische Schmöker, die er eifrig las, dürften den Schüler außerdem zu dem Phantasieprodukt verleitet haben.

Die goldene Hochzeit feiert am Sonnabend, dem 21. November, das Ehepaar Rintke, Müllerstr. 134a. Das Jubelpaar ist seit Jahrzehnten treuer Leser des „Vorwärts“.

Mit Berlin. Die nächste Führung durch die vergessenen Winkel des ältesten Berlin veranstaltet das Bezirksamt Schöneberg unter Leitung Georg Baumbergers am Sonntag, dem 22. November 1931, Treffpunkt 10 1/2 Uhr auf dem Spittelmarkt. Ausgang Untergrundbahn. Teilnahme 50 Pfennig.

Coffeinfreier Kaffee Hag: niemals schädlich, immer vorzüglich.

Coffeinfrei und Hag, darauf kommt's an!

Explosion auf einem Motorschiff.

Maschinenraum in Flammen. — 14 Mann ertrunken.

London, 19. November.

Am Bord des Motorschiffes „Ara“, das auf dem Tange der Verwendungs findet, hat sich eine Explosion ereignet, der 14 Menschenleben zum Opfer gefallen sind. Die Explosion geschah im Maschinenraum, wo vier Heizer und Maschinenisten getötet wurden. Das Schiff, das 200 Fahrgäste an Bord hatte, fing sofort Feuer, und in der darauffolgenden Panik sprangen zehn Chinesen über Bord und ertranken. Dem Kapitän gelang es trotz der hohen Flammen, die bald das ganze Schiff ergriffen, sein Fahrzeug bei Tschungking auf Grund zu setzen und Fahrgäste und Besatzung zu retten. Der Kapitän und mehrere Fahrgäste der 1. Klasse wurden von den Behörden festgenommen und mehrere Stunden lang in Haft gehalten.

Interessengemeinschaft auf der Straßenbahn.

Aus einem Brief an den „Vorwärts“:

Straßenbahnlinie 199, zwischen 4 und 5 Uhr nachmittags. Die Fabriken haben geschlossen. Feierabend. Die vordere Plattform ist dicht besetzt. Da steigen noch vier Arbeiter zu. Aus ihrem Verhalten ist zu schließen, daß sie sich gegenseitig nicht kennen. Der Schaffner arbeitet sich langsam durch das Innere des Wagens nach vorn. Gleich wird er die Klappe aufmachen und kassieren. Da stößt der eine Arbeiter den ihm zunächst stehenden an: „Du, Kollege, was fährst du? Einfach?“ Der nickt. Die beiden anderen auf dieselbe Frage ebenso: „Bist du, nehm' ma ne Sammelkarte. So, gib ma' her, 20, 40, 60 Pfennig, den Rest zahl' ich.“ Zum Schaden der B.B., die auf diese Weise 20 Pfennige weniger verdient als sonst. Worüber sich die Vier noch eine ganze Weile sehr zufrieden unterhalten.

Lokaltermin im Chauffeurmord.

Um eine weitere Klärung im Buchholzer Chauffeurmord herbeizuführen, wurde gestern nachmittag am Tatort auf der Buchholzer Chaussee ein Lokaltermin abgehalten. Die beiden Täter, der 21 Jahre alte Badergehilfe Wittstock und sein Komplize, der 26jährige Arbeiter Rohrbach, wurden am Tatort gegenübergestellt. Die Kommissare Dräger und Liegenberg erhofften aus dieser Gegenüberstellung, von Rohrbach, den man für den Haupttäter hält, endlich ein volles Geständnis zu erhalten. Diese Annahme erwies sich als irrig. Als die beiden jugendlichen Verbrecher gegenübergestellt wurden, schoben sie in erregten Worten einander die Schuld zu, keiner will geschossen haben. Die verstockte Rohrbach nach seinem bisherigen Verhalten freiwillig ein volles Geständnis ablegen wird, erscheint zweifelhaft. Vielleicht gelingt es der Polizei doch noch, ihn vollends zu überführen.

Neue Zweigstelle des Neuköllner Wohlfahrtsamtes.

Am Mittwoch, dem 25. November, wird in dem Hause Berlin-Neukölln, Kannerstraße 41—45, eine weitere Zweigstelle des Wohlfahrtsamtes eröffnet, die für die Stadtbezirke 23, 34 bis 40 zuständig ist. Soweit es sich um Angelegenheiten der genannten Bezirke handelt, werden sämtliche Geschäfte der allgemeinen Wohlfahrt jetzt hier erledigt. Die Geschäftsstelle des Wohlfahrtsamtes wird für das Publikum werktäglich, mit Ausnahme des Dienstag und Donnerstag, von 9 bis 12 (Sonntag von 9 bis 11 Uhr) geöffnet sein.

Die Eröffnung der Pathologischen Schauausstellung. Zu unserem Artikel „Wissenschaft, die dem Volke dient“ fügen wir noch ergänzend hinzu, daß die Pathologische Schauausstellung im Krankenhaus Friedrichshain nach vorheriger Anmeldung im Krankenhaus für jedermann zugänglich ist; die Ausstellung bleibt ständig geöffnet. Gleichzeitig stellen wir einen unterlaufenen Fehler im Text dahin richtig, daß es heißen muß: „Wie unendlich wichtig die Arbeit der pathologischen Anatomie zur Ausdeutung infektiöser Krankheiten, Kontrolle ärztlicher Diagnostik, zur Klärung gewerblicher Schädigungen (Unfälle) usw. ist.“

Die „Welt des Arbeiters“ auf der Deutschen Welle findet in dieser Woche nicht, wie gewöhnlich, am Freitag, sondern am Sonnabend von 19 bis 19.30 Uhr statt. Thema: „Wer weiß, was kommt?“, Szenen aus dem Alltag der Angestellten, von Else Hildebrand.

Führungen durch Alt-Berlin unter Mitwirkung des Bezirksamtes Mitte. Nächste Führung Sonnabend, 21. November, 19½ Uhr, und Sonntag, 22. November, 10 Uhr, durch Rektor Michaelis. Treffpunkt vor der Ritzstraße, Poststraße. Der Eintritt wird der Berliner Winterschule zugewandt.

Der Ansturm der Siedler

Schwindler suchen Dumme — Der wirkliche Stand der Siedlung

Nach wie vor werden alle möglichen Stellen und nicht zuletzt die Zeitungsredaktionen von siedlungshungrigen Erwerbslosen bestürmt. Die Erwerbslosen verlangen Auskunft, wie es um die Siedlungsprojekte steht und wohin sie einen Antrag auf Berücksichtigung als Siedler richten müssen. Diese „Konjunktur“ haben sofort geschäftstüchtige Scharlatane benützt, „Beratungsstellen“, beziehungsweise „Vermittlungsbüros“ für Siedlungslustige einzurichten. Man sucht die Erwerbslosen zu fördern, indem man ihnen das Blaue vom Himmel herunter verspricht und dabei behauptet, man sei vom Reichsiedlungskommissar mit der Vandaufteilung beauftragt. In Wirklichkeit sucht man den mittellosen Erwerbslosen den letzten Groschen aus der Tasche zu ziehen. Im eigenen Interesse der siedlungslustigen Erwerbslosen sei deshalb auf folgendes hingewiesen:

Alle Anträge auf Zuteilung von Land sind bis auf weiteres zwecklos.

Vorerst befindet sich das Siedlungsprojekt noch im Stadi der Vorbereitung. Der Reichsiedlungskommissar hat beispielsweise die Stadt Berlin beauftragt, bis zum 1. Dezember ihm durchführbare Vorschläge für die Siedlung zu machen. Dabei werden keine theoretischen Erwägungen gewünscht, sondern praktische Vorschläge. Diese Vorschläge wird der Siedlungskommissar gegebenenfalls bestätigen. Es bestehen allerdings bei den an sich schon schwer belasteten Kommunen große Bedenken gegen die in Aussicht genommene Form der Besiedlung. Danach sollen in der Hauptsache die Kommunen Träger der Siedlung sein, einerseits sollen sie das Land bereitstellen und andererseits Bürgschaften für die vom Reich gegebenen Darlehen übernehmen. Hiergegen wenden sich die Gemeinden, indem sie sagen, es sei keine Heldentat, Rotverordnungen zu erlassen, deren Lasten man den Städten aufbürdet. Die Städte haben schon genug Lasten zu tragen.

Weiter steht man bei den Gewerkschaften dem Siedlungsprojekt mit einiger Reserve gegenüber. Bekanntlich sollen die Erwerbslosen bei der Errichtung ihrer Siedlerstellen, insbesondere beim Bau der Häuser, weitgehend selber Hand anlegen. Wenn möglich, sollen die Siedlerstellen überhaupt auf dem Wege der Arbeitsdienstpflicht errichtet werden. Hiergegen wenden sich die Gewerkschaften. Schließlich wird von sachmännlicher Seite darauf hingewiesen, daß die in Aussicht genommenen Häuser kaum größeren Unbillen der Witterung standhalten dürften.

Aber auch, wenn alle diese Unstimmigkeiten in nächster Zeit beseitigt sein werden, muß immer wieder vor übertriebenen Hoffnungen eindringlich gewarnt werden. Sowohl die Kleinsiedlerstellen wie die Kleingärten versprechen keine Vollversorgung, es soll damit aus dem Ertrag der Gartenarbeit und der Kleintierhaltung eine Besserung der Lebenshaltung erreicht werden. Die Siedlungsgrundstücke sollen auch so gelegen sein, daß der jetzt erwerbslose Siedler bei einer Besserung der Wirtschaftslage wieder arbeiten gehen kann.

Die Kleinsiedlerstellen sollen im übrigen nicht unter 600 und nicht über 5000 Quadratmeter, die Kleingärten nicht unter 400 Quadratmeter groß sein. Die sonst sehr strengen baupolizeilichen Vorschriften sollen für die Siedler so weit wie möglich gelockert werden. So will man auf befestigte Zufahrten zu den Grundstücken verzichten, ebenso auf den sonst üblichen Anschluß an das Licht-, Wasser- und Kanalisationsnetz. Die Belastung des Siedlers für eine Stelle soll monatlich 10 bis 12 Mark nicht übersteigen. Die Pflicht zur ersten Zinszahlung beginnt mit dem Anfang der ersten Ernte im folgenden Kalenderjahr. Wenn vom Reichsiedlungskommissar bestätigte Vorschläge der Länder oder Gemeinden vorliegen, kann endlich an

die Auswahl der Siedler

gedacht werden. Bis dahin sind alle Besuche und Vorstellungen vollkommen zwecklos. Auch neuentstandene Vereinsvereine können daran nichts ändern. Wie Landrat Rönneburg, der Stellvertreter des Reichskommissars für vorstädtische Kleinsiedlung, mitteilt, wird für Berlin die Stadt in Verbindung mit den Arbeitsämtern die Siedler auswählen. Es hat jedoch keinen Zweck, nunmehr zu den Vorstehern der einzelnen Expeditionen auf den Arbeitsämtern zu laufen und diese um Vornennung zu ersuchen. So weit ist die ganze Sache noch nicht. Abgesehen davon müssen die Siedlungslustigen eine ganze Reihe von Bedingungen erfüllen:

landwirtschaftliche Erfahrung, langfristige Erwerbslosigkeit, kinderreiche Familie, Verpflichtung, bei der Ausschließung des Siedlungsgeländes mitzuhelfen.

Also zum mindesten bis zum 1. Dezember müssen sich die Erwerbslosen noch in Geduld fassen; vor allem die Taschen zu und keinem „Vermittler“ Geld in den Taschen werfen!

Kriegsopfer gedenken der Toten.

Der Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegerhinterbliebenen veranstaltet am kommenden Totensonntag, 14 Uhr, im Plenarsaal des Reichstags eine Gedächtnisfeier für die Toten des Weltkrieges. Die Gedenkrede des Bundesvorsitzenden Pfänder wird umrahmt von Rezitationen, die von den Mitgliedern des Staatstheaters Maria Schanda und Heinrich Witte vorgetragen werden, von Gesangsvorträgen der „Typographia“, Gesangverein Berliner Buchdrucker und Schriftsetzer, und musikalischen Darbietungen des Doppelquartetts Gebrüder Steiner, die Werke von Beethoven, Brahms und Schumann bringen werden. Das Programm wird von den Rundfunksendern Berlin, Königs-Wusterhausen, Magdeburg, Stettin, Schlesien, Westdeutschland, Süddeutschland, Mitteldeutschland und voraussichtlich auch Danzig übertragen.

Der Reichspräsident, die Mitglieder des Reichskabinetts, die Fraktionen des Deutschen Reichstags und die Behörden der Reichshauptstadt sowie viele Spitzenorganisationen sind zu der Feier eingeladen.

Eine Gedenkfeier für die Toten des Weltkrieges auf dem Garnisonfriedhof in der Müllerstraße veranstaltet am Sonntag, dem 22. d. M., 13 Uhr, der Ortsverein Wedding des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold. Der Spielmanszug, Leitung Kreisstabführer Koepfel, und das Blasorchester unter Leitung des Musikleiters Habedank wirken mit. Die Gedenkrede hält Kamerad Pfarrer Kirchner.

Eröffnung des Fernsprechschulunterrichts mit Kalkberge. Am heutigen Freitag um 13 Uhr wird der Fernsprechschulunterricht zwischen Berlin und Kalkberge aufgenommen. Von diesem Zeitpunkt an sind Gespräche von Berlin nach Kalkberge nicht mehr beim Fernsprechamt Berlin anzumelden. Die an eine Vermittlungsstelle mit Handbetrieb angeschlossenen Berliner Teilnehmer melden Gespräche nach Kalkberge bei ihrer Vermittlungsstelle an. Die Berliner Selbstanschlussteilnehmer erhalten Verbindung mit Kalkberge durch das Schnellamt Berlin, das sie durch Wählen von K 9 erreichen. Die Gebühr für ein Gespräch von drei Minuten Dauer nach Kalkberge beträgt während der Zeit von 8—19 Uhr 0,40 M., in der übrigen Zeit 0,27 M.

Vorträge, Vereine und Versammlungen

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“
 Geschäftsstelle: Berlin S 14 Seeblickstr. 28, 2. Etage
 Freitag, 20. November, 8 Uhr, Türrschloß (Jungb.). 20 Uhr Jugendheim Wilhelmshaus, Kamerad Kamerad Dr. Schilling, Kalkberge, 20 Uhr Mitgliederversammlung in den bekannten Lokalen: Kameradhaft Sulfas Kempel, Kameradhaft Boghorn, Kameradhaft Kammelsburg.

Arbeiter-Sportplatz-Verband e. V., Bezirksverband Berlin und Brandenburg, Geschäftsstelle: Kalkberge, Türschloßstr. 28, Ortsgruppe 4, Junge Gruppe, Freitag, 20. November, 20 Uhr, Generalprobe in der Gartenstr. 4, Ortsgruppe 1—4, Sonnabend, 21. November, 19 Uhr, sämtliche Mitglieder in Wilhelmshaus, Wilhelmstr. 23 (Stadthalle), Ortsgruppe 1, Freie Spielgruppe, Sonntag, 22. November, 19½ Uhr, Mitgliederversammlung im Jugendheim Kalkberge, 18.

Deutscher Esperanto-Bund, erste Gruppe, Berlin, Freitag, 20 Uhr, Konditor Bobeln, Badischer Markt.
 Esperanto-Gesellschaft Charlottenburg, Montag, 23. November, 20 Uhr, Konditor Wolter, Charlottenburg, Bismarckstr. 114 (Rnie), Klubzimmer, Lesung, und Konversationsabend.

Deutscher Romanistenbund, Prof. Dr. A. Rosenfeld spricht über „Der Krieg gegen die Verunft im heutigen Deutschland“ Freitag, 20. November, 20 Uhr, im Feibelshaus Wilhelm-Gemnosium, Kochstr. 13.
 1. Berliner Bauhausein-Streichholzler, Treffpunkt im Deutschen Hof, Radower Straße, Hertzstangenstr., Dirigent Max Schüller.

Sie sparen bei der Zahnpflege, wenn Sie die Chlorodont-Zahnpaste verwenden, denn eine kleine Menge davon genügt. Versuch überzeugt. Säten Sie sich vor billigen, minderwertigen Nachahmungen.

Mengenabgabe vorbehalten • Verkauf solange Vorrat • Telefonische Bestellungen ab 5.00 M. unter F 6 Bärwald 0012 werden prompt erledigt

Die guten KARSTADT Lebensmittel

FRISCHFLEISCH	BUTTER UND FETTE	KÄSE	WURSTWAREN	KONFITUREN	EMPFLEHENSWEERT
Schweine-Bauch	Malkereibutter Pfd. 1.10	Romadour Stück 0.18	Gek. Schinken 1/2 Pfd. 0.35	Marzip.-Kartoff. Pfd. 1.25	Lungenhasch. 1 Pfd. D. 0.35
Schweine-Schult.	Tafelbutter Pfd. 1.28	Camembert, vollf. Schil. 0.18	Speckwurst Pfd. 0.78	Kräuter-Printen Pfd. 0.90	Bratheringe 1 Ltr.-D. 0.50
Schweine-Nieren	Allert. Markenbutt. Pfd. 1.42	Harzer .. ca. 1 Pfd.-Pak. 0.32	Jagdwurst Pfd. 0.92	Schok.-Printen Pfd. 1.00	Würstchen Ds. 5 Paar 0.75
Schweine-Dickb.	Dänische Butter Pfd. 1.44	Frühstücksk. Rolle 1 Pfd. 0.55	Bierwurst Pfd. 0.98	Pfeffernüsse weiß Pfd. 0.50	Gewürzgurk. 2 Ltr.-Ds. 1.00
Rückenfett, bratf.	Marg., Cocosfett 2 Pfd. 0.75	Blockk. o. R. Tils. Art Pfd. 0.58	Schinkenpolnische. Pfd. 1.08	Rhein. Spekulatius 0.70 0.50	Feigen Pfd. 0.28
Ochsen-Suppenfl.	Rohschmalz Pfd. 0.56	Holländer .. vollf. Pfd. 0.70	Braunschwg. echte. Pfd. 0.98	Thorn Katharinch. 3 Pak. 1.00	Walnüsse ... Pfd. 0.35
Rinder - Fehrlippe	Bratenschmalz .. Pfd. 0.58	Tilsiter vollfett ... Pfd. 0.68	Cervelatwurst .. Pfd. 1.24	Spitzkuchen ... Pfd. 1.00	Paranüsse ... Pfd. 0.45
Rinder - Gehacktes	Griebenschmalz ... Pfd. 0.64	Steinbuscher, vollf. Pfd. 0.68	Holsteiner, grobe. Pfd. 1.35	Spez.-Prol. Misch. Pfd. 1.00	Haselnüsse .. Pfd. 0.45
Hammelvorderfl.	Eier an 10 Stück 0.75	Dän. Schweizer Pfd. 0.72	Schinkenspeck. Pfd. 1.28	Pralin.-Misch. O.K Pfd 1.20	28er Hockenheimer mit Fl. 0.65
Kaßler ... Pfd. an 0.74	Speisefett .. Pfd. 0.48	Bayr. Schweizer Pfd. 1.05	Plockwurst ... Pfd. 1.15	Burm. 3Tl.-Sortim.-Pak. 0.75	Hambacher mit Fl. 0.85
FISCHE U. RÄUCHERWAREN	OBST U. GEMÜSE	KOLONIALWAREN	KONSERVEN	WEINE	Mastgänse an Pfd. 0.78
Kabeljau o. K. L. Oz. a. Pfd. 0.15	Goldparmänen Pfd. 0.15 0.08	Burma-Reis Pfd. 0.13	Jg. Schnittbohne 1/2 Ds. 0.38	Bowl. Wein Ltr. 0.60 5 Ltr. 2.90	Fr. Suppenhühn. a. Pfd. 0.70
Seelachs o. K. L. Oz. a. Pfd. 0.16	Amar.-Birnen Pfd. 0.16 0.10	Moulmain-Reis Pfd. 0.21	Junge Kohlrabi. 1/2 Ds. 0.38	Rheinwein Ltr. 1.10 5 Ltr. 5.25	GEFLÜGEL UND WILD
Kabeljaufilet .. a. Pfd. 0.26	Tiroler-Edeläpfel .. Pfd. 0.20	Weizenmehl ... Pfd. 0.20	Haushalt.-Misch. 1/2 Ds. 0.45	Moselwein Ltr. 1.40 5 Ltr. 6.75	Mastenten . an Pfd. 0.75
Grüne Heringe 3 Pfd. 0.35	Mandarinen Pfd. 0.30	Auszugmehl .. 5 Pfd. 1.20	Jg. Erbsen mittelf. 1/2 Ds. 0.74	Tarragona Ltr. 1.00 5 Ltr. 4.75	Wolgahühn. an Pfd. 0.78
Leb. Plötzen .. Pfd. 0.35	Weiß-, Wirsingkohl Pfd. 0.05	Weißbohnen an 2 Pfd. 0.25	Jg. Erbsen mit Kar. 1/2 Ds. 0.80	Malaga Ltr. 1.20 5 Ltr. 5.75	Günesstückenf. a. Pfd. 0.85
Leb. Karpfen .. a. Pfd. 0.72	Möhren gew. ... 3 Pfd. 0.10	Erbsen an Pfd. 0.18	Brechsparg dünn 1/2 Ds. 1.25	Utiel Ltr. 0.95 5 Ltr. 4.50	Rehblätter an Pfd. 0.88
Bücklinge Pfd. 0.26	Grünkohl 3 Pfd. 0.18	Eierbandnudeln an Pfd. 0.42	Heidelbeeren ... 1/2 Ds. 0.75	Wermut Ltr. 1.00 5 Ltr. 4.75	Hirschkoale an Pfd. 0.88
Sprotten Kistchen .. 0.32	Sellerie 3 Pfd. 0.18	Mischobst an Pfd. 0.38	Gem. Marm. ca. 2 Pfd.-E. 0.75	Johannisbw. Ltr. 0.75 5 Ltr. 3.50	Hirschblatt . an Pfd. 0.48
Schellfisch . an Pfd. 0.32	Schwarzwurzeln 2 Pfd. 0.45	Kaffee an Pfd. 1.80	Bienenhonig .. Glas 1.00	Erdbeerw. Ltr. 0.75 5 Ltr. 3.50	Hirschrücken a. Pfd. 0.70
Seelachs Pfd. 0.38	Blumenkohl .. Kopf 0.15	Makkaroni . an Pfd. 0.44	Jg. Brechb. 4 Pfd.-Ds. 0.75	Rum-Verschn 1/2 m. f. 3.50	Hasen gastr. an Pfd. 0.95
Imp.-Sardellen .. Pfd. 0.68					Wildragout an Pfd. 0.28

Kurt Rudolf Neubert: *Abend im Westen*

Donnerwetter! Zehn Uhr! Der Schädel drummt mir aber! Wieviel Bier habe ich denn gestern...? Wann bin ich eigentlich nach Hause gekommen? Was war denn gestern los? Ach so, Hoberg! Donnerwetter, Hoberg! Willi hat ihn doch mitgenommen. Und ich habe ihm beim Abschied einen Zettel mit meiner Adresse zugesteckt. Kann mich doch wieder mal brauchen, der arme Kerl. Weiß, wie das ist. Allein! Ohne Stellung! Hier in Berlin! Kenne das. Hab mich auch erst raufarbeiten müssen, von unten, aus der Masse. Bin heute was. Nicht viel. Etwas. Genügt.

Frau Krüger? Herein! Ist die Babestube frei? Post da? Machen Sie 'nen starken Kaffee statt Kaffee. —

Ah, ist das Wasser angenehm! —

Also, der Hoberg! Treffte ihn gestern Abend im Westen. Habe ihn lange nicht gesehen. Vor drei Jahren zum letztenmal. Damals hatte er noch Stellung. Hat mir manchmal was geborgt, als ich anfang. Und gestern bin ich bald an ihm vorbeigelaufen. Hätte ihn kaum erkannt. Hatte so im Kopf. Dieß so laufen, als Otto vor mir stand. Kerl, der Hoberg, damals. Heute? Abgetragener Anzug, unrasiertes Kinn, schmale Wangen, unruhige Augen.

„Stellunglos?“ fragte ich ihn.

„Bald zwei Jahre...“, antwortete er.

„Freue mich, Hoberg, daß wir uns getroffen haben. Weißt du noch, damals? Haben uns doch viel zu erzählen. Komm rüber in das Restaurant. Hast doch Zeit? Und ein bißchen Hunger, was? Ich auch!“

Hoberg zögerte.

„Reinlich, tu nicht so. Oder — bist du verabredet?“

„Rein!“

„Oder ist dir meine Gesellschaft nicht angenehm?“

Sein Blick ging über meinen neuen Wintermantel.

„Ach bin zu schäbig für dein Restaurant!“ sagte er.

„Anstimm, Mensch. Erst mal 'n Schnitzel in den Bauch, dann sind die Rinderwertigkeitskomplexe fort. Also los!“

Wir gingen durch die hellen Straßen des Westens. Es war kurz vor sieben. Die Läden hatten noch offen. Es wurde überall gekauft. In den Parfümeriegeschäften, in den Juwelierläden, in den Geschäftshandlungen.

„Die Menschen haben noch Geld!“ sagte Hoberg und schüttelte den Kopf.

Elegante Frauen kamen vorüber und streiften uns mit dem Aroma ihres Boudoirs. Von großem, schwerem Pelz umrahmt, blühten die gemalten Gesichter, keine Kunstwerke, in die lodenden Lichter des westlichen Abends. Durch das Scheibenglas glänzender Kimonos blickte manchmal das Köpfchen einer wartenden Wartin, einer Beklebeten auf die Straße. Pakete lagen im Fond.

„Somas gibt's noch!“ meinte Hoberg. Nicht böse, mürrisch, verzweifelt, nur verwundert und ein wenig melancholisch.

„Komm, Hoberg!“ mußte ich oft sagen und ihn am Arm weiterziehen.

Ich glaube, daß er ewig lange nicht an einem weißgedeckten Tisch saß, in einer Speisekarte blätterte und von einem Kellner im Frack bedient wurde. Ewig lange nicht mögen solche Menschen um ihn gewirrt sein: gut angezogen, lachte, immer noch verdienende Männer mit ihren gepuderten Frauen und Freundinnen, die im Sommer an der Ostsee waren und die Wirtschaftstriebe höchstens so weit spürten, daß sie aus einer Zehnjahreswohnung in eine Sechszimmerwohnung übersiedelten. Aber sie brauchten nie zu hungern, und wenn sie doch hungernten, so nur, um abzunehmen, und wenn sie trüben, nur, weil sie zu tief ausgekostete Kleider und zu dünne Unterwäsche trugen...

„Hoberg!“ mußte ich immer wieder nachhelfen. Es war, als hätte er den Gebrauch von Messer und Gabel verlernt, so ungeschickt hantierte er damit. Aber er war wohl nur verwirrt. Er hatte es sich wohl nicht träumen lassen, heute noch ein Schnitzel à la Holstein vorgesetzt zu bekommen. In seinem alten Anzug sah er wie in einer Zwangsjacke. Das Glas packte er an, als würde er einen Hammer ergreifen. Es schlug gegen seine Zähne, so gitterte seine Hand dabei.

„Hast du heute Mittag gegessen?“ fragte ich ihn leise.

Er schüttelte verlegen den Kopf.

„Und gestern?“ fragte ich weiter, während ich mich mit der Speisekarte beschäftigte. Ich erhielt keine Antwort. Er sah auf seinen Teller nieder und wagte nicht, mich anzusehen.

Ein starker Wokka nach dem Essen schien ihn zu beleben. Seine Haltung wurde freier. Er sah schon zu dem anderen Tisch hinüber und blies den Rauch der Zigarette mit offensichtlichem Behagen in die Luft. Er beantwortete meine Fragen jetzt auch rascher, ausführlicher. Ich hörte von seinen Versuchen, sich wieder eine Existenz aufzubauen. Vertreter für Seifen. Handel mit Krawatten. Wahlzeiten in den Volkstüchern.

„Und was machst du augenblicklich?“ erkundigte ich mich und sann vergeblich nach, wie man ihm zu einer geregelten Tätigkeit verhelfen könnte.

„Augenblicklich?“ Er lächelte, wie ich ihn an diesem Abend noch nicht lächeln sah.

„Augenblicklich genieße ich: ein schönes Abendessen, einen guten Kaffee, eine 6-Pennig-Zigarette...“

Ich mußte, daß er über das, was er zur Zeit trieb, nicht gefragt sein wollte und lenkte das Gespräch auf ein anderes Thema.

„Hast du jemand hier in der Stadt, ein Mädchen, eine Freundin, an der du einen Haß hast?“

„Ich war mal verlobt. Aber dann wurde auch sie stellunglos. Nach einem Jahr, als es nicht besser wurde, trennten wir uns. Sachlicher Abschied. Lieber einer verreden als zwei. Zusammen in einem teilmöblierten Zimmer, bei Spirituosen und herausgeschraubter Glühbirne, weil die Lichtrechnung noch nicht bezahlt ist, was? Und Waggwürfel? Und abends wieder Waggwürfel? Und dann Liebe, Sehnsucht, was? Heirat? Zukunft? Mensch, hör auf...“

Heute soll sie einen Freund haben, der fünfhundert Mark im Monat verdient. Heiraten wird er sie nicht, aber sie hat wenigstens was von ihrer Jugend...“

Nach diesem Ausbruch wurde er wieder stiller, fremder. Aber in seinen Augen verblühte der flebrige Glanz nicht, den die kurze Gekrüppelung hervorgerufen hatte. Sein Blick lag jetzt auf den Schultern einer uns gegenübersitzenden Frau. Wenn ich eine Antwort von ihm haben wollte, schien er erst den Blick wie eine schwere Fessel lösen zu müssen. Seine Augen traten nervös hin und her.

„Augenblick! Einen Augenblick noch. Die Babestube wird gleich frei. Wer sinkt denn da. Ich muß raus aus der Wanne. Noch schnell eine Dusche. Bademantel her. So.“

Telephon in der Diele. Bin gerade da. Hallo. Wer? Ah, selbst am Apparat. Willi? Guten Morgen. Guten Morgen. Was macht Hoberg?

Eben fortgegangen? War's nett? Wie?

Du hast sowas noch nicht erlebt?

Dankbar war er — — —

Gewel! — sagt du?

Zufolge — — —

Wie ein Kind... ein großes Kind, das sich verlaufen hat...? Ich freue mich, daß du... Grundständigiger Kerl, der Hoberg! Wenn man ihm doch helfen könnte! Eine Stellung.

Ich habe ihm jedenfalls meine Adresse gegeben.

Ich danke dir, Willi! Auf Wiedersehen! —

So, jetzt schmeckt mir das Frühstück. Da war der Hoberg also wieder mal Mensch! Konnte jemand sein Herz ausschütten, der zu trösten verstand. So'n Mädchen wie Willi, die gehört dazu. Ich mußte doch, was ihm fehlte. Das sah man doch. Ein Schnitzel à la Holstein genügt noch nicht. Der Magen wird ruhig, aber das Herz hat nichts davon. Das Herz hat auf ganz andere Dinge Appetit.

Hoberg sah da, rauchte, starrte die Frau mit dem tiefen Rücken auschnitt an. Genier dich doch nicht, mein Lieber! Sag doch, was dir noch fehlt! Sag doch, was du noch brauchst, um mal die ganze Misere zu vergessen. Er wurde nur rot.

„Ich möchte dich nicht länger aufhalten!“ sagte er. „Ich geh dann nach Hause!“ „Schön, gehen wir Ober! Zöhlen!“

Wir gingen, aber nicht nach Hause. Wir war Willi eingefallen. Wir gingen in das Café, wo Willi zu sitzen pflegte. Willi! Denkt von Willi, was ihr wollt! Ich weiß Erlebnisse von ihr! Sie hätte schon längst eine Rettungsmedaillon verdient! Am goldenen Bande! Ein Diplom hätte sie verdient! Für Verdienste um franks Herzen!

„Hoberg!“, sagte ich unterwegs, „ich hätte noch Lust, in ein kleines Café... Mit Risotto, roten Ampeln und so... Keine Frauen...“

„Ich habe kein Geld. Frauen sind Luxus für mich. Kann ich mir nicht leisten.“ Ich war ärgerlich. „Idiot! Ich habe dich doch eingeladen. Außerdem führe ich dich nicht zu Frauen, die Geld kosten. Verstanden?“

Er lächelte traurig. Mir tat es leid, ihn so hart, wenn auch gutmütig, angefahren zu haben. Wir legten einen großen Teil des Weges schweigend zurück. Hin und wieder warf ich ein Wort in die Stille, die im Lärm der Straße zwischen uns zu spüren war.

„Es wird schon mal besser, Hoberg!“

„haltung, Mensch! Achtung, ein Auto!“

Einmal fing ich einen Blick von ihm ein, der den Beinen einer vor uns gehenden Frau gegolten hatte.

„Höchste Zeit!“ dachte ich.

Ich wollte ihn froh sehen. Mirrütteln wollte ich ihn aus seiner stumpfen Ergebenheit in sein Schicksal. Freude am Leben sollte er wiedergewinnen. Durch Willi! Freude am Dasein. Am Da-Sein! Und wenn er nur für ein Mädchen wie Willi da war!

Vor dem Lokal hielt ich ihn noch einmal am Arm fest: „Denk, Hoberg, du findest bald wieder Stellung. Denk, gestern war der Letzte, und du hast das ganze Geld in der Tasche. Nach ein anderes Geschäft. Na, mach schon!“

Damit stieß ich ihn sanft die Treppe zum Café hinauf.

Ich war froh, daß Willi da war. Sie entdeckte mich gleich und winkte mir aus einer Wolke von Zigarettenrauch erfreut zu. Weil ich sie aus, wie immer. Hoberg sah sich hilflos um. Vachende, geschminte Gesichter sahen ihn an. Vielleicht hatten Hunger und Entbehrungen auch in diese Gesichter ihren Stempel gedrückt, aber das Köpfchen war geblieben. Köpfchen war Geld. Köpfchen war Brot.

„Hier ist noch Platz!“ sagte ich und drückte Hoberg auf den Platz neben Willi.

Harald Spitzer: *Ein gepeinigter Mensch*

Das war vor vielen Jahren, in der vierten oder fünften Klasse unseres Gymnasiums.

Wir hatten erfahren, daß wir einen neuen Stenographielehrer bekommen würden. Diese Unterrichtsstunde fand nachmittags statt: wie Studien, von den Strapazen des Hauptunterrichts ausgerastet und durch das Mittagessen tüchtig gefährdet, krochten natürlich von unbesiegbarem Totendrang und präludierender Schädernackel. Dazu kam noch, daß „Stenographie“ kein geläufiger Gegenstand war. Der jeweilige Lehrer konnte sich nur auf die Macht seiner Persönlichkeit stützen. Und das wußten wir.

Wie wohl der „Neue“ ausschauen mochte? Diese Frage bildete das Hauptthema unserer erregt-lärmenden und neugierig-gepeinigten Unterhaltung.

Auf einmal stand „Er“ in der Tür: zögernd, unsicher, mit dem rechten Auge schielend, auffällig atmofisch gekleidet, leicht angegraut, vielleicht 45 Jahre alt. Einen Augenblick herrschte Stille: der todsichere Instinkt der Schüler umwollte den Lehrer. In diesen ersten Augenblicken entscheidet sich so oft das Schicksal: Führer oder Opfer. Was der Lehrer dann, um einige Minuten unsicherer, das Katheder bestieg, war sein Leidensweg bezeugt. Wir lächelten uns als Sieger.

Wen mögen vielleicht die meisten Kinder vorwiegend gut und vernünftig sein. In der Masse aber sind sie bestialisch und toll. Ausgenommen: sie spüren die Krute. (Bei den Erwachsenen verhält es sich übrigens genau so.)

Von dieser Stunde damals will ich nicht viel erzählen. Es war der übliche Wirbel: der Lehrer schrie unentwegt (sich dazu noch mit der Stimme überschlagend) und schickte so unsere Bosheit und unsere, zum Teil unbewußte Freude am Wehtun nur immer mehr auf. Er ging einfach schweißig zu: Trompetkonzert, Pultgeklopfer, Papiergeschosse...

Ich tat mich dabei besonders hervor. (Heute schäme ich mich dessen ehrlich, weil es feige war! Andere Hausüberläufer, bei denen ich etwas riskierte, rechne ich mir nach wie vor als Plus an.)

Plötzlich sprang der Lehrer vom Katheder auf mich los, selzte mich mit Bleichem, durchzucktem und maßlos erregtem Gesicht an und zischte mir zu: „Sie haben ja ein Geschick wie ein Affe!“ Ich wollte lachen, spürte aber im gleichen Augenblick, wie sich peinlichste Verlegenheit meiner bemächtigte. Ich wurde rot, begann auf der Stirne fürchterlich zu schwitzen und nickte idiotisch herum...

Ich weiß nicht mehr, warum mich dieser Ausdruck so stark traf. War es nur verletzte Eitelkeit...? Möglicherweise, daß wirklich irgend etwas in meinem Gesicht in jenem Augenblick an einen Affen erinnert hätte? Sicher aber war ich damals ein ganz sauberer Junge.

In diesem Augenblick man hätte ich den Menschen vor mir mit der ganzen Kraft meiner jungen, ungebildeten Leidenschaft. Ich hätte ihn am liebsten erwürgt.

Bis zum Ende der Stunde hatte ich keine Lust mehr, ihn zu treiben. Ich schämte mich vor meinen Mitschülern, und — für wenige Sekunden zwar nur, aber immerhin — ich dachte daran, wie dieser Mensch durch un... e Grausamkeit leiden mußte. Gleich darauf aber hätte ich ihn wieder und schavor ihm heimlich nach.

Der Standort in der Stenographiekunde ging so einige Wochen fort.

Bis eines Tages der Direktor unerwartet das Schulzimmer betrat. Die selbst uns damals unendlich qualvolle Verlegenheit und

„Bringst du mir einen Freier?“ flüsterete sie mir zu.

„Keinen Freier. Einen Freund!“ antwortete ich, während Hoberg zum erstenmal Bill betrachtete, wie ein Wanderer in der Wüste eine Fata Morgana. „Lust ein gutes Wort, wenn du lieb zu ihm bist. Morgen kommt dafür ein Milliard!“

So nahm sich Bill meines alten Freundes an. Erst war es sein Köpfchen, das mir den Erfolg ihrer Bemühungen zeigte, dann ein lautes, herzliches Lachen, und schließlich versuchte er, seinen Arm auf die Lehne des Sofas zu legen, mit der Absicht, ihn auf Willis Rücken placieren zu können. Zuletzt sah sie schon mäßig in seinem Arm eingeführt, und als ich sie dann nach einiger Zeit verließ, wußte ich, daß Hoberg heute noch alles vergeffen würde...

— Dabei vergesse ich, daß ich um halb zwölf in der Stadt sein muß. Nun aber fort. Wo scheint sich denn mein Hut gestern herumgetrieben zu haben? Ganz staubig! Bürste! Rasch! Fertig.

Ich bin um drei wieder zurück, Frau Krüger.

Drei Uhr. —

Wer? Wer war hier? Ein Polizeibeamter? Ich habe doch nichts ausgefressen.

Wegen Hoberg?

Weiter hat er nichts gesagt? Ich soll sofort hin?

Dunkle Sache. Also runter ins Revier. —

Revier. —

Ein Beamter, der mich merkwürdig mustert. Mir einen Zettel reicht. Meinen Zettel mit der Adresse, die ich gestern beim Abschied Hoberg gegeben.

Was ist denn geschehen? Was ist denn geschehen?

Tot, sagen Sie. Selbstmord? Im Tiergarten auf einer Bank?

Aber — ich war doch gestern mit ihm... Er war doch... so zuversichtlich zuletzt. Es ist doch unmöglich! Hoberg!

Die Waise, sagen Sie, hätte er schon vorher bei sich gehabt? Gewiß, gewiß. Von wo soll er denn? Er hatte also schon an diesem Abend den Entschluß gefaßt, aus dem Leben zu gehen. Ich habe ihn nur aufgehalten. Ich habe ihm nur, noch einmal...

Was steht denn da auf dem Zettel? Hinten.

Schönen Dank für den letzten Abend. H.

Letzter Abend.

Schönen Dank! Für ein Schnitzel! Für Willi!

Kann ich jetzt gehen? Ja, er heißt Hoberg, Otto. Stellungslos. Verwandte hat er nicht.

Wo liegt er denn jetzt? —

Wie ich aussehe, Frau Krüger? Ja, wie sehr ich denn aus?

Ich habe mich wohl erfüllt, Frau Krüger. Ich —

Zitronen?

Ja, natürlich, machen Sie eine heiße Zitrone.

Fischer?

Nein, keine Spur.

Schön. Schön. Ich trinke die Zitrone. Stellen Sie sie nachher nur in mein Zimmer. Kommen Sie herein, ohne anzuklopfen.

Wenn ich arbeiten sollte, stellen Sie die Zitrone auf den Schreibtisch. Aber sprechen Sie nicht, um Gotteswillen. Gehen Sie wieder leise heraus.

Und — wenn ich schon im Bett liegen sollte, stellen Sie die Zitrone auch nur hin, so, legen Sie auch das Thermometer hin, meinetwegen, aber ich habe kein Fieber, nein, und —

und wenn das Telephon klingeln sollte, ich will niemand hören, verstehen Sie mich, Frau Krüger, ich habe doch Fieber, ich will niemand sehen. Ich bin nicht zu Hause...

das völlig-zusammengedrohen-Sein unseres Lehrers stehen mir noch heute in klarer Erinnerung. Der Direktor blieb bis zum Schluß der Stunde; es war mäusestill.

Die nächste Stunde fiel aus. Dann bekamen wir einen neuen Lehrer. Der war der Richtige: ruhig, verständnisvoll und streng. Nicht einer von den Tyrannen, aber ein wirklicher Schulmann, ein Erzlehrer!

Neulich, nach Jahren, ging ich an einem schönen Herbsttage in den Waldpark unserer Stadt. Es war ein Spätnachmittag mit klarem, blauem Himmel und schwindender Sonne. Was gibt es Erregenderes als die sterbenden Bäume mit ihren überreifen und leuchtend mürbigen Blättern? Der Wald war menschenleer. Ich fühlte mich allein... Vor dem Hirschgehäuge sah ich verkommen und ins Ansehen vertieft den Tieren zu.

Da vernahm ich plötzlich Schritte: ein alter, fast heilerhaft gekleideter, sehr trant aussehender Mann stand neben mir. Sein schmales, eingefallenes Gesicht hatte die machige Farbe eines Toten. Die dünnen, bläulichen Lippen zuckten unruhig. Mit dem einen Auge schielte er...

Jemand etwas Unmögliches brach in mir auf; ein sonderbar wügendes Gefühl durchströmte mich bis zum Halse heraus: warm, traurig und bitter. Ich spürte das bringende Bedürfnis, diesen Menschen anzusprechen, ihm etwas Gutes zu erweisen...

Er aber schien meine Absicht zu merken und entfernte sich schon, eine kleine, billige Pfeife rauchend; ich rief den schließlichen Tabak.

Er hat mich sicher nicht erkannt.

Tiere, die mit Werkzeug arbeiten. Lange Zeit hat man die Verwendbarkeit von Handwertzeug für das Vorrecht des Menschen gehalten. Diese Annahme wird jedoch durch die Tatsachen nicht gerechtfertigt. Ein bekannter amerikanischer Naturwissenschaftler, Prof. Dr. John Burroughs, hat diese Frage eingehend studiert und teilt in einer Fachzeitschrift die Beobachtungen mit, die er an einer Spielart der Wespen, der sogenannten „Ammophila“, gemacht hat. „Ich halte oft genug Gelegenheit, zu sehen“, schrieb der Gelehrte, „wie Wespen dieser Gattung sich eines winzigen Keines, oder, richtiger gesagt, eines großen Sandkorns bedienen, um die Erde, die sie beim Bau ihrer Nester verwenden, festzustampfen. Zu diesem Zweck fassen sie das Steinchen mit ihren Klauen auf dieselbe Weise, wie wir einen Kieselstein in die Hand nehmen, und rammen mit wiederholten Schlägen die Erde fest wie mit einem Hammer oder einem Steinstampfer. Die Tatsache steht einzig da. Ich wenigstens kenne auf dem ganzen amerikanischen Kontinent kein anderes Tier oder Insekt, das es verstände, die Unzulänglichkeit seiner Glieder durch die Jubiläumsnahme legend eines Instrumentes zu kompensieren.“

Meerwasser gefriert infolge seines Salzgehalts nicht bei 0 Grad, sondern — je nach dem Salzgehalt — bei niedrigeren Temperaturen. Das Wasser der Ostsee z. B. gefriert erst bei — 1 Grad, Ozeanwasser bei — 2,5 Grad.

Die japanische Braut kleidet sich wie bei uns in Weiß, während das chinesische Brautkleid aus scharlachroter Seide besteht.

Verantwortlich für Inhalt: Viktor Schiff; Verlagsamt: G. Ringelmeier; Geschäftsleitung: J. Steiner; Redaktion: Dr. John Schindler; Verleger: Hermann Berlin & Co., Berlin. Druck: Hermann-Wandhüter und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SS. 68, Lindenstraße 2. Hierzu 2 Beilagen.

Adolf Hitlers Geschichtskenntnisse.

„Der Marschallstab im Tornister.“

Geschichtswissenschaftlich wie immer hat Adolf Hitler auf einer Reichsführertagung „seiner“ Jugend in München angekündigt, daß Reichsführertagung „seiner“ Jugend in München angekündigt, daß wenn erst die Mitgliederzahl seiner Partei eine Million erreicht haben wird, eine dauernde Mitgliederperze verfügt werden wird. Die politische Ausgabe der Hitlerjugend lautet „Gewinnung aller heroischen Menschen unserer Nation“. Das ist eine ganz besonders dankbare Aufgabe für Frid-Birmosens, für Graf Reventlow, Prinz Luitpold und für alle sonstigen Hinterlandshelden des letzten Krieges. Adolf Hitler fügte dann selbst den „heroischen“ Satz hinzu:

„Dabei gilt für uns Nationalsozialisten das Gesetz des alten Heeres, nach dem ein jeder den Marschallstab in seinem Tornister trägt.“

Zu — das dürfte nicht kommen! Das klassische Wort vom „Marschallstab, den jeder Soldat im Tornister trägt“, bezieht sich auf das französische Heer Napoleons, in dem es tatsächlich einige „gemeine“ Soldaten durch Tapferkeit, Lüstigkeit, Intelligenz und auch Glück zu den höchsten Stellen gebracht haben. Der halbgebildete Adolf Hitler hat einmal diese Redewendung gehört, weiß aber nicht, daß sie aus der Geschichte des „Erbfeindes“ stammt, und mündet sie gedankenlos auf das alte Heer Deutschlands an.

Ist es ihm denn unbekannt, daß man im alten deutschen Heer nur Offizier werden konnte, wenn man von „seinen“ Eltern stammte, wenn man das Abitur oder ein ähnliches gutbürgerliches Examen vorweisen konnte, das einem das Recht zum „Einjährigen“ verlieh? Das war das Gesetz des alten Heeres, also genau das Gegenteil vom „Marschallstab im Tornister“.

Eigentlich müßte es Adolf Hitler wissen, denn er hat es im alten Heer trotz aller Tüchtigkeit, die er sich wohl selbst nicht absprechen wird, nur zum Unteroffizier gebracht. Er hätte die größten Heldentaten vollbringen können und wäre doch nicht ein „Mensch“ geworden, denn bekanntlich fing im alten Heer der Reich erst beim Leutnant an. Als Malergeselle durfte er aber nach dem „Gesetz des alten Heeres“, für das er heute so schwärmt, niemals auch nur Leutnant werden. Sein heutiger Stabschef Major Köhn würde mit ihm aus Standesgründen ebenso wenig verkehren dürfen wie die unzähligen sonstigen Offiziere a. D., die heute bei ihm Kostgänger sind. Er soll mal auf Ehr und Gewissen seinen Bg. August Wilhelm Prinz von Preußen fragen, ob Kaiserliche Hoheit ihn auch nur eines Blickes gewürdigt hätte, nach dem „Gesetz des alten Heeres“, als er, von Beruf Malergeselle, nur Unteroffizier war!

Doch es heute anders ist, daß vom Leutnant bis zum General und zum Hohenzollernprinzen die ehemaligen kaiserlichen Offiziere dem ehemaligen Malergesellen und Unteroffizier die Stiefel abzulecken, ist nur möglich geworden durch jenes „Novemberverbrechen“, dem derselbige Adolf Hitler blutige Rache geschworen hat.

Bayerns Erfolge.

Reichsregierung sagt Ausertraflichkeit der Notverordnung zu

München, 19. Oktober. (Eigenbericht.)

Zwischen dem Reichsminister, dem Reichsfinanzminister und drei bayerischen Ministern wurden am 16. und 17. November in Berlin Verhandlungen gepflogen, die eine Reihe Änderungen der dritten Notverordnung des Reichspräsidenten vom 6. Oktober bezweckten. Diese Verhandlungen wurden mit einem, die bayerische Regierung befriedigenden Ergebnis abgeschlossen.

Die Reichsregierung hat zugestimmt, daß die Bestimmungen über die Aufnahme von Anleihen und Darlehen durch Gemeinden keine Anwendung finden, wenn und solange durch Landesrecht eine entsprechende Regelung getroffen ist. Ferner stimmte die Reichsregierung zu, daß die Vorschriften über die Umwandlung kurzfristiger Schulden von Ländern und Gemeinden ebenfalls nicht angewendet werden, wenn und solange nach Feststellung der Landesregierung für eine solche Umwandlung kein Bedürfnis besteht oder sie auf andere Weise gesichert ist. Auch bezüglich der Anordnungen über die Sparkassen wurde ein Einvernehmen erzielt, das den grundlegenden und sachlichen Wünschen der bayerischen Regierung Rechnung trägt und die bestehenden Bundesverhältnisse aufrechterhält. Die Befugnisse des Reichskommissars für die städtische Kleinfiskalverwaltung werden in Bayern einer Landesbehörde übertragen.

Außerdem wurde in der seit Jahren unstrittigen Frage der Vorkaufbefugnis folgende vorläufige Vereinbarung getroffen: Das Reich überweist entsprechend dem Kapitalbetrag von 120 Millionen Mark, der schon früher festgelegt wurde, jährlich einen Betrag von 3 Millionen Mark, der als Zinsleistung für 68 Millionen Mark Kapital im bayerischen Staatshaushalt gebucht werden kann. Für den Rest von 52 Millionen Mark Kapital erfolgt die Aufrechnung der Zinsen mit den Anleihezinsen, die Bayern als Schuldner an die Reichsanstalt zu zahlen hat.

Das Wohnheimstättengesetz.

Beratung des sozialdemokratischen Gesetzesentwurfs im Reichstag.

Der Wohnungsausschuß des Reichstags begann am Dienstag mit der Beratung der Gesetzesentwürfe der Sozialdemokraten und des Christlich-Sozialen Volksdienstes über ein Wohnheimstättengesetz.

Abg. Lipinski (Soj.) begründete den sozialdemokratischen Antrag, der dem Entwurf entspricht, den früher schon einmal der ständige Beirat für Heimstättenwesen beim Reichsarbeitsministerium ausgearbeitet hatte. Als Aufgabe des Gesetzes wird bestimmt, daß die Gemeinden zur Durchführung des Artikels 155 der Reichsverfassung verpflichtet sind, in dem Umfang Bodenvertragswirtschaft zu treiben, als die Landbeschaffung für Wohnheimstätten, Kleingärten, Turn-, Spiel- und Sportplätze, Verkehrs- und andere öffentliche Anlagen sowie sonstige Zwecke der Wohnungswirtschaft es erfordern. Ein Abschnitt über die Planfeststellung enthält die Vorschriften, nach denen Gemeinden für ihr Gebiet Wohnungspläne aufzustellen haben. Nach Bedarf sind in diesen Plänen Gebiete auszuweisen, welche die Voraussetzung zur Errichtung von Wohnheimstätten bieten. Im Abschnitt über die Landbeschaffung ist vorgesehen, daß in allen Fällen der Veräußerung eines Grundstücks die Gemeinde ein dingliches Vorkaufrecht hat. Ausführliche Bestimmungen betreffen das Enteignungsrecht der Gemeinden. Ueber die Entschädigung ist vorgesehen, daß sich ihre Höhe nach der Bewertung des Grundstücks im Sinne des Reichsbewertungsgesetzes bestimmt.

Raketenellenbogen frei.

Gegen eine Kaution von 100 000 Mark wurde er wenige Stunden nach Einlieferung aus der Untersuchungshaft entlassen.



Der Dußtag eines Kapitalisten dauert nicht einmal 24 Stunden.

B.Z.Z.: Ausschluß wird einberufen.

Endlich Einigung in Paris.

Paris, 19. November. (Eigenbericht.)

Der deutsche Botschafter von Hoersch hatte am Donnerstagnachmittag eine Unterredung mit Ministerpräsident Laval, in der die Verhandlungen über die Einberufung und die Vollmachten des Sachverständigenausschusses der B.Z.Z. zum Abschluß gebracht wurden. Ueber die kleine stillschweigende Aenderung, die die französische Regierung am Mittwoch an dem Text des Einberufungsschreibens vorgelegt hatte, ist völlige Einigkeit erzielt worden. Das Schreiben, das einen Umfang von etwa 2 1/2 Schreibmaschinenseiten hat, wird noch am Freitag in Basel der B.Z.Z. überreicht und den Gläubigerregierungen gleichzeitig zur Kenntnis gebracht werden.

Die Einigung, die in Paris erzielt worden ist, betrifft nur die Präliminarien der künftigen Reparationsverhandlungen. Es handelte sich bekanntlich zunächst darum, die Befugnisse des im Young-Plan vorgesehenen Untersuchungsausschusses der B.Z.Z. festzulegen. Das war scheinbar nur eine Formsache, in Wirklichkeit verbarg sich hinter dieser Frage ein hochpolitisches Problem: Sollte dieser Untersuchungsausschuß sich nach den Buchstaben des Young-Plans ausschließlich darauf beschränken, die gegenwärtige Fähigkeit Deutschlands, Reparationszahlungen zu leisten, zu begutachten, oder sollte er darüber hinaus das Recht erhalten, auch die Frage der Rückzahlung der eingefrorenen, bis Ende Februar 1932 „stillgehaltenen“ ausländischen Privatkredite zu prüfen? Sollte diese Sachverständigenkommission überhaupt befugt sein, den Regierungen Vorschläge über die Rückzahlung dieser Privatkredite und über eine etwaige Wiederaufnahme von Reparationszahlungen zu machen?

Um diese Präliminarenfragen ist volle 14 Tage lang zwischen Paris und Berlin hin und her verhandelt worden.

Vor allem der französische Finanzminister Lalandin schien sich zunächst auf den starren Rechtsstandpunkt zu stellen und nur die Frage der Reparationszahlungen dem B.Z.Z.-Ausschuß unterbreiten zu wollen, während der Ministerpräsident Laval darüber weniger engherzig dachte, aber auf die Auffassung seines Finanzministers Rücksicht nehmen mußte, hinter dem der größere Teil der gegenwärtigen französischen Koalitionsmehrheit steht.

Auf welche Formel man sich in Paris schließlich geeinigt hat, geht aus den bisherigen Meldungen nicht hervor. Bekanntlich wollte Frankreich zunächst von einer Einbeziehung der Frage der Privatkredite in den Aufgabekreis des Untersuchungsausschusses überhaupt nichts wissen, weil es fast ausschließlich an Reparationen interessiert ist, während der französische Anteil an den stillgehaltenen Privatkrediten nur wenige Prozente beträgt. Die Interessen Englands und vor allem Amerikas liegen genau umgekehrt. Denn sprach man in Paris davon, daß die B.Z.Z. einen zweiten, parallelen und mehr oder weniger offiziellen Ausschuß einsetzen sollte, um über das Problem der Privatkredite zu beraten, während dem eigentlichen Untersuchungsausschuß des Young-Plans nur die Prüfung der Reparationsfrage obliegen würde, es scheint, daß der Gedanke zweier getrennter Ausschüsse inzwischen gelassen worden ist. Wie W.T.B. meldet, hat der Ausschuß der deutschen Schuldner sich gleichzeitig an die in dem Stillhalteabkommen beteiligten Ausschüsse der ausländischen Gläubiger gewendet und im Hinblick auf den Ablauf des Stillhalteabkommens am 29. Februar 1932 den Beginn alsbaldiger Verhandlungen über eine Neuregelung vorgeschlagen. Diese Mitteilung gibt aber keinen klaren Aufschluß über die Art der Einigung, die zwischen Paris und Berlin erfolgt ist. Man wird daher den Wortlaut des deutschen Antrages abwarten müssen, der im Laufe des heutigen Tages veröffentlicht werden dürfte.

Der Raubzug triumphiert.

Keine Macht gegen Japan.

Tanks, Panzerzüge und Bombenwürfe aus Flugzeugen haben die chinesischen Truppen in die Flucht getrieben. Die Japaner haben die Stadt Sijikar an der Ostsibirischen Bahn besetzt und verfolgen die Chinesen weiter nach Nordosten. Damit ist eingetreten, was Rußland als Eingriff in seine Interessen anzusehen oft erklärt hat, doch äußert sich die Sowjetpresse nicht so scharf, daß man mit einem russischen Vorgehen rechnen müßte, das zum Krieg führen würde. Dagegen hat Japan die Sowjetunion „freundschaftlich“ vor Truppenentsendungen in die Mandschurie gewarnt und versichert, daß die Ostbahn nicht beschädigt worden sei.

Der russische Botschafter in Japan hat vom Außenminister der Sowjetunion die Anweisung erhalten, sofort von seinem Urlaub nach Tokio zurückzukehren.

Nach einer chinesischen Meldung geht die Schlacht um Sijikar weiter. General Matschangchen leitet die Opera-

tionen von seinem neuen, 50 Kilometer nördlich liegenden Hauptquartier.

Kein Fortschritt im Raf.

Paris, 19. November. (Eigenbericht.)

Die Verhandlungen des Völkerbundes haben auch am Mittwoch keinen Fortschritt in der Regelung des chinesisch-japanischen Konflikts gebracht. Die Japaner scheinen zu keinerlei Entgegenkommen bereit zu sein.

In der Donnerstagsitzung erklärte Briand, der amerikanische Beobachter Dawes würde am nächsten Platz nehmen, falls der Kellogg-Pakt in die Debatte gezogen werden sollte.

Da Artikel 11 der Völkerbundsatzung immer noch die Verhandlungsgrundlage bildet, so würde die Entsendung einer Untersuchungskommission nur möglich sein, wenn Japan die Initiative dazu ergreift. Man hofft, daß die japanischen Delegierten sich einer derartigen Möglichkeit nicht verschließen werden.

Sollte Artikel 15 der Satzung angerufen werden, was bisher nicht geschehen ist, dann könnte eine Untersuchungskommission ohne weiteres entsandt werden.

Die japanische Delegation hat nach außen hin den Eindruck erweckt, als ob sie bereit sei, sich mit der Entsendung einer Untersuchungskommission einverstanden zu erklären. Dieses „Zugeständnis“ wird dadurch illusorisch, daß die Japaner sich über die Vollmachten dieser Kommission in Schweigen hüllen und ein Vorabkommen über ihre Forderungen verlangen.

Internationales Theater.

Bera Bern: „Affentanz“.

Eine naturalistische Familienkomödie mit dem Thema „Das Leben ist ein Affentanz“, die sich zum Schluß fast unentwerrbar in düsteren Sophistereien verstrickt. Brausender Beifall für Hedwig Wangel.

Doppelte Roggenmoral.

Für die Brotversorgung nur „Erwägungen“ — aber Einfuhrscheine für neue Preistückung.

Die pessimistische Ernteschätzung des Deutschen Landwirtschaftsrats wird durch die jetzt veröffentlichte amtliche Erntebereitschaftsstatistik bestätigt. Die endgültigen, auf Druschproben beruhenden Schätzungen ergeben, daß wir mit einer Ernte von 6,6 Millionen Tonnen Roggen und 4,2 Millionen Tonnen Weizen zu rechnen haben. Die letzte Schätzung des Deutschen Landwirtschaftsrats kam bei der Roggenernte zu dem gleichen Ergebnis, während die Weizenernte um 100 000 Tonnen geringer geschätzt wurde.

Im Vergleich zur vorjährigen Roggenernte stehen demnach in diesem Jahre 1 Million Tonnen Roggen weniger zur Verfügung.

Die Futtergetreideernte übertrifft dagegen die des Vorjahres um etwa 650 000 Tonnen, da die Ernte an Gerste auf 3 Millionen und die Haferernte auf 6,2 Millionen geschätzt wird. Im Gegensatz zum Vorjahr stehen aber Vorräte aus der 1930er Ernte überhaupt nicht mehr zur Verfügung. Die Getreideversorgung Deutschlands ist daher sehr knapp, so daß wir auf eine Getreideeinfuhr von mindestens 3 Millionen insgesamt angewiesen sind.

Der sichtbarste Beweis für die Roggenknappheit ist der Roggenpreis, der jetzt mit 200 M. je Tonne rund 50 M. über dem Roggenpreis vom November vorigen Jahres liegt, während vor einem Jahre die Spanne zwischen den beiden Brotgetreidepreisen 100 M. betrug.

Um aus dieser Roggenknappheit, auf die wir schon seit Wochen hingewiesen, keine Gefahr für die Brotversorgung entstehen zu lassen, haben wir immer und immer wieder verlangt, daß durch die Erleichterung der Futtergetreideeinfuhr, vor allem der Maisimporte, sämtlicher nur irgendwie mahlfähiger Roggen an die Mühlen verkauft wird und daß nicht, wie in den Jahren des Roggenüberflusses, große Mengen von Roggen veräußert werden. Die Reichsregierung hat sich aber bisher diesen Forderungen gegenüber taub gestellt.

Jetzt endlich „ermöglicht“ man, statt schon lange zu handeln, den Futtergerstenjoll zu senken und auch den Maismonopolpreis herabzusetzen.

Bann endlich der Reichminister Schiele diese Revision der Getreidepolitik vornimmt, weiß man nicht. Bis jetzt ist er anscheinend immer noch ausreichend damit beschäftigt, die Preise hoch zu treiben.

So hat Schiele jetzt, um die süddeutsche Landwirtschaft zu streicheln, wieder Mittel zur Verfügung gestellt, die zur Durch-

führung einer Stützungsaktion für Braugerste dienen sollen. Außerdem werden zur weiteren Stützung des Braugerstenpreises durch eine am 19. November erlassene Verordnung die

Einfuhrscheine

für Malz und für Erzeugnisse aus Gerste wieder eingeführt. Der Wertbestimmungssatz beträgt bei der Ausfuhr von Malz 10 Mark, bei der Ausfuhr von sonstigen Gerstenerzeugnissen 8 Mark je Doppelzentner verarbeitete Gerste. Damit nicht genug, wird durch die gleiche Verordnung auch die Wiedereinführung von Einfuhrscheinen für Erzeugnisse aus Hafer (Haferfloren usw.) festgelegt. Der Wert der Einfuhrscheine beträgt hier 8 Mark je Doppelzentner verarbeiteten Hafers.

Statt also die Hafer- und Gerstenpreise möglichst zu senken, sollen durch die Wiedereinführung von Exportprämien die Preise hinaufgetrieben werden.

Die Reichsregierung scheint nach dem Bibelwort zu handeln: Die rechte Hand soll nicht wissen, was die linke tut. Man erwägt die Senkung der Futtergetreidepreise, gleichzeitig aber führt man Exportprämien ein, um den Futtergetreidepreis in die Höhe zu treiben.

Aus Schieles Subventionsdickicht.

Jetzt die Rinderzüchter.

Man könnte bald eine tägliche agrarische Subventionsrubrik einrichten, so groß ist der Eifer des Reichsernährungsministeriums auf diesem Gebiet. Das neueste ist, daß der Reichsernährungsminister sich auf das Drängen der Rinderzüchtervereinigungen hin entschlossen hat, diesen eine größere Beihilfe zur Verfügung zu stellen. Die Vertreter dieser Vereinigungen hatten ihm erklärt, daß, wenn sie keine Ertrahilfe bekämen, sie ihre Einrichtungen nicht mehr aufrechterhalten könnten.

Sicher geht es, ebenso wie der veredelnden Landwirtschaft auch den Rinderzüchtern nicht glänzend, da die Fleischpreise infolge der mangelnden Kaufkraft der städtischen Bevölkerung niedrig sind. Dennoch ist es ein Unjag, diesen Vereinigungen außer den sehr reichlichen Subventionen, die sie sowieso schon erhalten, noch besondere Beihilfen gewährt werden. Es ist volkswirtschaftlich einfach unsinnig, auf der einen Seite Mittel zur Verfügung zu stellen, um Rasthof in Süd- und Nordwestdeutschland aufzulassen und im Ausland zu verschleudern, auf der anderen Seite Züchtervereinigungen zu unterstützen, damit sie ihre Produktion nicht einschränken. Wann wird ein Ende wenigstens mit den überflüssigen Subventionen Schieles sein?

Umschuldung und Werkstarife.

Gegen Belastungen der werttätigen Bevölkerung.

Die Rotverordnung vom 7. Oktober verpflichtet in § 8 Ziffer 3 die Länder und Gemeinden, die Zinsen und Tilgungskosten für die drabschäftigte Umschuldung der kurzfristigen Kommunalschulden sicherzustellen und soweit dies nicht möglich ist,

a) besondere Abgaben oder Zuschläge auf die Elektrizitäts-, Gas-, Wasser- und Verkehrstarife ihrer Werke und Unternehmungen zu erheben und deren Ertrag treuhänderisch abzutreten;

b) den Werken oder Unternehmungen, von denen elektrischer Strom oder Gas oder Wasser geliefert wird, die Zustimmung zu geben, daß der mit ihr vereinbarte Tarif um die von der Umschuldungsstelle für notwendig erachteten Zuschläge erhöht und der Ertrag der Zuschläge treuhänderisch abgetreten wird;

c) wenn elektrischer Strom oder Gas oder Wasser von Werken oder Unternehmungen geliefert wird, auf deren Tarifgestaltung sie keinen Einfluss hat, den von der Umschuldungsstelle für notwendig gehaltenen Teil der von diesen Werken oder Unternehmungen an sie abzuführenden Beiträge treuhänderisch abzutreten.

Diese Bestimmungen bedeuten die Gefahr einer ungeheuren Belastung der werttätigen Bevölkerung und zwar aus folgendem Grunde: Im Durchschnitt der gesamten deutschen Elektrizitätswerke werden nur rund 22 Prozent des erzeugten Stromes an die Kleinverbraucher geliefert, während 78 Prozent an industrielle Großverbraucher und Wiederverkäufer abgesetzt werden. Die Belastung an die Wertgenannten beruht fast ausnahmslos auf langfristigen Verträgen, die eine Preiserhöhung nur dann zulassen, wenn eine Verringerung der Kohlenpreise, auf die die Strompreise abgestellt sind, eintritt. Ein

Preiszuschlag auf die Großlosterpreise ist also rechtlich gar nicht möglich, die für die Umschuldung erforderlichen erheblichen Beträge müssen daher durch die Belastung des verhältnismäßig geringen Kleinverbrauchs aufgebracht werden. Die Kosten für die Umschuldung sollen also wieder einmal auf die Arbeiterschaft, die hauptsächlich die Masse der Kleinverbraucher repräsentiert, abgewälzt werden. Die Lebenshaltung gerade dieser Bevölkerungsschicht ist aber heute bereits in einer nicht mehr zu überbietenden Weise eingeschränkt, so daß gegen diese neue Belastung der allerhöchste Widerstand erhoben werden muß.

Diese Zuschläge müßten außerordentlich hohe sein, wenn der in der Rotverordnung bezeichnete Erfolg erzielt werden soll. Gleichzeitig tritt aber infolge des mit Sicherheit zu erwartenden Minderverbrauchs, insbesondere infolge des Verzichtes auf die Verwendung von Haushaltsstrom eine starke Erhöhung der Selbstkosten ein, die ihrerseits wiederum dazu zwingen müßte, die Tarifschraube weiter anzuspinnen. Da eine weitere Tarifierhöhung den Verbrauch enorm broßeln müßte, bedeuten die Bestimmungen der Rotverordnung letzten Endes neben der Belastung der arbeitenden Bevölkerung eine Bedrohung der Lebensfähigkeit der öffentlichen Versorgungsbetriebe. Diese aber führt gerade zu dem Gegenteil von dem, was die Rotverordnung erstrebt, nämlich zu einer weiteren Verschlechterung der kommunalen Finanzwirtschaft. Auch aus diesem Grunde muß die Rotverordnung dem allerhöchsten Widerstand begegnen.

Der weiter sinkende Zementabsatz. Am Oktober wurde nach dem Bericht des „Deutschen Zementbundes“ nur 287 000 Tonnen Zement abgesetzt; das sind 37 Proz. weniger als im Oktober des Vorjahres, wo bereits 33 Proz. weniger als im Oktober 1929 abgesetzt worden waren. Die Katastrophe auf dem Baumarkt spiegelt sich hier deutlich wider.

Die Elektrowerke des Reichs.

Die Gründe der Wirtschaftlichkeit der Elektrowerke. — Eine monographische Darstellung.

Unter den Elektrizitätskonzernen Deutschlands spielen die Elektrowerke, die vom reichseigenen Biag-Konzern beherrscht werden, insofern eine bedeutende Rolle, als sie lediglich Großverbraucher mit Strom beliefern, während beispielsweise das RWE und alle übrigen Elektrizitätskonzerne neben Großverbrauchern auch die zahlreichen gewerblichen Verbraucher, Haushaltungen und landwirtschaftliche Unternehmungen mitzubeliefern haben. Wie wir einer jetzt erschienenen Schrift von Regierungsrat Dr. Ernst Heilmann: Die Reichselektrowerke (Verlag R. u. S. Hoppenstedt, Berlin 1931), entnehmen, beliefern die Reichselektrowerke fünf industrielle Großunternehmungen, zwölf Elektrizitätsgesellschaften und ein Verkehrsunternehmen, nämlich die Reichsbahn. Von den fünf Industrieunternehmen gehören einige ebenfalls zum Biag-Konzern, nämlich das Piesteriger Stickstoffwerk und das Lautawerf (Aluminium). In den letzten Jahren war die Stromlieferung an die Industrieunternehmen und an die Reichsbahn ganz erheblich größer als die Elektrizitätslieferung an andere Elektrizitätsgesellschaften. Im Jahre 1930 wurden 1345 Millionen Kilowattstunden an die Großindustrie abgegeben, hieron 143 Millionen Kilowattstunden an die Reichsbahn, während die zwölf Elektrizitätsgesellschaften zusammen nur 167 Millionen Kilowattstunden erhielten.

Die erwähnte Schrift, die im übrigen eine ausführliche Darstellung der bisherigen Entwicklung und eine Beschreibung der Anlagen der Elektrowerke enthält, zeigt in anschaulicher Form, warum dieses Großunternehmen so außerordentlich wirtschaftlich arbeitet und den Strom an die Industrie wie auch an die übrigen Elektrizitätsgesellschaften zu vorteilhaften Bedingungen abgeben kann. Die niedrigen Produktionskosten sind dadurch bedingt, daß die Elektrowerke in ihren drei großen Erzeugungsanlagen über außerordentlich billige Energieträger (Braunkohle) an Ort und Stelle verfügen, weil die modernen Betriebsanlagen mit sehr hohem Wirkungsgrad arbeiten und weil die drei Gemeinschaftswerke miteinander durch Leitungen gekuppelt sind, so daß stets ausreichende Reservereistungen vorhanden sind.

Das Tonfilmgeschäft bringt jetzt Verluste

Der große amerikanische Tonfilmkonzern Warner Brothers meldet für das Ende September abgeschlossene Geschäftsjahr einen Verlust von 7,92 Millionen Dollar, d. h. über 35 Millionen Mark. Der Filmkonzern Warner Brothers gehört zu denjenigen Filmgesellschaften, die sich als erste vom stummen auf den Tonfilm umstellten. Der finanzielle Erfolg dieses Vorstreiches vor anderen Filmkonzernen war zunächst sehr groß. Von 1927 bis 1928 stieg der Reingewinn von 2,0 auf 17,3 Millionen Dollar. 1928 bis 1929 hatte der Reingewinn noch 14,5 Millionen Dollar betragen, 1929 bis 1930 waren es immerhin noch 7,1 Millionen Dollar. Parallel zu dieser Gewinnentwicklung hat Warner Brothers seine Interessen durch Übernahme anderer Filmgesellschaften und großer Theaterkonzerne immer mehr ausgedehnt. Der jetzt eingetretene Verlust zeigt, in welchem Grade jetzt auch das Tonfilmgeschäft von der Krise betroffen wird.

Kupfereruffs wollen ins Kabelgeschäft.

Mißerfolge einer französischen Kabelgesellschaft, die François Marjal leitet.

Die führende französische Kabelgesellschaft Société Electro-Cables befindet sich seit einigen Monaten in so ersten Finanzschwierigkeiten, daß sie ihren Verpflichtungen nicht mehr nachkommen kann. Hauptgläubiger der Gesellschaft sind offenbar die großen Kupferkonzerne. Sowohl der belgische im Kongogebiet arbeitende Katanga-Konzern als Copper Co. entsenden Vertreter nach Paris, die über eine Kapitalbeteiligung an dieser Gesellschaft verhandeln sollen. Der Anaconda-Copper-Trust beherrscht bereits in den Vereinigten Staaten einen wichtigen Teil der Draht- und Kabelfabrikation.

Die Finanzschwierigkeiten der französischen Gesellschaft rühren in der Hauptsache davon her, daß diese Firma in der letzten Zeit sowohl in Form von Neubauten als auch in Form von Beteiligungen eine starke Expansion getrieben hat und damit mit einem Konkurrenzunternehmen einige Zeit in starkem Wettbewerb lag. Präsident dieser Gesellschaft ist der Senator F. François Marjal, früher Direktor der Banque de l'Union Parisienne und heute noch einer der wichtigsten Männer im Aufsichtsrat dieser zweitgrößten französischen Geschäftsbank, die bekanntlich gleichfalls vor einigen Wochen in finanziellen Schwierigkeiten war. François Marjal betätigt sich sehr rege auch publizistisch

042 Telegramm
aus mannheim
Aufgenommen 1200
Tag Monat Jahr Zeit
von Mähm. durch Le

Deutsche
= an alle hausfrauen =

an 31 durch

= sensationelle preissenkung für vim =
= normaldose nur noch 20 pfg = doppeldose 35 pfg =
= dazu auf jeder dose wertvoller gutschein =
= besseres universal-putz = u. scheuermittel
für so wenig geld gibt es nicht =
= sunlicht a.g. =

003 V-25-61

und kann als einer der wichtigsten Vorführer des französischen Imperialismus angesehen werden. Daß sich die von ihr geleitete Firma gezwungen sieht, einen Teil ihres Aktienkapitals (125 Millionen Franken) ausländischen Kupferkonzernen abzutreten, ist ein unerwarteter Mißerfolg der Machtbefestigungen dieser Gruppe.

Devisenwirtschaft in Oesterreich.

Die Grenzkontrolle für die Reisenden.

Die Oesterreichische Gesandtschaft macht darauf aufmerksam, daß ausländische Reisende, die Oesterreich besuchen, keineswegs Gefahr laufen, an der Grenze ihre in- und ausländischen Zahlungsmittel abliefern zu müssen. Die Frage der Grenzorgane nach der Höhe der mitgebrachten Zahlungsmittel, die zu dieser Vermutung Anlaß gibt, hat lediglich den Zweck, den ausländischen Reisenden irgendwelche Schwierigkeiten bei der Wiederausreise zu ersparen. Der Betrag der mitgebrachten Zahlungsmittel wird von den Grenzbeamten im Ausweisdokument notiert und ermächtigt es dem Ausländer, bei der Wiederausreise in- und ausländische Zahlungsmittel in gleichem Betrag aus Oesterreich mitzunehmen. Ausländer, die in Oesterreich ihren Wohnsitz haben, sind von der Anmeldung und vom Angebot ausländischer Zahlungsmittel befreit, wenn sie in Oesterreich nicht zu Erwerbszwecken sind. Aber auch wenn das der Fall ist, gilt die Verpflichtung nur für jenen Teil des anmeldepflichtigen Vermögens, das mit dem in Oesterreich gelegenen Erwerbsunternehmen des Ausländers in Zusammenhang steht.

Auch in England Vermahlungszwang?

Schutzpolitik und Landwirtschaft.

In England rechnet man allgemein damit, daß die Regierung noch in den nächsten Tagen einen Vermahlungszwang für einheimischen Weizen verordnen wird. Es wird damit gerechnet, daß die Vermahlungsquote auf 15 Proz. festgesetzt wird. Die radikalen Schutzpöller unter den Konservativen gehen mit ihren Forderungen aber noch über diese von der Regierung vorgegebenen Maßnahmen weit hinaus. So beantragte der Landwirtschaftsausschuß der Konservativen Partei, die Antidumpingzölle auch auf die Einfuhr bestimmter ausländischer Lebensmittel anzuwenden.

Danach scheint es also, daß die englische Schutzpolitik sich nicht nur auf die Industrieerzeugung beschränkt, sondern auch Agrarzölle einführen wird, obwohl die englische Landwirtschaft im Rahmen der Gesamtwirtschaft eine gänzlich untergeordnete Rolle spielt.

Holland setzt die Fleischzölle herauf.

Das holländische Parlament hat am Mittwoch eine Erhöhung der Rindfleischzölle auf 20 Proz. des Wertes beschlossen. Diese Zollerhöhung geht noch über die Vorlage der Regierung, die eine Kontingentierung der Fleischzufuhr vorsah, hinaus. Die Zollerhöhung wendet sich hauptsächlich gegen Dänemark, das infolge der Abwertung der dänischen Krone seine Fleischzufuhr nach Holland in letzter Zeit erheblich gesteigert hat.

Roth-Büchner hinter der spanischen Wand.

Die Umwandlung in G. m. b. H. beschlossen. — Um Gewinne zu verstecken!

Wie schon vor einiger Zeit von uns angekündigt wurde, hat die Generalversammlung der Roth-Büchner A. G. die Umwandlung in eine G. m. b. H. beschlossen. Es wird zugabegesen, daß man damit den Zweck verfolgt, sich der Verpflichtung zur Bilanzpublikation zu entziehen und Steuern zu sparen. Da das Aktienkapital sich fast vollständig in Händen der amerikanischen Gillette Safety Co. und des Berliner Bankhauses Goldschmidt-Rothschild u. Co. befindet, ist diese Umwandlung leicht zu vollziehen. Von einer „ungeheuren steuerlichen Belastung“ der Gesellschaft zu sprechen, ist einfach eine Unverschämtheit angesichts der Tatsache, daß man auch für das letzte Jahr die Retordividende von 24 Proz. verteilen konnte.

Die Sache liegt einfach so, daß man so ungeheuerlich viel verdient hat, daß einfach keine Aktiva mehr da sind, auf die man noch abzeichnen kann, daß die Betriebe so ausgebaut sind, daß man nichts mehr in sie hineinstecken kann.

So hat man in der letzten Bilanz den Posten Gebäude von 735 000 auf eine Mark abgeschrieben, ein Aktivum, das man normalerweise in 20 Jahren abschreibt. Die Roth-Büchner A. G. hätte vermutlich bei ihrem nächsten Abschluß veröffentlichen müssen, daß sie 50 oder 60 Proz. Dividende verteilt. — Das ist eben einfach unmöglich!

Da auch die Verteilung von Gratis-Aktien allzusehr aufgefallen wäre, hat man also die Umwandlung in eine G. m. b. H. vorgezogen. Diese G. m. b. H. wird aber ein Kapital von 6,5 Millionen Mark haben, während die Aktiengesellschaft ein Kapital von nur 2,8 Millionen Mark hatte — hier ist also die Erhöhung der Aktionärs-Beteiligung auf das 2 1/2-fache vollzogen! Jetzt verteilt sich also der Reingewinn des Unternehmens auf ein viel größeres Kapital, so daß die Ausschüttung auf den einzelnen G. m. b. H.-Anteil entsprechend niedriger ausfällt. Wir sind der Zuversicht, daß diese Gratis-Erhöhung des gewinnberechtigten Kapitals am Roth-Büchner-Unternehmen vom Finanzamt erkannt ist und entsprechend besteuert wird.

Lahusen-Rittergut unter dem Hammer.

Die Haupttreiberschaftsdirektion der Mark hat als Hauptgläubigerin über das Herren Lahusen gehörende Rittergut Freydorf — ein Gut von 24 000 Morgen — die Zwangsverwaltung angeordnet und gleichzeitig die Zwangsversteigerung beantragt. Das Gut soll im Frühjahr des nächsten Jahres unter den Hammer kommen.

Die deutsche Rohstahlerzeugung im Oktober. Im Monat Oktober wurden in Deutschland arbeitstäglich 22 339 Tonnen Rohstahl erzeugt gegen 24 754 Tonnen im September und 31 765 Tonnen im Oktober vorigen Jahres.

Verhinderte Rückzahlung eines Dollarcredits. Wie schon in anderen Fällen hat die deutsche Stelle für Devisenbewirtschaftung den Devisenerwerb zur Rückzahlung eines sechs-Millionen-Dollar-Kredits der Deutschen Bau- und Bodenkredit A. G. an das Chicagoer Bankhaus Beder u. Co. verweigert. Der Kredit war schon im August dieses Jahres fällig und bis 16. November bereits verlängert worden. Die Verweigerung erfolgte auch hier auf Grund der zum Stillhalteabkommen abgegebenen Erklärung, daß sich die Reichsbank bei der Fälligkeit von Auslandskrediten für die eine Stillhaltung nicht ausdrücklich vorgelesen ist, die Devisenbeschaffung vorbehalten werde. Die Deutsche Bau- und Bodenkredit A. G. trifft für die Nichtrückzahlung also keine Verantwortung.

Lohnschande im Bergbau.

Das Schicksal der Bergarbeiter.

Am Rittie November ist den Bergarbeitern auf allen Schachtanlagen mit vierzehntägiger Frist gekündigt worden. Den künftigen Bergleuten hat man sogar die Kündigung durch die Post zugesandt. Das soll eine „vorsorgliche“ Maßnahme sein für den Fall, daß der Tarifvertrag bis Ende dieses Monats nicht zustande kommt. Man will freie Hand haben, um Löhne und Bedinge willkürlich festzusetzen.

Rügen die Dinge sich entwickeln wie sie wollen; nur glauben darf man nicht, daß sich die Arbeiterschaft die Willkürherrschaft der Grubenverwaltungen gefallen lassen wird. Ein Aufruf der am Tarifvertrag beteiligten Gewerkschaften wenige Tage vor dem 1. Dezember, dem kritischen Tag, wird genügen, um auf sämtlichen Schachtanlagen im Ruhrbezirk das Zustandekommen neuer verschlechterter Arbeitsverträge zu verhindern. Das ist den Arbeitgebern bekannt.

Der letzte Grund für die Kündigung des Lohns liegt auf anderem, auf politischem Gebiet.

Man weiß, daß prominente Industrielle im Ruhrbergbau seit einiger Zeit recht enge Beziehungen mit der Nationalsozialistischen Partei genommen haben. In Essen redete der Nationalsozialist Dr. Feder über das, was man Wirtschaftsprogramm der Nationalsozialistischen Partei nennt, und im Industrieklub, wo der Mensch erst beim Generaldirektor anfängt und in dem Stahlkönige und Zechenbarone verkehren, hält man Vorträge über die Nationalsozialistische Partei.

Vorangere ist Dr. Brandt, Bergwerksdirektor und Vorsitzender des Zechenverbandes. In den Köpfen dieser Leute malt sich die Welt recht eigentümlich. Die Einführung des sogenannten Krümpersystems im Bergbau wird abgelehnt. Nach dem Ausspruch eines Arbeitgebervertreters darf man in der jetzigen Zeit durch Neueinstellung von erwerbslosen Bergleuten nicht den Anschein erwecken, als wenn es besser ginge. Man kann anscheinend keine Entspannung auf dem Arbeitsmarkt gebrauchen. Das könnte bestimmte Pläne durchkreuzen.

Auf dieser Linie liegt auch die Kündigung des Lohns, die unmittelbar erfolgt ist, nachdem man erst zum Abschluß eines Lohns gekommen war. Ab Oktober 1931 sind die Löhne der Bergarbeiter in allen deutschen Steinkohlenrevieren um 7 Proz. gekürzt worden. Das macht, auf die Lohnsumme des zweiten Vierteljahres 1931 berechnet, monatlich für Niederachsen rund 50 000 Mark, für Niederschlesien rund 193 000 Mark, für den Steinkohlenbergbau des sächsischen Freistaates etwa 200 000 Mark, für Oberschlesien 384 000 Mark und für das Aachener Revier über 304 000 Mark aus, für den Ruhrbergbau aber die runde Summe von 3 Millionen Mark. Die Lohnkürzung von 7 Proz. bedeutet für den gesamten Steinkohlenbergbau eine jährliche Einsparung in Höhe

von 50 Millionen Mark. Am 1. Januar 1931 war aber bereits eine Lohnreduzierung von 6 Proz. eingetreten.

Die Gesamteinsparung dürfte sich damit auf 100 Millionen Mark berechnen.

Was das für die Kaufkraft von 350 000 Bergarbeitern bedeutet, braucht wohl nicht besonders erwähnt zu werden. Dabei steigt die Leistung pro Mann und Schicht. Setzt man den Förderanteil der bergmännischen Belegschaft im Jahre 1913 — 100, so ist er bis zum August 1931 im Ruhrrevier auf 160 gestiegen, im Aachener Revier auf 130, in Oberschlesien auf 140 und in Niederschlesien auf 136. Diese Steigerung bedeutet aber, daß der Lohnanteil je Mann und Tonne Kohle fortwährend sinkt.

Der Lohnanteil liegt gegenwärtig unter Friedensstand. Der Lohnanteil machte im Ruhrbergbau im Jahre 1913 beispielsweise 5,94 Mark aus. Bis August 1931 war er auf 5,56 Mark gefallen. Berücksichtigt man die am 1. Oktober in Kraft getretene Lohnkürzung von 7 Proz., so sinkt der Lohnanteil auf 5,20 Mark. Dabei bleiben die weiteren Leistungsteigerungen, die sich ohne Zweifel auch nach dem Monat August vollzogen haben, unberücksichtigt. Ähnlich dürfte es wohl auch in anderen Revieren liegen. Der Lohnanteil hat sich im Laufe der letzten Monate fortwährend verringert.

Die Entwicklung beweist, daß man den hohen Selbstkosten im Bergbau von der Lohnseite her nicht bekommen kann.

Die Löhne haben sich als ein „äußerst elastischer“ Teil in den Selbstkosten erwiesen und sind, nach unten gegangen, bereits auf einen Stand gesunken, der nicht mehr unterschritten werden kann. Demgegenüber sind die anderen Selbstkosten, von der Kapitalseite her, zu unelastisch, viel zu hoch. Gegen diese Auswirkungen vermag jede Entlastung.

Auf Grund der Rotverordnung von Ende September 1931 haben die Arbeitgeber sämtlicher Steinkohlenreviere einen Beitragserlaß in Höhe von 3,25 Proz. für die Erwerbslosenversicherung bekommen. Das macht für das Ruhrrevier monatlich etwa 1,298 Millionen Mark aus, für Aachen, immer pro Monat, fast 132 000 Mark, für Oberschlesien über 165 000 Mark, für Niederschlesien 83 000 Mark und für Niedersachsen immerhin 23 500 Mark. Berücksichtigt man das bei den Lohnkürzungen, so ergibt sich, daß der Steinkohlenbergbau im ganzen Reich seit dem 1. Oktober 1931 um 6 Millionen Mark entlastet worden ist. Eine Preisentwertung für Kohle ist aber nicht vorgenommen worden! Der ganze Betrag verbleibt den Werken! Es handelt sich um eine regelrechte Subvention!

Aber man hat nicht genug. Man hat den Lohnsatz abermals gekündigt. Man will den Gewinn, man will den Kampf im Revier!

Kampf im Fuhrgewerbe.

Die Fuhrherreninnung gräbt das Kriegsbeil aus.

Bei dem Abbau der Löhne will offenbar die Berliner Fuhrherreninnung den Vogel abschlagen. Wir berichten bereits, daß sie ein neues Lohnabkommen für die Arbeiter des Schwer- und Leichtfuhrgewerbes nur noch abschließen will, wenn die Löhne, die in diesem Jahr schon um 12 1/2 Proz. abgebaut worden sind, um weitere 16 bis 22 Proz. gekürzt werden. Einen Vergleichsvorschlag des Gewerbedrats Körner, der eine Senkung der Löhne um 5 Proz. vorsah, lehnten die Fuhrherren als nicht weitgehend genug ab.

Die Fuhrherreninnung geht jetzt dazu über, Lohnpolitik auf eigene Faust zu machen. Sie hat ihre Mitglieder durch Rundschreiben angewiesen, die Löhne diktatorisch in den Betrieben um 15 Proz. herabzusetzen. In dem Rundschreiben der Fuhrherreninnung heißt es:

„Weiterhin ist es unter sagt, mit der Gewerkschaft zu verhandeln resp. einen Tarif abzuschließen. Sollte die Gewerkschaft an ein Mitglied herantreten, so ist sofort der Geschäftsstelle davon Mitteilung zu machen. Notwendige Besprechungen mit der Gewerkschaft sind nur in Gegenwart der Innungsvertreter zu führen. Zuwiderhandlungen gegen diesen Beschluß werden gemäß § 11 des Statuts mit Geldstrafe bis zu 1000 M. geahndet.“ — Zunächst. Später werden wohl Köpfe rollen.

Die Innung glaubt offenbar, mit einem solchen Ritt über alle Hindernisse hinwegzukommen, sowohl über den Widerstand ihrer Arbeiter, als über deren gewerkschaftlichen Schutzwall. Die Arbeiter des Schwer- und Leichtfuhrgewerbes sind aber fest entschlossen, den Innungsfuhrherren dazwischen zu fuhrmerken. Der Gesamtverband, der schließlich auch noch da ist, denkt nicht daran, den größtenwahnwinnigen Innungstrauern das Feld zu überlassen, sondern fordert seine Mitglieder auf, ihm sofort davon Mitteilung zu machen, wenn einzelne Fuhrunternehmer versuchen sollten, die Anweisung der Innung in die Tat umzusetzen. Die Organisationsleitung wird dann ohne Verzug alle erforderlichen Maßnahmen ergreifen. Sollten im Lastfuhrgewerbe wegen des Wohlstandes Arbeitsverhältnisse entstehen, wird sich dieser Konflikt auch sehr scharf auswirken auf die An- und Abfuhr der Güter zu und von den Bahnhöfen, den Speicherebetrieben usw., besonders aber im Rehl-, Müll-, Kohlen- und Koftransport.

„Arbeitsbeschaffung.“

Über 550 000 Arbeitslosentagewerte eingestellt.

Die Reichsanstalt finanziert im Rahmen der werkschaffenden Arbeitslosenfürsorge teilweise die sogenannten Rotstandsarbeiten, die von öffentlichen Körperschaften mit der Arbeitskraft der ortsangehörigen Bevölkerung zu gemeinnützigen Zwecken aufgezogen werden. Den größten Teil der Rotstandsarbeit muß der Träger der Maßnahme, also die Kommune oder der Kreis oder eine andere öffentliche Körperschaft finanzieren. Als Zuschuß zahlt dann die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung sogenannte Förderungsbeiträge, die sie sonst in der betreffenden Gegend an die dortigen Arbeitslosen als Arbeitslosenunterstützung zahlen müßte.

Die Finanz- und Wirtschaftskrise wirkt sich nun verheerend auf die Durchführung der Rotstandsarbeiten aus. Trotz beschleunigter Auszahlung der Förderungsbeiträge und sogar stellenweiser Beorschaffung, sind die Träger der Maßnahmen nicht mehr in der Lage, die übrigen notwendigen Gelder aufzutreiben. Bis September 1931 mußten insgesamt 147 begonnene oder bewilligte Rot-

standsarbeiten — darunter 11 größere mit insgesamt 580 300 Arbeitslosentagewerten — eingestellt werden oder konnten überhaupt nicht in Angriff genommen werden.

Besonders stark betroffen wurden von den Einstellungen die Bezirke der Landesarbeitsämter Niedersachsen, Schlesien, Nordmark, Ostfalen, Rheinland, Hessen, Mittelhautland und Bayern. In den Bezirken der Landesarbeitsämter Ostpreußen, Brandenburg, Pommern, Sachsen und Süddeutschland wurden die bisherigen Programme trotz vieler Schwierigkeiten im großen und ganzen auch durchgeführt.

Neue Maßnahmen sind nur in geringer Anzahl vorgesehen, so daß die Zahl der Reuanträge auf Förderungsmittel wesentlich zurückgegangen ist. Falls nicht bald eine entscheidende Wendung für die finanzielle Lage der öffentlichen Körperschaften und besonders der Kommunal- und Gemeindebehörden eintritt, muß mit einem gänzlichen Erliegen der Rotstandsarbeiten in Deutschland gerechnet werden.

Die Reichsregierung aber posant ein Arbeitsbeschaffungsprogramm nach dem anderen in die Welt, „organisiert“ den sogenannten freiwilligen Arbeitsdienst, macht einen Riesenummel von Erwerbslosenfriedlungen. Durch ihre Lohn- und Finanzpolitik gehen aber Wirtschaft und öffentliche Finanzen vor die Hunde. Resultat: Wachsende Erbitterung der breitesten Volksmassen. Hitler und Thälmann sind die lachenden Erben. Eine wahrhaft geniale Politik!

Stegerwald macht die Bahn frei.

Der Lohnabbau in der Textilindustrie.

Für die Textilindustrie des München-Gladbacher Bezirks ist ein Schiedsspruch gefällt worden, der eine Lohnkürzung von 4,2 Proz. vorsieht; für den Bezirk Rassel erfolgte ein Spruch mit rund 3 Proz. Abbau und für die sächsisch-thüringischen Webereien ein Lohnkürzungsspruch von 6,5 Proz.

Für das Münsterland schweben augenblicklich neue Lohnverhandlungen. Am Sonnabend wird für Krefeld verhandelt, am kommenden Dienstag für Ostfriesland in Leipzig — abermals mit dem Schlichter Hauschild — und für die nordbayerische Textilindustrie in Rütberg.

Eine Leichenschändung.

Kommunistische Presse gegen eine tote Arbeiterin.

Vom Arbeiterrat der Dsramfabrik D wird uns geschrieben: Am 6. Oktober schied unsere Kollegin und Parteigenossin Eva Pacholok durch Freitod aus dem Leben. Wir haben nicht das Recht, über die Gründe, die sie zu diesem Schritt veranlaßt haben, besondere peinliche Nachforschungen anzustellen. Mit einem Toten soll man nicht rechten.

Dieses, für jeden, der unsere Eva Pacholok gekannt hat, tief bedauerliche Ereignis müßte aber dazu herhalten, damit ein Schmierfink von der „Roten Fahne“ klingenden Gemwin daraus schlug. In dieser „Arbeiterzeitung“ erschien am 21. Oktober ein Artikel mit der Überschrift „Die Tragödie der Dsram-Arbeiterin“



Eva Pacholek, Mitglied der SPD, des DWA und der katholischen Kirche.

Dieser Artikel strömt geradezu von Verdrehungen und Entstellungen. Viele Kolleginnen, die mit der Eva Pacholek zusammen gearbeitet hatten, kamen empört zu uns und fragten, ob man gegen solche Gemeinheiten nichts unternehmen könne. Die Hinterbliebenen wandten sich persönlich an die Redaktion der „Roten Fahne“ und verlangten eine Berichtigung der in dem Artikel enthaltenen Unwahrheiten. Eine Berichtigung ist bis heute noch nicht erschienen. Es macht der Redaktion der „Roten Fahne“ nichts aus, an einer Toten eine geistige Leichenschändung zu begehen.

Damit ist aber der Gipfel der Gemeinheit noch nicht erreicht. Der Artikel in der „Roten Fahne“ erschien am 21. Oktober. Am 5. November erschien in der Zeitung „Die Welt am Abend“ ein Artikel, der sich nachmals mit dem Vorkommnis beschäftigte. Der Artikel beginnt wie folgt: „In der vorigen Woche hat sich die Katholikin Eva Pacholek, eine Arbeiterin der Dsram-Berte und langjährige SPD-Funktionärin, mit einem Küchenmesser die Gurgel durchgeschnitten.“ Dann geht es weiter im niedrigsten Schauerromanstil.

Also auch hier wieder eine glatte Fälschung. Um sich den Anschein der Aktualität zu geben, wird der Todesfall einfach auf einen drei Wochen späteren Zeitpunkt verlegt. Was müssen das für Wichte sein, die das tragische Ende einer Proletarierin dazu benützen, in einer Tageszeitung, die für sich in Anspruch nimmt, die Interessen der Arbeiter zu vertreten, in einer nicht zu überbietenden niedrigen Art und Weise auszubringen!

Wir gehen wohl nicht fehl, wenn wir den dringenden Verdacht aussprechen, daß der Schreiber des Artikels in der „Roten Fahne“ und der Schreiber des Artikels in der „Welt am Abend“ ein und dieselbe Person ist. Eine Fierde seines Berufes. Man frisiert einen früher geschriebenen Artikel einfach etwas um, verändert die maßgebenden Daten und schon kann der staunenden Leserschaft eine neue Sensation aufgetischt werden. So werden kommunistische Zeitungen geschrieben. Jeder ehrliche Arbeiter wendet sich mit Verachtung von dieser Art Journalismus ab.

Die Schwerindustriellen rechnen.

Millionenbezüge zu niedrig, Pfenniglöhne zu hoch.

Die Parteiverhandlungen im Lohn- und Arbeitszeitstreit der Eisenindustrie Nord-West verliefen ergebnislos. Die Unternehmer forderten Senkung des Jahresarbeitslohnes von 79 auf 70 Pfennig und des Hilfsarbeiterlohnes von 63 auf 55. Diese Lohnsenkung schaffe den Stundenlohnstand von 1926/27. Demals habe der Reichsindex zwischen 138 und 145 geschwankt, während er heute nur 133 betrage und die Rohstahlproduktion von 1.200.000 auf 600.000 Tonnen gesunken sei. Die Unternehmer sagen nur nicht, weshalb und auch nicht um wieviel die Leistung des Arbeiters gestiegen, der Lohnanteil am Produkt gesunken ist. 45.000 Mann würden über Bedarf beschäftigt. Schematische Arbeitszeitfözung zwinge zu einer Entlohnung von 15 bis 20 Proz. der Belegschaft. Ein vollendeter Unfuss. — Die Schlichtungsverhandlungen dürften Donnerstag, den 26. November, stattfinden.

Immer wieder Lohnabbau.

Lithographen und Steindrucker wehren sich.

Wenn alle Unternehmer sich zur Lohnabbau drängen, wollen auch die Steindruckerbesitzer nicht im Schatten bleiben. Auch sie hatten das Lohnabkommen für die Steindrucker und Lithographen zum 31. Oktober gekündigt und einen Abbau der Löhne um 12 Proz. gefordert. Nach dem Scheitern der Parteiverhandlungen ist von einer unter dem Sondergerichtspräsidenten Kramer tagenden Schlichtungskammer mit den Stimmen der Unternehmer ein Schiedspruch gefällt worden, wonach die Löhne im Steindruck- und Lithographengewerbe ab 14. November um 5 Proz. gekürzt werden sollen. (Bereits im Mai dieses Jahres haben die Lithographen und Steindrucker einen Lohnabbau von 6 bis 7 Proz. in Kauf nehmen müssen. D. Red.) Die neue Lohnregelung soll erstmalig mit monatlicher Frist zum 29. Februar 1932 kündbar sein.

Die Berliner Lithographen und Steindrucker nahmen gestern abend im Gewerkschaftshaus zu diesem Schiedspruch Stellung. Trotzdem von den 14.000 Berufsangehörigen im ganzen Reich zur Zeit nur noch gut 8000 in Arbeit stehen, davon über 3000 in Kurzarbeit, empfahl die Disziplinverwaltung die Ablehnung des Schiedspruches. Nach kurzer Debatte stimmte die Versammlung einstimmig einer Entschließung zu, in der es nach der Ablehnung des Schiedspruches heißt:

„Der Schiedspruch bedeutet das Festhalten an einer Lohnpolitik, die sich als grundsätzlich falsch und mitschuldig an der Verschärfung der Krise sowie dem Anwachsen der Arbeitslosigkeit erwiesen hat. Die Gehilfenschaft hat mit Rücksicht auf ihre Lebenshaltung eine Berücksichtigung der von Gewerkschaftsräten bei der Spruchfällung in der Berliner Metallindustrie vertretenen Auffassung erwartet. Dem durch gegenseitige Schmuckkonkurrenz, Preisunterbietung, Schleuderei und Lohnabbau bewiesenen Mangel an allgemein- und volkswirtschaftlichen Empfinden der Unternehmer setzt die Gehilfenschaft die Desinteressiertheit an der Aufrechterhaltung ihrer alten Leistungen entgegen. Die Gehilfenschaft warnt das Reichsarbeitsministerium vor der Verbindlichkeitserklärung dieses Schiedspruches. Dem eventuellen Versuch der Unternehmer, ihre Forderungen im Betriebe durchzusetzen, wird die Gehilfenschaft mit Anwendung aller Mittel in bekannter Entschlossenheit entgegenzutreten.“

40-Stunden-Woche in Belgien?

Brüssel, 19. November.

In Beantwortung einer Interpellation über die Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit teilte der Regierungsvertreter in der Kammer mit, daß bis zum Jahre 1932 für zwei Milliarden Franken öffentliche Arbeiten ausgeführt sein würden. Hinsichtlich der 40-Stunden-Woche erwiderte der Arbeitsminister, daß eine derartige Maßnahme nicht verallgemeinert werden dürfe, daß sich aber die Regierung bemühen werde, örtliche Abmachungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu fördern.

Freie Gewerkschafts-Jugend Berlin

Heute um 19½ Uhr tagen die Gruppen: Mierischhof: Gruppenheim Mierischhof, Bismarckstr. 1. Wir leben und bauen. — Reichling: Jugendheim Schule Sonnenburger Str. 20. Flugblätter und Sturmflagge. — Reinickendorf: Jugendheim Lindauer Straße (Borodien). — Wilmersdorf: Jugendheim Wilmersdorfer Str. 10. Wir gestalten den Abend. — Köpenick: Jugendheim Köpenicker Str. 10. Wir gestalten den Abend. — Charlottenburg: Jugendheim Oppenstr. 30. Lichtbilder, Wandern und Spoken. — Appellplatz: Jugendheim Lützner Ode Weststr. Die englischen Gewerkschaften. — Bernauerplatz: Jugendheim Sonnenstr. 11. Die Scherzblätter. Das Sozialprogramm der Gewerkschaften. — Tempelhof: Jugendheim Allee 3 (am Bahnhof Tempelhof). Die Mädchen haben das Wort. — Wilmersdorf: Jugendheim Tempelhof Str. 10. Mit Buch und Schulplatte um die Erde. — Köpenick für die Jugendberichterstattung der Volkshäuser am 6. Dezember. — Köpenick für die Jugendberichterstattung der Volkshäuser am 6. Dezember. — Köpenick für die Jugendberichterstattung der Volkshäuser am 6. Dezember.

Ein wenig Freude...

Erwerbslose tippeln durch Alt-Berlin — 700 Jahre Geschichte

Parteilosenoffische Solidarität sucht überall nach besten Kräften arbeitslosen Kameraden zu helfen und ihnen auch ein wenig Freude zu verschaffen. Besondere Wege geht dabei unter Führung des Genossen Jabczynski der Bildungsausschuß Friedrichshain. Ein arbeitsloser „Vorwärts“-Leser hat einen Gang durch Alt-Berlin mitgemacht und übermittelt uns die folgende lebendige Schilderung seiner Eindrücke.

„Gehen wir uns allen mehr Freude trotz der Not.“ war die Losung, unter der wir uns, etwa 48 Erwerbslose, auf den Weg machten zu einer Führung durch Alt-Berlin. Unser Führer ist der Genosse Sasse. Von dem Berlin, wie es nur wenige kennen, wollen wir in unserer unfreiwilligen Ruhe etwas lernen.

Vom „alten Weg nach Lichtenberg“, zur Lichtenberger Feldmark, dem Weidenweg, geht es ins Weinland der alten Berliner. Die Geschichte Berlins im Mittelalter seit den Tagen des ältesten Schulzen von Berlin, Marsilius, dem Unternehmer der Stadtgründung, 1247, zieht an unseren „geistigen“ Augen vorüber. Wagen mit Heringen aus Stettin und Oderberg her rumpeln vorüber, an den Toren verpöhlen die Torschreiber Getreide, Hirse, Linsen, Erbsen, Butter, Schmalz und Käse. Eisenwaren aus Erfurt, Gewürze aus Hamburg, Salz aus Lüneburg werden auf dem Durchzug durch die Stadt einige Tage nach Niederlassungsrecht auf den Märkten ausgedoten und bringen den Berlinern reichen Gewinn. Gewand Schneider oder Kaufleute, die Patrizier der Stadt, und Handwerker der Biergewerbe: Wollweber, Bäcker, Schuhmacher und Knochenhauer, die zur „Reinheit“, der geringen Bürgererschaft, gehörigen Schubläder, Schmiede, Schiffer und Juden-schlächter stehen vor ihren Häusern wieder auf und begleiten uns auf dem Wege durch das St.-Georgentor (Königstor).

Sie erzählen vom Zwang der Hünfte, von der Hanja, von dem Roland auf dem Rolkenmarkt, dem Einbild der städtischen Freiheit der „Bürgerrepublik“. Die Stände vertrugen sich nicht immer, wie es gewünscht war. Um Jehnte und Abgaben mußte gerungen werden. Und wenn auch ein Huhn damals 2 Pf., der Scheffel Erbsen 16, das Pfund Wachs 20 Berliner Pfennige kostete, es war doch manchmal „schwere Zeit“. Armen- und Krankenpflege lag in den Händen der Geistlichkeit, die sich hier weniger auf Kunst und Wissenschaft, als auf „Rechtspflege“ verstand. St.-Georgen-Hospital, St. Gertrude vor Kölln und das Heilige-Geist-Hospital erzählen vom schwarzen Tod, der Pest. Der Probst Nikolaus von Bernau liegt an der Marienkirche erschlagen, das hohe Haus in der Klosterstraße, jetzt dahingerafft und verdrängt durch ein Stahlgelüst für ein neues Geschäftshaus, wird 1445 von den Berlinern gestürzt. Der Roland am Rolkenmarkt wird in die Spree geworfen. Es ist aus mit der Nacht des Bürgertums.

Blutgerüste auf dem Strausberger Platz und auf dem Neuen Markt erzählen von dem Straußfußzug des Mittelalters. Wer kann das alles hier erzählen, was die letzten Spuren des alten Berlins künden. Dazwischen tauchen Erinnerungen an die Fran-

zosenzeit auf. Am Königstor, in der Faltschadenstraße. Vom Kampf der Märzlage erzählt der Märzgefallenenfriedhof am Friedrichshain, die Landsberger Straße, der Alexanderplatz, „Frenshäuser“, der „König von Portugal“, das Gasthaus gegenüber dem Schloß mit seinen Erinnerungen an Lessing und Reuter, die Breite Straße und die Brüderstraße erzählen vom „Königlichen Berlin“. Das „Bauhaus der Könige“ in der Gertraudenstraße kann berichten, daß man auch damals an Munitionslieferungen schon gute Geschäfte machen konnte, und das Haus „Kaulschhof“ (es ist verschwunden) könnte berichten, daß Kurbrandenburgische Flotten und Kolonien an der Goldküste in Afrika nicht immer erwünschte Erfolge aufzuweisen hatten.

Im Exerzierhaus Friedrichs des Großen liegen jetzt Grünzangen zum Verkauf aus, die Dragoner sind vom Gendarmenmarkt verschwunden. Im Lessinghaus und auf seinem Hof „geißert“ die alte Zeit des geistigen Berlins, am Ephraimhaus lernen wir, daß allen Kriegen, so auch dem Siebenjährigen Krieg eine Inflationswelle folgte. Wir hören am Krägel und der Stadtpostel noch einmal von Reuter und seiner Festungslid wegen Schwarzrotgold. Mit dem Blick auf die alte Klosterkirche hören wir das Glockenspiel der Parochialkirche. Autogehulpe bläst dazwischen.

Als wir über den Alexanderplatz nach vier Stunden Weg durch fast 700 Jahre Berliner Geschichte heimwärts schreiten, schauen Hochhäuser auf uns herab. Verkehrsampeln blitzen ihre Signale. Ein Zug der elektrischen Schnellbahn faust auf der Stadtbahn dahin. Menschengewimmel, Verkehrsärm. Wir machen aus unseren Träumen auf.

Natur im Heim.

Im „Albrechtshof“, Steglitz, findet bis zum 22. November eine Ausstellung „Natur im Heim“ statt, in der private Natur- und Tiergärtchenorganisationen unter Mitwirkung der staatlichen Stelle für Naturschutz eine bunte Reihe kleiner und kleiner Lebewesen zeigen, die unser Heim beleben und verschönern sollen. In einer ganzen Aquarienallee werden die verschiedensten Fischarten gezeigt, vor allem die dekorativen Schleierschwänze und andere hübsche heimische und exotische Sorten. Unter lebhaftem Geplätscher verrichten die Webervögel ihren Wohnungsbau, während ihre Artgenossen von weiter her, der Paradiesweber mit schwarzer Riesenschlepp, der Wellenfisch mit blaßblauer Brustlatz, gelbem, hellgrünem oder weißem Federkleid und der leuchtende Feuerweber lediglich ihre Schönheit bewundern lassen; eng zusammengedrückt an langen Stangen sitzen unzählige winzigste Tiger- und Schmetterlingsfinken, pudrige grünelbe Mozambiquegelbe aus dem fernen Afrika, nebenan haust die chineesische Spottdroffel, der südamerikanische Lufan und noch anderes buntesgefedertes Geier. In trauriger Gemeinschaft moht Kater „Kajimit“, der Kinstler, mit Hühnern und Täubchen. Drei

14/27

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin
Todesanzeige
Den Angehörigen zur Nachricht
daß unter Kollegen der Schleifer
Leopold Matzack
geb. 30. Januar 1870, am 18. November
gestorben ist.
Seine fröhlichen Aabenken!
Die Beerdigung findet Sonnabend,
den 21. November, 16 Uhr, im Krematorium
Bismarckdenkmal, Reichs-
straße, statt.
Rege Beteiligung wird erwartet.
Die Ortsverwaltung

Gesucht
Hypothek in Höhe von RM 150.000.—
zur Ablösung eines Bankkredites
auf Fabrik- und Wohngrundstücke,
Öffentliche Brandkasse RM 370.000.—,
alles in bestem Zustand, Gleich-
zeitlich Nähe Dresden von
Privatunternehmen gesucht
Angebote unter N. 253 an Ala.
Dresden — A. 1. erbeten.

Willst Du
fröhliche Böden haben
Nimm nur
Loba
mit dem Raben
Mit Wertmarken!

Es ist erschienen:
**Der sozialdemokratische
Abreißkalender
1932**

In Kupfertieldruck hergestellt. Er bringt historische Daten aus der Arbeiterbewegung, astronomische Angaben (Sonnenauf- und -untergänge, Mondphasen, Planetenbewegung usw.). Gute Bilder beleben den Kalender, so daß er in jedem Haushalt, in jedem Büro eine Zierde darstellt. Der Kalender kostet 2.— RM. Zu haben in allen Vorwärts-Fillialen und bei allen Zeitungsabnehmern



**Stoffe
kauft
das
ganze
Land
bei**

WAGNER UND MORAS

**aus
erster
Hand**

aus

**Die Vereinigten
TEXTILWERKE
WAGNER &
MORAS A. G.
ZITTAU i. SACHSEN
verkaufen ihre
Jahreserzeugung
VON
30 000 000
METER STOFF
bald in 70 deutschen
Städtendirektan den
Verbraucher, ohne
Zwischenhandel**

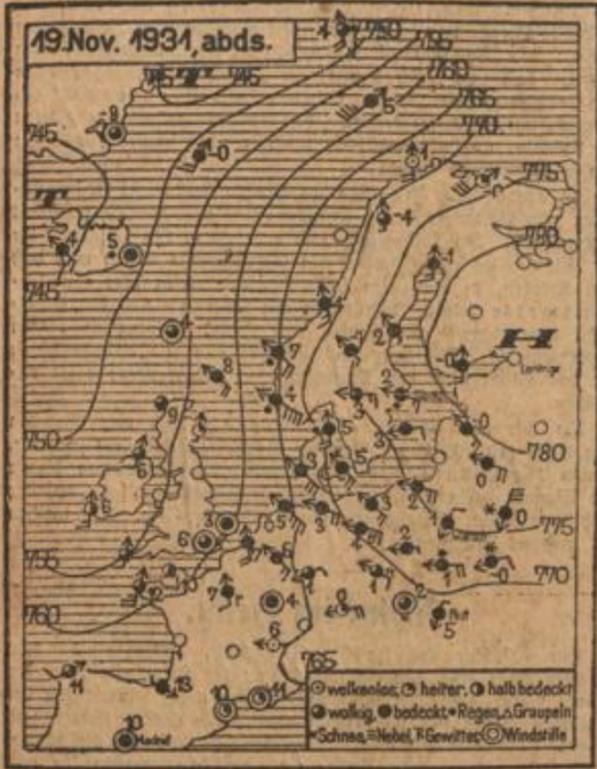
**DER NEUE
STOFFLADEN
BERLIN**

Gr. Frankfurter Str. 141
Invalidenstrasse 35
Leipziger Strasse 54-56
Wilmersdorfer Str. 46/47
Spandau, Charlottenstr. 23/26

Unser Modenblatt DER SPIEGEL | Unser Schnittmuster „Der gelbe Schnitt“ mit Schnittmusterberatung und Wertcoupons.

deutsche Insel haben sich zu stählernen Kugeln zusammengedrückt und wölben weder dem grellen Tageslicht, noch von all den neugierigen Besuchern etwas wissen. In schön angelegten Kaffeehäusern liegen starr und unbeweglich Schildkröten, Gänse und Beganen; bei näherem Hinsehen gewahrt man erst, daß die Starrheit denn doch ein wenig zu anhaltend ist, es sind nämlich alles kunstvoll präparierte Tiere. Die Ausstellung soll beweisen, daß es sehr wohl möglich ist, auch empfindliche exotische Tiere bei geeigneter und verständnisvoller Pflege in der Wohnung zu halten.

Allgemeine Wetterlage.



Am größten Teil von Europa wird das Wetter durch ein umfangreiches und kräftiges Hochdruckgebiet beherrscht, dessen Kern im nördlichen Rußland liegt. Deutschland befindet sich also auf seiner Südwestseite. Allgemein wehen kalte südöstliche Winde. Die Temperaturen überschreiten am Donnerstag nur ganz vereinzelt 5 Grad. In höheren Lagen Mitteldeutschlands und im Süden des Reiches wurden um 7 Uhr abends bereits Null Grad gemessen. Der Kern des Hochs wandert langsam nach Süden. Gleichzeitig breiten sich vom Atlantischen Ozean Depressionen nach dem Festland hin aus. Sie werden zwar noch keinen Einfluß auf unser Wetter gewinnen, wohl aber zu einer Verstärkung der Luftdruckunterschiede über Mitteleuropa beitragen. Die östliche Luftströmung wird infolgedessen zunächst an Stärke zunehmen.

Wetterausichten für Berlin. Meist bedeckt, nur zeitweise etwas aufhellend. Temperaturen um Null Grad, etwas anfrühlende östliche bis südöstliche Winde. — Für Deutschland. In Mittel- und Ostdeutschland trübes und ziemlich kaltes Wetter, im Südwesten zeitweise aufhellend, nirgends wesentliche Niederschläge, ziemlich frische östliche Winde.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einladungen für diese Rubrik sind **hier an das Bezirkssekretariat Berlin SW 68, Lindenstraße 3, 2. Hof, 2 Treppen rechts, zu richten**

Beginn aller Veranstaltungen 19 1/2 Uhr, sofern keine besondere Zeitangabe!

- Heute, Freitag, 20. November.**
- 1. Kreis. Deutscher Arbeiterverband, Bahnhofsplatz 3, 6, 7 und 8: Mitgliederversammlung in den Kassen-Sälen, Bahnhofs-Geländebrennen. Rezitieren Gedichte. Regitator: Genosse Friedel. Die Mitgliederbuch legitimiert. Parteiposten als Gäste willkommen.
 - 2. Kreis. Der rote Kaiser spielt um 10 Uhr im Andreas-Koalitionssaal, D. 17, Kappeler 74. Eintritt frei. Die Parteimitglieder werden gebeten, ihre Kinder dorthin zu schicken.
 - 3. Abt. Die Herren für Kampf um Richtig sind heute 18 1/2 Uhr bei Partisch, Friedenthaler, gegen Kasse abzuholen.
 - 4. Abt. Jugendheim Nordst. 11. Zusammenkunft der jüngeren Parteimitglieder. Vortrag: Die Aufgaben der jüngeren Genossen in der Arbeiterbewegung.
 - 5. Abt. Sitzung der Arbeitgemeinschaft junger Sozialdemokraten im Sozial. Schenk, Hohenbergstr. 10.
 - 6. Abt. Arbeitsgemeinschaft mit Helfer der G.D. Neu-Lichtenberg in der Kerna. Kellerei, Kellerei. 43.
 - 7. Abt. 20 Uhr in der Kellerei, Kellerei. 43. Vortrag: Die Aufgaben der jüngeren Genossen in der Arbeiterbewegung.

- Morgen, Sonnabend, 21. November.**
- 1. Abt. Arbeitsgemeinschaft der jüngeren Parteimitglieder und der G.D. Kellerei im Jugendheim Nordst. 11. Thema: Welche Bedeutung haben wir dem Sozialismus? Vortragender: P. Krause.
 - 2. Abt. 20 Uhr in der Kellerei, Kellerei. 43. Vortrag: Die Aufgaben der jüngeren Genossen in der Arbeiterbewegung.
 - 3. Abt. 20 Uhr im Jugendheim, Nordst. 11. 20-30 Parteimitglieder. Vortrag des Genossen Paul Bernstein über aktuelle Tagesfragen.

- Sonntag, 23. November.**
- 1. Abt. Hoch und Funktionäre bitten die Mitglieder, an der Lottergeheimnisspiel für die Opfer des Weltkrieges am kommenden Sonntag um 14 1/2 Uhr im Reichhof Baumgartenweg, vor dem Arsenal, teilzunehmen.

Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde Groß-Berlin.
 Friedrichshagen: „Der rote Kaiser“ spielt heute 16 Uhr in der Schulaula der Schule Kappeler 74. Eintritt frei.
 Kellerei: Kellerei. 43. Vortrag: Die Aufgaben der jüngeren Genossen in der Arbeiterbewegung. Treffpunkt 18 Uhr Bahnhof Kreuzberg. Beteiligung am G.D. Kellerei. 43. Vortrag: Die Aufgaben der jüngeren Genossen in der Arbeiterbewegung. Treffpunkt 9 Uhr „Rote Kasse“.

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

19. Abt. Am 14. November nach unser Genosse, der Angestellte F. v. d. n. a. u. d. G. o. c. Goldener Str. 18. Eine feierliche Beerdigung findet am Sonnabend, 21. November, 19 1/2 Uhr, statt. Große Beteiligung erwartet der Abteilungsleiter.

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin

Einladungen für diese Rubrik nur an das Jugendsekretariat Berlin SW 68, Lindenstraße 3

Vorstellung für die arbeitende Jugend von 11-16 Jahren Sonntag, 6. Dezember, 13 Uhr, in der Hofbahn, „Der grüne Apfel“, Grötestraße von A. Schmitz; Der Schlachtenkünstler, Komödie von Shaw. Eintritt 60 Pf. Karten sind im Sekretariat erhältlich.
Streikarbeiter Groß-Berlin, Gruppe Schilling: Heute, 20 Uhr, See-See-Tänzer Straße.
Der Reizentanzclub findet am morgen, 19 1/2 Uhr, im Betriebsaal des P.V. G.D., Lindenstr. 3, 2. Hof, 2 Treppen rechts, statt.

Heute, Freitag, 19 1/2 Uhr.

Arbeitsgemeinschaft der Arbeiterjugend: 19. „Kommunistische Jugend-Internationale“, Generalsekretariat: Kellerei. 43. Vortrag: Die Aufgaben der jüngeren Genossen in der Arbeiterbewegung. Treffpunkt 18 Uhr Bahnhof Kreuzberg. Beteiligung am G.D. Kellerei. 43. Vortrag: Die Aufgaben der jüngeren Genossen in der Arbeiterbewegung. Treffpunkt 9 Uhr „Rote Kasse“.

Feldberger Str. 16: Ausstellungen. — Kellerei: Kellerei. 43. Vortrag: Die Aufgaben der jüngeren Genossen in der Arbeiterbewegung. Treffpunkt 18 Uhr Bahnhof Kreuzberg. Beteiligung am G.D. Kellerei. 43. Vortrag: Die Aufgaben der jüngeren Genossen in der Arbeiterbewegung. Treffpunkt 9 Uhr „Rote Kasse“.

Polarausrüstung des „Graf Zeppelin“ bei Israel.

Zum erstenmal kann der Berliner die mit dem „Graf Zeppelin“ mitgeführte Polarausrüstung des Luftschiffes im Kaufhaus N. Israel (Ecke Spanbauer und Königsplatz) sehen. Es ist hochinteressant, wie vorzüglich die Expedition ausgerüstet war. Da sie zunächst, wirkungsvoll aufgestellt, das Polargebiet mit dem roten, für weite Sicht berechneten Zelt; 12 solcher Zelte wurden auf der Arktisfahrt mitgeführt. Gezeigt werden ferner einer der 12 Transportkisten, ein zweifacher Halbboot, ein Schlaffack aus Kiemerzellen mit wasserdichtem Stoffüberzug, die vollständige Bordkühlung des Luftschiffkapitäns von Schiller, die regendichte Schutzkleidung sowie der Notproviant, bestehend aus wasserfreiem Butterfett, Weizenmehl, Ei- und Spinatpulver, Kartoffel-Bohnenmehl und Pennekan, dem Trockenfleisch der Nordpolfahrer. Die Ausstellung ist täglich von 9-7 Uhr ununterbrochen geöffnet. Führungen durch den Rufus des Museums für Leibesübungen nach vorheriger telefonischer Vereinbarung mit der Ausstellung E. 2 Kupfergraben 0911.

Möbelausstellung bei Gleiser.

Unter der Devise „Die Wohnung von heute, die Freie von morgen“ hat die Firma Albert Gleiser, Alexander-Plan, ihre diesjährige Herbstausstellung eröffnet. Der Kalkulationspost hat hier wirklich sein Möglichstes getan und in Verbindung mit gutem Geschmack und praktischer Ausführung wurden Wohnräume geschaffen, die allen Anforderungen nach der wohnkulturellen und petunären Seite zu entsprechen trachten. Sehr hübsch sind Wohnzimmer aus unpoliertem kufastischen Kiefernholz, die gleichzeitig das Schimmer darstellen, indem man das typische Büffet gegen einen Gelschir- und Gläserschrank verlaucht, der, mit vitrinartigen Türen und geschickt eingebauten Schüben versehen, nach außen hin nichts von seinem eigentlichen Inhalt verrät. Schlafzimmer aus Birke oder Eiche mit Birke abgefeilt, zeigen die modernen, breiten und ganz niedrigen Betten, kohgepolsterte Stühle, ein weitausladender Ankleideschrank und die Freierholzecke verwallständigen die praktische und gelandvolle Einrichtung. Der Haushalt des männlichen oder weiblichen Junggefallen vereint in einem großen Raum durch geschickte Raumumgebung Wohn-, Schlaf- und Arbeitszimmer, wobei die vierte Zimmerdecke dann nach persönlichen Vorlieben, einer kleinen Bibliothek, einem Pflanzenarrangement, oder einem Schlummerwinkel vorbehalten bleibt.

Heute zu Tietz

billige u. gute Lebensmittel einkaufen!

Preise nur Freitag und Sonnabend. — Mengenabgabe vorbehalten. — Verkauf soweit Vorrat. — Fleisch und leichtverderbliche Waren sind vom Versand ausgeschlossen. — Die Zusendung von Lebensmitteln erfolgt bei Bestellung von 5,00 Mark an.

Oderbrucher Mastgänse Pfl. von 0,78
Enten Pfl. von 0,75
Hühner frisch, Pfl. von 0,70
Wolghühner gegr., Pfl. von 0,78
*Salzheringe 10 Stück 0,38
*Zander gegr., Pfl. 0,35
Konserven
Junge Erbsen vollk. feinst. 1,15
Junge Erbsen mittelk. feinst. 0,74
Junge Erbsen 0,58
Gem. Gemüse mittelk. feinst. 0,90
Leipziger Allerlei 0,78
Berliner Allerlei 0,60
Junge Karotten 0,54
Karotten geschmitt. 0,38

Wurstwaren
Hausmacher-Sülze Pfl. 0,45
Ochsenmaus-Sülze Pfl. 0,60
Speckwurst Pfl. 0,72
Blut- und Leberwurst Pfl. 0,64
Dampfwurst Pfl. 0,85
Landleberwurst Pfl. 0,84
Mettwurst Brechw. Art Pfl. 0,92
Jagdwurst Pfl. 0,92
Wiener Würstchen Pfl. 1,00
Schinkenpolnische Pfl. 0,98
ff. Leberwurst Pfl. 1,15
Zervelat oder Salam. a Pfl. 1,24
Teewurst fein Pfl. 1,28
Gänseleberwurst 1/2 Pfl. 0,48
Gänsebrust geschl. 1/2 Pfl. 0,60
Rollschinken Pfl. 0,48
Schinken speck Pfl. 1,28
Fetter Speck Pfl. 0,88
Mager. Speck a. Bipp. Pfl. 1,05
Käse und Fette
Romadour 20% Pfl. 0,18
Camembert vollf. Schicht. 0,18
Harzerkäse Pfl. 0,32
Tilsiter St. Käse Pfl. 0,68
Holländer 40% Pfl. 0,70
Edamer 40% Pfl. 0,70
Briekäse vollf. Pfl. 0,72
Münster-Käse vollf. Pfl. 0,84
Bratenschmalz Pfl. 0,56
Margarine 2 Pfl. 0,75
1. art. fettsäuremarkenbutter Pfl. 1,42
Palmbutter gar. 100% Pfl. 0,35
Konfitüre Eisener ca. 2 Pfl.
Johannisbeer, Aprikose 1,10
Kirsch, Orange, Erdbeer 1,25

Frisches Fleisch
Kalbshamm a. Bellig. Pfl. v. 0,54
Kalberücken od. -Brust ohne Beilage Pfl. von 0,60
Kalbskeule 1/2 9 Pfund schwer, ganz od. geteilt Pfl. v. 0,74
Kalbskotelett Pfl. von 0,98
Kalbsfricasee Pfl. 0,64
Kalbsroulade gerollt Pfl. 0,98
Suppenfleisch Pfl. von 0,58
Schmorff. a. Knoch. Pfl. von 0,88
Rouladen Pfl. von 0,98
Gulasch Pfl. 0,78
Rinderbacken a. Ka. Pfl. 0,44
Rinderherzen Pfl. 0,44
Rinderlungen Pfl. 0,32
Eisbein mit Spitzbein gepökelt Pfl. von 0,54
Roastbeef ohne Knochen Pfl. von 1,18
Wild und Geflügel
Hasen gar. a. saugfertig. Pfl. v. 0,95
Kaninchen gar. a. saugfertig. Pfl. 0,80
Rehblatt Pfl. 0,88
Wildschwein od. Keule Pfl. 1,45
Wildschweinrücken Pfl. 0,85
Wildschweinerücken Pfl. 0,90
Wildragout Pfl. von 0,28
Gänserümpfe 1,20 1. ganz, a. halb. St. Pfl. v.
Hirschblätter Pfl. 0,48
Hirschkeule Pfl. 0,88

Fische, Räucherwaren
*Grüne Heringe ... 3 Pfl. 0,25
*Rotbars im ganzen ... Pfl. 0,14
*Kabeljau gr. o. K. L. g. Pfl. v. 0,15
*Scolachs gr. o. K. L. g. Pfl. v. 0,16
*Schellfisch mit Kopf Pfl. 0,14
*Filet von Kabeljau ... Pfl. 0,26
*Amurachs gr. L. g. Pfl. v. 0,45
*Lab. Hechte ... Pfl. 0,85
*Lab. Karpfen ... Pfl. von 0,72
*Austernfisch frisch, Pfl. 0,22
Norw. Heringe, Tomat. Dose 0,28
Yvassil. Löss. Löss. Löss. Löss. Dose 0,35
Spotten in Öl ... 2 Dosen 0,95
Bücklinge ... Pfl. von 0,26
Schellfisch geräuchert Pfl. 0,32
Seefisch geräuchert ... Pfl. 0,38
Rotbars geräuchert ... Pfl. 0,38
Spotten Kiste 3 Pfl. brutto 0,32
Senfgurken gr. Dose 5 Ltr. 1,80
Sardinen ... 4 Port. Dosen 0,95
*In alten Räusern außer Androsstrasse
Kolonialwaren
Brasil-Reis ... Pfl. 0,20
Patna-Reis ... Pfl. 0,22
Linsen ... 2 Pfl. 0,25
Weisse Bohnen ... 2 Pfl. 0,25
Viktoria-Erbsen ... 2 Pfl. 0,35
Grüne Erbsen ... Pfl. 0,24
Eier-Bandnudeln ... Pfl. 0,42
Bruchmakaroni ... Pfl. 0,42
Backobst ... Pfl. von 0,38
Birnen getrocknet ... Pfl. 0,58
Aprikosen getrocknet Pfl. v. 0,60
Pflirsche getrocknet ... Pfl. 0,62
Kaffee frisch gebrannt Pfl. v. 1,80
Kakaopulver, stark entölt Pfl. v. 0,54
Obst und Gemüse
Spinat ... 3 Pfl. 0,25
Rosenkohl ... Pfl. 0,15
Blumenkohl ... Kopf von 0,15
Grünkohl ... 3 Pfl. 0,18
Märkische Rübchen 3 Pfl. 0,18
Rote Rüben ... 5 Pfl. 0,20
Kohlrüben ... Pfl. 0,05
Zwiebeln ... 3 Pfl. 0,25
Möhren gewaschen ... 3 Pfl. 0,10
Jägerpfel ... Pfl. 0,15
Kochpfel ... 3 Pfl. 0,25
Kochbirnen ... 3 Pfl. 0,25
Wainüsse ... Pfl. 0,35
Paranüsse ... Pfl. 0,45
Bananen ... 2 Pfl. 0,75
Herbertsnetten 2 Pfl. 0,25
Boskop ... 2 Pfl. 0,25
Ananas ... Pfl. von 0,68

Konfitüren
Nürnberger Mischung ... 1/2 Pfl. 0,40
Dominosteine ... 1/2 Pfl. 0,45
Gewürzprunt ... 1/2 Pfl. 0,45
Gewürzspekulatius ... 1/2 Pfl. 0,45
Nürnberger Gewürzplätzchen ... 1/2 Pfl. 0,45
Thorner Katharinen ... 3 Pakete 1,00
Feigen-Pralinen ... 1/2 Pfl. 0,25
Milchschokolade ... 3 Tafeln à 100 g 0,95
Bohne-Pralinen ... 3 Kartons à 100 g 1,00
Molkereibutter Pfl. v. 1,10
Schweizerkäse vollf. Pfl. von 1,00
Senfgurken gr. Dose, 5 Liter 1,80
Gekocht. Schinken a. Schenk. 1/2 Pfl. 0,35
Gemüseerbsen 1/2 Dose 0,52
Rotkohl, Weisskohl oder Wirsingkohl Pfl. 0,05

1929er Deutscher Weinbrand
 ed. Jamaika-Rum-Verschn. 40° Liter **4,60** 5 Liter **22,50**
 Flasche **1,60** 10 Flaschen **15,00**